

L. Betscher

**BANK FÜR INTERNATIONALEN
ZAHLUNGS AUSGLEICH**

SECHZEHNTER JAHRESBERICHT

1. APRIL 1945 — 31. MÄRZ 1946

BASEL

Juli 1946

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Einleitende Bemerkungen	5
Internationale und andere Einflüsse auf die Preise	7
Erfahrungen im ersten Weltkrieg (S. 8) – Erfahrungen im zweiten Weltkrieg (S. 8) – Die Preise in europäischen und außereuropäischen Ländern (S. 10)	
Die Wirksamkeit der Preiskontrolle	11
Leistungsfähigkeit der Verwaltung (S. 11) – Ausreichende Warenversorgung (S. 12) – Internationale Gesichtspunkte (S. 12) – Folgen einer Erstarrung der Preise (S. 12) – Die Grenzen der Kontrolle (S. 13) – Die Lebenshaltungskosten in Großbritannien (S. 13) – Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse (S. 14) – Subventionen zur Nahrungsmittelverbilligung (S. 14) – Gegenwärtige Probleme (S. 15)	
Der Umfang der industriellen Produktion	16
Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft in den angelsächsischen Ländern	19
Vereinigten Staaten (S. 20) – Großbritannien (S. 21)	
Die internationale Ernährungslage	22
Der Wiederaufbau in Westeuropa	26
Die Kohlenlage	28
Die Rückwirkungen in Italien und den im Kriege neutral gebliebenen Ländern	31
Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa	33
Deutschland	35
Österreich	37
Der Handel einiger osteuropäischer Länder	38
Der Notenumlauf in Osteuropa	40
Die Sowjetunion	42
Die Gefahr einer Nachkriegsinflation	44
Befürchtungen wegen einer kommenden Depression	46
Steht eine ähnliche Depression wie 1920–22 bevor?	48
Steht eine ähnliche Depression wie 1930–33 bevor?	51
Umfang der privaten Verschuldung (S. 51) – Landwirtschaftliche Depression (S. 52) – Goldknappheit (S. 53) – Goldproduktion und Goldbestände (S. 54) – Mangel an Anlagemöglichkeiten (S. 55) – Staatliche Intervention (S. 56)	
Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzlage	57
Die Richtung der konjunkturellen Entwicklung (S. 57) – Auslandskredite (S. 58)	
Die Geschäfte der Bank im Berichtsjahr	63
1. Die Tätigkeit der Bankabteilung	63
2. Die Bank als Treuhänder und Agent	67
3. Die finanziellen Ergebnisse	67
4. Veränderungen im Verwaltungsrat	68
Schlußbemerkungen	70

ANLAGEN

1. Bilanz vom 31. März 1946.
- II. Gewinn- und Verlust-Rechnung für das am 31. März 1946 abgeschlossene Geschäftsjahr.

SECHZEHNTER JAHRESBERICHT

angekündigt in der

ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

der

BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGSAusGLEICH

in Basel, am 27. Mai 1946

Hiermit beehre ich mich, den Bericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich über ihr sechzehntes Rechnungsjahr vorzulegen, das die Zeit vom 1. April 1945 bis zum 31. März 1946 umfaßt. Seine geschäftlichen Ergebnisse sind im Zusammenhang mit einem allgemeinen Rückblick auf die Tätigkeit der Bank im Berichtsjahr auf den Seiten 63 bis 68 behandelt.

Der fünfzehnte Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der einen Abriß der währungs- und wirtschaftspolitischen Entwicklung in der Welt bis Ende 1945 enthielt, wurde in den ersten Monaten dieses Jahres veröffentlicht. Wenn ein neuer Jahresbericht schon jetzt folgt, so soll damit zu dem normalen Ausgabetermin zurückgekehrt werden, der gegenwärtige Bericht enthält jedoch nur eine allgemeine Untersuchung der wichtigsten Fragen, die in den vergangenen sechs Monaten von hervorragender Bedeutung waren.

Da dies der erste Bericht über ein Geschäftsjahr ist, das überwiegend in die Zeit nach Beendigung der Feindseligkeiten fiel, dürfte ein zusammenfassender Rückblick auf die Geschäftstätigkeit der Bank während des Krieges, d. h. in der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 15. August 1945, nicht ohne Interesse sein. In diesem Zusammenhang möchte ich erneut versichern, was ich schon in früheren Jahresberichten betont habe, daß nämlich die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich bei ihrer Wirksamkeit während des Krieges streng an den Grundsätzen festgehalten hat, die sie sich zu Beginn der Feindseligkeiten in Europa zu eigen gemacht hatte und die in einer allen ihren Korrespondenten zugesandten Erklärung vom 18. Dezember 1939 genau dargelegt wurden. In dieser Erklärung bezeichnete es die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die mit fast allen Zentralbanken in Geschäftsverkehr stand, ausdrücklich als ihre Politik, daß sie sich auf solche Geschäfte beschränken würde, die „sowohl vom Standpunkt der Kriegführenden wie der Neutralen gesehen vollkommen einwandfrei“ wären. Die Befolgung dieses Grundsatzes führte dazu, daß die Umsätze der Bank sich ganz erheblich verminderten. Gleichwohl aber konnte sie zahlreichen Zentralbanken nützliche Dienste leisten, besonders in Ländern,

die zuletzt noch in den Konflikt gezogen wurden und die bei Kriegsbeginn ihre Reserven durch Devisengeschäfte oder Goldverschiffungen nach überseeischen Plätzen zu erhalten suchten.

Eine der Hauptsorgen der Bankleitung galt der Realisierung eines möglichst großen Teils der Anlagen der Bank, und es erwies sich als möglich, erhebliche Rückzahlungen auf Kredite zu erlangen, die vor dem Kriege in verschiedenen kontinentaleuropäischen Ländern erteilt worden waren. Hinsichtlich der Anlagen der Bank in Deutschland ist zu beachten, daß sie ohne Ausnahme aus den Jahren 1930–31 herrühren und auf ausdrückliche Verpflichtungen zurückgehen, welche die Haager Vereinbarungen der Bank im Interesse der Länder auferlegt hatten, die auf Grund dieser Vereinbarungen Gläubiger Deutschlands waren. Andererseits gaben die Haager Vereinbarungen (und verschiedene Nebenabmachungen) der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gewisse Rechte und Privilegien; nachdem das Hoover-Moratorium vom Jahre 1931 zur Einstellung der Zahlungen geführt hatte, war es für die Bank noch zu keiner endgültigen Regelung dieser Fragen gekommen, als der Krieg ausbrach.

Natürlich war es auch im Kriege nicht möglich, die vorher ungelöst gebliebenen Fragen zu bereinigen. Infolgedessen konnte die Bank nur Sicherungsmaßnahmen ergreifen, um ihre Rechte und Privilegien im Interesse aller Beteiligten, insbesondere der Gläubigerländer, zu wahren und sicherzustellen. Wie schon im fünfzehnten Jahresbericht der Bank auf Seite 170 erwähnt wurde, haben ihre aus Gold, Dollars oder Schweizer Franken bestehenden Netto-Aktiva in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Schweiz vom 31. August 1939 bis zum 31. März 1945 insgesamt um den Gegenwert von mehr als 117 Millionen Goldfranken oder annähernd 40 Millionen Dollar zugenommen, während die gesamten Aktiva der Bank in derselben Zeit von etwa 510 auf rund 460 Millionen Goldfranken zurückgegangen sind.

Nach der Beendigung der Kriegshandlungen kann jetzt mitgeteilt werden, daß die Bank alle ihr anvertrauten Einlagen, besonders die von Ländern, die im Laufe der Feindseligkeiten besetzt wurden, selbst dann zu erhalten vermochte, wenn die betreffenden Werte (z. B. Goldbarren) sich effektiv auf dem europäischen Festland befanden.

Sitzungen des Verwaltungsrats haben gemäß einem im Herbst 1939 gefaßten Beschluß während des Krieges nicht stattgefunden, und die Ordentlichen Generalversammlungen wurden ausnahmslos im Wege der Stellvertretung durch Bevollmächtigte abgehalten. Indessen haben in dieser Zeit alle Mitglieder des Verwaltungsrats — ohne Unterschied, ob sie ihren Wohnsitz auf dem europäischen Kontinent hatten oder nicht — regelmäßig alle Berichte und sonstigen Unterlagen erhalten, die ihnen geliefert worden wären, wenn der Verwaltungsrat in der üblichen Weise zusammengetreten wäre; auch wurden die Mitglieder über die Geschäftstätigkeit der Bank stets genau auf dem laufenden gehalten.

Es ist von keiner Seite versucht worden, die Bankleitung bei der Führung ihrer Geschäfte in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder sie zu bewegen, von den bei Kriegsbeginn einstimmig angenommenen Grundsätzen abzugehen.

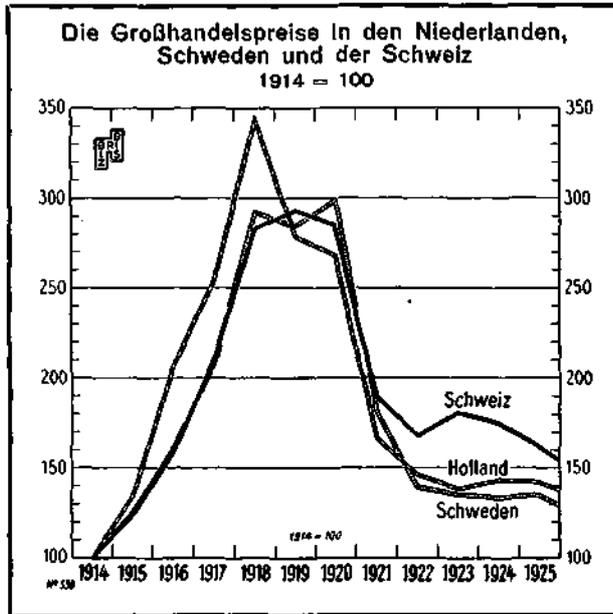
Eine eingehende Untersuchung der Geschäfte der Bank während des Krieges, die sich auf die Probleme, mit denen sie sich auseinandersetzen hatte, die gewählten Lösungen und die erzielten Ergebnisse erstrecken würde, wird nach Klärung der noch schwebenden Fragen sicher von hohem Interesse sein, nicht nur als Beitrag zur Geschichte eines außergewöhnlichen Zeitabschnitts, sondern auch im Hinblick auf die Erfahrungen, die hinsichtlich der Wirksamkeit einer internationalen technischen Organisation unter äußerst schwierigen Umständen gesammelt worden sind.

* * *

Die durch den Krieg herbeigeführten Veränderungen im Preis- und Kostengefüge haben für alle Kreise unmittelbare Bedeutung; die Lebenskosten berühren die gesamte Verbraucherschaft, während das Verhältnis der Verkaufspreise zu den Löhnen und anderen Kosten für die Rentabilität der privaten und öffentlichen Unternehmungen und folglich für das Einkommen der meisten Erwerbstätigen bestimmend ist. Es liegt daher auf der Hand, daß die auf diese Punkte bezüglichen Fragen in der öffentlichen Erörterung eine zentrale Stellung einnehmen und daß jeder Hinweis, den die Erfahrungen aus den beiden Kriegen und der dazwischen liegenden Zeit für die Lösung der in diesem Zusammenhang entstehenden Probleme geben können, gründlich geprüft werden sollte.

Internationale und andere Einflüsse auf die Preise

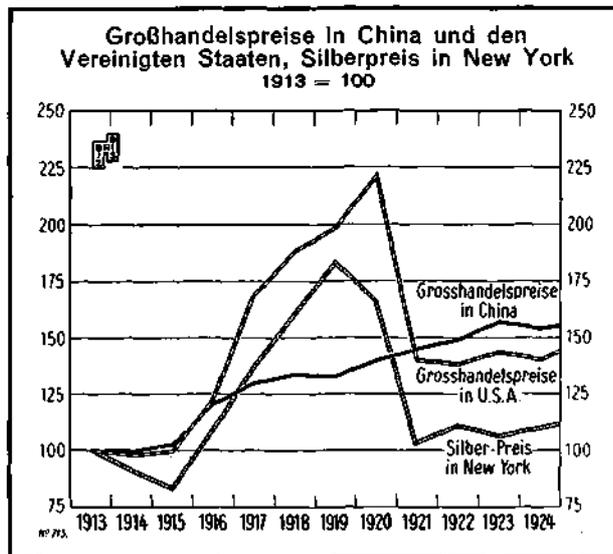
Der durch die Erfindung des Dampfschiffs möglich gemachte Aufschwung des Welthandels war begleitet von einer Verstärkung der internationalen Einflüsse auf die einzelnen Volkswirtschaften. Bekanntlich hatten die Meßziffern der Warenpreise in den verschiedenen Ländern in friedlichen Zeiten und bei gleichbleibenden Wechselkursen die Tendenz zu einer mehr oder weniger gleichlaufenden Bewegung, da sie häufig unter dem Einfluß derselben allgemeinen Ursachen standen (wechselnde Goldversorgung, Staatsausgaben usw.). Nach großen Störungen aber, wie sie z. B. während eines Krieges stattfinden, pflegt die Angleichung eine gewisse Zeit zu erfordern; sobald dieser Prozeß beendet ist, nähern sich die Preise in der Regel in überraschendem Grade wieder dem Zustand vor der Störung. So entsprachen die (auf Goldbasis errechneten) Verhältnisse zwischen den Großhandelspreisen der Länder mit geordneten Währungen 1929 und auch 1938 im großen und ganzen denen von 1913. Aber selbst im Kriege, wenn der Waren- und Geldverkehr zwischen den kriegführenden Ländern unterbrochen und mit den Neutralen stark eingeschränkt ist, machen sich internationale Einflüsse noch immer bemerkbar. Die folgende Zeichnung, in der für die Niederlande, Schweden und die Schweiz die Bewegung der Großhandelspreise von 1914 bis 1925 dargestellt ist, zeigt auch für die Jahre 1914 bis 1920 eine bemerkenswerte Übereinstimmung in den Hauptzügen der Entwicklung.



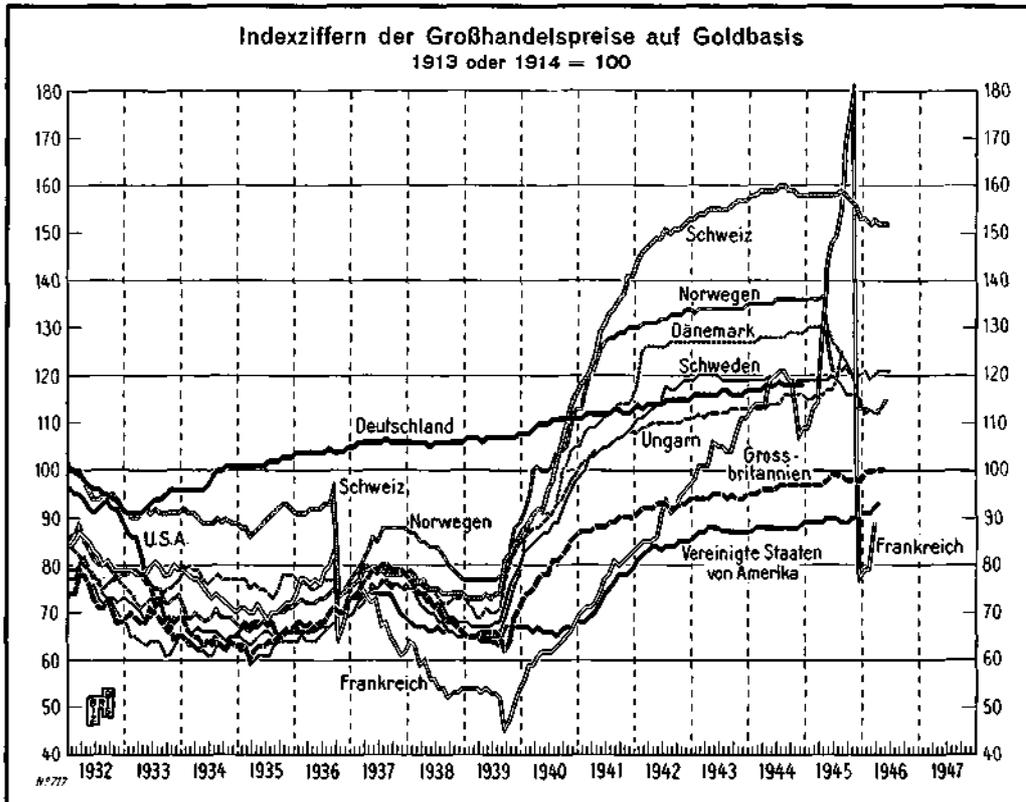
In den damaligen Erörterungen in den drei genannten Ländern wurde die Preissteigerung in den Jahren 1914 bis 1918 hauptsächlich auf Staatsfehlbeträge, erhöhte Produktionskosten und ähnliche innere Ursachen zurückgeführt; nähere Untersuchungen haben aber gezeigt, daß auch ausländische Einflüsse von erheblicher Bedeutung waren. Die Preisbewegung in den wichtigsten kriegsführenden Ländern, die durch die Mangelwirtschaft und die Ausgabe von neu geschaffenem Geld bestimmt wurde, übertrug sich nämlich auf dem Wege

über die Wechselkurse auch auf die anderen Länder, und diese erlebten ebenfalls eine Geldausweitung, die dann hauptsächlich auf Goldverschiffungen beruhte. Gegen Ende des ersten Weltkrieges zeigten die Wechselkurse einiger neutraler Länder eine beträchtliche Steigerung ihres Außenwertes, doch kam diese Reaktion zu spät, um die allgemeine Entwicklungsrichtung der Preise, in denen sich damals die sehr hohen Transportkosten auswirkten, zu beeinflussen.

Ein bemerkenswerter Fall einer von der allgemeinen Richtung abweichenden Preisbewegung lag in China infolge der dort geltenden Silberwährung vor. Das Silber ist in der westlichen Welt eine Ware und daher ganz ähnlich wie andere Waren im Preise gestiegen; die Folge davon war, daß die chinesische Währung bald ein Agio erhielt und schließlich 1918 den doppelten Goldwert hatte wie im Jahre 1914. Aus diesem Grunde zeigte das Preisniveau in China während der Störungen des Krieges von 1914-18 und der Nachkriegszeit eine gleichmäßige und allmähliche Aufwärtsbewegung und nicht ein jähes Steigen und Fallen.



Auch im zweiten Weltkrieg gab es eine Ausnahme



von der allgemeinen Entwicklungsrichtung, nämlich Deutschland mit seiner strengen Lohn- und Preisüberwachung. In diesem Falle lag die Erklärung nicht in der Verwendung einer anderen Währungsgrundlage, sondern in der Durchsetzung einer totalitären Politik mit weitgehender Isolierung von der übrigen Welt.

Wie aus der Zeichnung hervorgeht, lagen die deutschen Preise 1939 weit über den „Gold“-preisen in anderen Ländern, die damals noch mit den Weltmärkten verbunden waren¹. Mit der Abschließung Europas von der übrigen Welt im Jahre 1940 erhielten die deutschen Preise auf dem Kontinent einen überwiegenden Einfluß, der sich in einem Druck nach oben auf die Preise in den anderen Ländern auswirkte, während Deutschland auf Grund seiner starken politischen Stellung einen hohen Einfuhrüberschuß erzielte, der im Wege der Verrechnungsabkommen oder in anderer Weise zu günstigen Bedingungen bezahlt wurde. Unter diesen Umständen konnten die Preise in Deutschland durch die Überwachung nahezu stabil gehalten werden (wobei allerdings Warenmangel und Qualitätsverschlechterungen eintraten). Der Angelpunkt des

¹ Daß die deutschen Preise (zu den amtlichen Wechselkursen umgerechnet) sich seit 1933 weit über den in anderen Ländern notierten hielten, war dadurch möglich, daß die deutschen Behörden ein System von Exportprämien und Einfuhrabgaben anwandten, das sozusagen Deutschlands Ersatz für eine Abwertung der Reichsmark bildete. Tatsächlich war es eine ziemlich willkürliche Form der Abwertung, da die Exportprämie von Fall zu Fall verschieden gestaltet werden konnte, was vielfach auch geschehen ist. Wie aus der Zeichnung zu ersehen ist, ließ man die deutschen Preise von 1933 bis 1936 um etwa 15 v. H. steigen, die Stundenlohnsätze der deutschen Arbeiter wurden aber nicht erhöht; d. h. daß die Preise stiegen, während die Lohnkosten unverändert blieben. Dies war ein wesentlicher Bestandteil des deutschen Aufbauprogramms und ebenso wichtig wie die Kreditausweitung. Durch die Hebung des Preisniveaus ohne Angleichung des Reichsmarkkurses wurde aber die Beibehaltung der sehr komplizierten Außenhandelskontrolle zu einem unentbehrlichen Bestandteil des Systems, obwohl sich bald zeigte, daß sie ein Hemmnis für eine Belebung des deutschen Außenhandels bildete (wie im fünfzehnten Jahresbericht unserer Bank auf Seite 117 und 118 dargelegt wurde).

deutschen Systems bestand darin, daß eine Erhöhung der Lohnsätze fast ganz verhindert wurde, was zusammen mit einer hohen Besteuerung der Gewinne und anderen Einkünfte dahin wirkte, sowohl die Produktionskosten wie die Nachfrage nach Gütern und Leistungen niedrig zu halten. Selbst als der Krieg im Mai 1945 schließlich verloren war, blieben die deutschen Lohnsätze so gut wie unverändert und im großen ganzen auch die kontrollierten Preise der wenigen Waren, die auf die Rationierungsausweise noch erhältlich waren.

Die Erfahrung in Deutschland lehrt, daß eine strenge Preiskontrolle eine ebenso strenge Kontrolle der Lohnsätze zur Voraussetzung hat, da die Löhne den Hauptbestandteil der Produktionskosten bilden. Es ist jedoch fraglich, ob die deutschen Methoden geeignet waren, den Kräfteeinsatz für den Krieg zu fördern. Eine 1945 von einer Reihe angelsächsischer Nationalökonomien angestellte Untersuchung hat ergeben, daß die deutschen Leistungen im Kriege nicht nur hinter denen Englands, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten zurückgeblieben sind, sondern auch hinter denen, die Deutschland selbst im ersten Weltkriege erreicht hat. Dieses merkwürdige Mißlingen einer Erzielung von Höchstresultaten kann aus verschiedenen Ursachen erklärt werden; ein Grund ist sicherlich, daß bei dem System der starren Löhne für die Arbeiter kein Anreiz bestand, aus eigenem Antrieb einen Berufswechsel zu versuchen, um ein höheres Einkommen zu erlangen. In Deutschland wurde die Umleitung von Menschen und Maschinen zu einer anderen Verwendung durch obrigkeitliche Anordnungen und ihre wirksame Ausführung bestimmt; in den anderen Ländern dagegen spielte namentlich bei der Heranziehung von neuen Kräften (Frauen und Jugendlichen) und allgemein bei der Verlagerung der Produktionskraft nach den besonders kriegswichtigen Berufen eine Erhöhung der Preise und Löhne eine stark fördernde Rolle, da die für die Kriegsministerien produzierenden Betriebe in der Lage waren, den Arbeitern aller Stufen die besten Löhne zu zahlen. Eine gewisse Erhöhung des Kosten- und Preisniveaus hatte ohne Zweifel bestimmte Vorteile, doch war es natürlich ebenso wichtig, zu verhindern, daß diese Erhöhung in eine unkontrollierte Inflation ausartete.

Während in Deutschland das Kontrollsystem bei Beginn des Krieges schon in vollem Gange war, wurden in anderen Ländern im allgemeinen erst nach Ablauf von zwei bis drei Jahren entschlossene Anstrengungen gemacht, eine wirksame Preisüberwachung einzuführen. Tatsächlich kamen im Laufe des Jahres 1942 Kontrollmaßnahmen in einer Anzahl europäischer und außereuropäischer Länder mehr oder weniger gleichzeitig zur Anwendung. Bezeichnenderweise wurden die Beschlüsse über die Preiskontrolle in mehr als einer Hauptstadt ohne Kenntnis der Tatsache gefaßt, daß gleichartige Maßnahmen zu derselben Zeit in anderen Ländern ergriffen wurden. Für den Erfolg der Kontrolle war es jedoch wichtig, daß der Preisanstieg in verschiedenen Gebieten annähernd gleichzeitig aufgehalten wurde.

Länder, die aus verwaltungstechnischen oder anderen Gründen keine wirksamen Kontrollmaßnahmen ergriffen haben und in einigen Fällen mit ungewöhnlich hohen Geldausgaben von dritter Seite auf ihrem Gebiete zu tun

Der Anstieg der Großhandelspreise
und der Lebenskosten

Großhandelspreise		Lebenskosten	
Erhöhung von Januar-Juni 1939 bis Dezember 1945 in v. H.			
Australien	+ 39	Kanada	+ 19
Vereinigte Staaten	+ 40	Australien	+ 23
Kanada	+ 41	Südrhodesia	+ 29
Venezuela	+ 46	Vereinigte Staaten	+ 31
Neuseeland	+ 53	Großbritannien	+ 32
Südafrikan. Union	+ 58	Südafrikan. Union	+ 32
Norwegen	+ 70	Uruguay	+ 38
Schweden	+ 74	Argentinien	+ 38
Großbritannien	+ 74	Schweden	+ 43
Kostarika	+ 82	Schweiz	+ 51
Dänemark	+ 86	Kolumbien	+ 54
Schweiz	+ 102	Norwegen	+ 57
Argentinien	+ 112	Dänemark	+ 58
Mexiko	+ 112	Elre	+ 72
Peru	+ 117	Kostarika	+ 73
Chile	+ 124	Brasilien	+ 84
Spanien	+ 129 ¹	Spanien	+ 92 ⁶
Portugal	+ 142	Peru	+ 93
Tschechoslowakei	+ 167 ²	Portugal	+ 96
Indien (Kalkutta)	+ 186	Tschechoslowakei ⁷	+ 106
Ägypten	+ 228 ³	Mexiko	+ 133
Palästina	+ 247	Indien	+ 133
Türkei (Istanbul)	+ 331	Chile	+ 144
Frankreich	+ 345	Ägypten	+ 184 ⁸
Irak	+ 414 ⁴	Island	+ 185 ⁹
Finnland	+ 435	Türkei	+ 262 ¹⁰
Iran (Teheran)	+ 449	Bolivien	+ 263
Libanon (Beirut)	+ 946 ⁵	Finnland	+ 305

¹ Oktober 1945. ² Böhmen, Mähren und Schlesien; Basis: 1. März 1939.
³ September 1945. ⁴ November 1945 gegenüber Dezember 1938-August 1939.
⁵ November 1945 gegenüber Juni 1939. ⁶ Oktober 1945 gegenüber Juli 1939.
⁷ Ziffern für Prag. ⁸ November 1945.
⁹ Gegenüber Januar-März 1939. ¹⁰ Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1939.

hatten, haben bedeutende Preissteigerungen erlebt, mit dem Ergebnis, daß ihr Preisniveau in einigen Fällen auf den im ersten Weltkrieg erreichten hohen Stand oder sogar noch darüber hinaus erhöht wurde. Dies gilt z. B. für Portugal, Ägypten, Palästina, Syrien und Britisch-Indien — alles Länder, die sehr viel an die in ihren Gebieten stationierten fremden Truppen verkauften oder bedeutende Ausfuhrüberschüsse hatten, so daß sie in der Lage waren, ihre Währungsreserven in Gold und Devisen erheblich zu vermehren. Schließlich

wäre noch zu erwähnen, daß in einigen Ländern, am verheerendsten in China, Griechenland und zuletzt in Ungarn, eine Inflation zum vollen Ausbruch kam, bei der die Preise zu astronomischen Ziffern emporschnellten. Dies waren aber Ausnahmen; im allgemeinen muß das Urteil lauten, daß die durch Rationierung und staatliche Subventionen unterstützte Preiskontrolle sich während des zweiten Weltkrieges als erfolgreiches Mittel zur Verhinderung ungezügelter Preissteigerungen erwiesen hat, und zwar trotz ungeheurer Geldausgaben der Regierungen.

Die Wirksamkeit der Preiskontrolle

Wichtig ist jedoch, daß die Wirksamkeit eines Preiskontrollsystems nicht überschätzt wird, indem man vergißt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, wenn es zufriedenstellend funktionieren soll.

Erstens bedarf es eines hohen Standes der Verwaltungstechnik, wenn das System mit gutem Erfolg arbeiten soll. Es handelt sich nicht

nur darum, Beamte zu finden, die zuverlässig und auch sonst geeignet sind, die auftretenden Fragen zu behandeln, sondern man muß auch dafür sorgen, daß die Verwaltung als solche genügend Autorität besitzt, um die Beachtung der Bestimmungen beim großen Publikum zu sichern. Es bestehen schon Anzeichen, daß sich das Publikum im Frieden anders verhalten wird als im Kriege. Solange eine Nation im Kampf auf Tod und Leben steht, kann man damit rechnen, daß jeder einzelne Bürger die Behörden bereitwillig unterstützt, da es dann Ehrensache ist, sich dem Ganzen einzugliedern, mag es sich um zivile oder um militärische Aufgaben handeln. Wenn aber der nationale Notstand vorüber ist und das gewöhnliche Leben wieder beginnt, schlägt diese Haltung vielfach um, es kommt zu einer scharfen Kritik an allen Fehlern, die begangen werden, und einem ausgesprochenen Bestreben, die privaten Interessen wahrzunehmen. Dann wird die Aufgabe der Beamten schwieriger. Ein weiterer Grund ist, daß nach der Wiederkehr des Friedens ein bestimmtes Ziel (wie die siegreiche Beendigung des Krieges), das einen entschiedenen Vorrang vor anderen Überlegungen hat, nicht mehr vorhanden ist. Psychologisch gesehen besteht die Gefahr, daß eine Verletzung der Vorschriften von der öffentlichen Meinung nicht mehr verurteilt wird; die Reaktion des Publikums als Prüfstein für das allgemeine Empfinden bildet häufig ein wirksameres Abschreckungsmittel als gesetzliche Strafbestimmungen.

Zweitens ist zu betonen, daß kein Land eine geordnete Verteilung und stabile Preise aufrechterhalten konnte, wenn ihm nicht eine ausreichende Warenversorgung zur Befriedigung des lebenswichtigen Bedarfs der Bevölkerung in bezug auf Nahrung, Kleidung und andere Gebrauchsgüter zur Verfügung stand. Wo immer ein akuter Mangel in der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern eintrat, ließ es sich nicht verhindern, daß die Bevölkerung ihren notwendigen Bedarf durch Käufe außerhalb des amtlichen Verteilungssystems zu befriedigen suchte, selbst wenn sehr hohe Preise gezahlt werden mußten.

Drittens sind einige wichtige internationale Gesichtspunkte des Problems der Preiskontrolle zu berücksichtigen. Wenn das allgemeine Preisniveau auf den Weltmärkten eine genügende Stabilität aufweist, mag es für ein einzelnes Land nicht allzu schwer sein, die Preise stabil zu halten. So waren für Deutschland nach 1933 die verhältnismäßig stabilen Preise innerhalb des weiten Sterlinggebiets von Vorteil, und 1942 bildete die allgemeine Verbreitung der Bemühungen um eine wirksame Preiskontrolle, obwohl sich die einzelnen Länder dessen nicht deutlich bewußt waren, zweifellos eine Vorbedingung für den Erfolg, den die Staaten bei der Verhinderung scharfer Steigerungen in der letzten Zeit des Krieges erzielt haben.

Viertens darf nicht vergessen werden, daß eine Erstarrung der Preise, wie sie in Deutschland während des Krieges eingetreten ist, wertvolle Kräfte des wirtschaftlichen Ausgleichs ausschaltet und dadurch den wirtschaftlichen Fortschritt eher hemmt als fördert. Zur Rechtfertigung eines elastischen Preissystems hat der zweite Weltkrieg mehr beigetragen, als im allgemeinen erkannt wird.



Anmerkung: Der Rückgang der Ausfuhrpreise im Jahre 1945 dürfte damit zusammenhängen, daß die Leih- und Pacht-Lieferungen, deren Exportwert zu verhältnismäßig hohen Preisen angerechnet wurde, allmählich abnahmen und schließlich aufhörten.

Fünftens sollte nicht mehr für die Preiskontrolle in Anspruch genommen werden, als sie wirklich geleistet hat. Tatsache ist, daß bis zum Sommer 1946 die Großhandelspreise in den Vereinigten Staaten um 50 v. H. und die Lebenshaltungskosten um 33 v. H. über den Stand im ersten Halbjahr 1939 gestiegen waren. Für Großbritannien sind die entsprechenden Ziffern 80 und 33 v. H. Die Meßziffern der britischen und amerikanischen Ein- und Ausfuhrpreise zeigen Erhöhungen zwischen 60 und 100 v. H. In mancher Hinsicht spiegeln die weit-

gehend unkontrollierten Preise für Außenhandelsgeschäfte die wirkliche Veränderung der Kaufkraft des Geldes am genauesten wider.

Nur wenn man weiter als bis zu den allgemeinen Durchschnittszahlen geht und die Preisentwicklung der einzelnen Warengruppen untersucht, gelangt man zur volleren Erkenntnis der wirklichen Vorgänge. Die folgende Übersicht zeigt die Veränderungen bei den Hauptgruppen der Lebenskosten in Großbritannien zwischen 1939 und 1946.

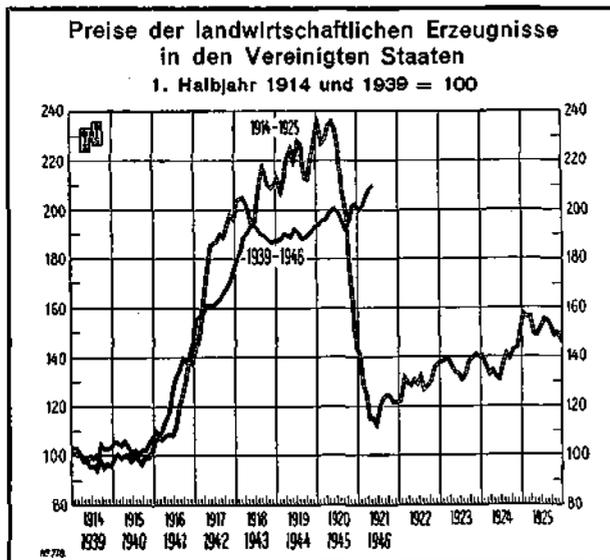
**Die Lebenshaltungskosten der Arbeiter
in Großbritannien**

Zeit	Gesamt- Index	Ernährung	Kleidung	Heizung und Be- leuchtung	Miete
1939 monatlicher Durchschnitt . .	102	102	103	101	100
1944 Dezember . . .	130	122	167	145	101
1945 " . . .	131	122	166	151	102-103
1946 März	131	122	166	151	102-103
1946 Juni	131	122	166	152	104

In den Gruppen „Kleidung“ sowie „Heizung und Beleuchtung“ haben die Preise bedeutend stärker angezogen als im Durchschnitt, die Mieten dagegen sind kaum höher als vor dem Krieg, da sie durch ein

strenges System von „Höchstmieten“ niedergehalten wurden, und auch die Ernährungskosten sind weniger gestiegen als die allgemeine Indexzahl. Die Mieten für Häuser und Wohnungen brauchen beim Eintritt eines Notstandes nicht sofort erhöht zu werden, da die Versorgung mit Wohnraum auf kurze Sicht fast gänzlich durch die Zahl der schon vorhandenen Häuser bestimmt ist. Werden dann neue Häuser gebaut, so werden die berechneten Mieten im allgemeinen den wirklichen wirtschaftlichen Kosten entsprechen müssen (außer wenn Subventionen gewährt werden).

Ein Kapitel für sich bilden die verhältnismäßig niedrigen Kosten der Gruppe „Ernährung“. Es war eine der Errungenschaften der Preiskontrolle im Kriege, daß die Großhandelspreise diesmal weit weniger gestiegen sind als im ersten Weltkrieg. Es ist indessen aufschlußreich, den Preisanstieg für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse herauszugreifen und der entsprechenden Veränderung im letzten Kriege gegenüberzustellen. Für Großbritannien lassen die vorhandenen Unter-



lagen keinen genauen Vergleich zu, für die Vereinigten Staaten ergibt die Zeichnung aber eine interessante Übereinstimmung zwischen den Kurven für die sieben Jahre von 1914 bis 1920 und denen für 1939 bis 1945. Der Preisanstieg in Amerika hat sein Gegenstück in einer Reihe anderer Länder (vgl. die Kurve für Großbritannien). Mit anderen Worten, die Regierungen haben es nicht für nötig befunden, die Preise der Agrarprodukte niederzuhalten, u. a. weil sie zögerten, Schritte zu ergreifen, welche die Produktion

von Waren gefährden konnten, die für die Ernährung der Bevölkerung so wichtig sind. Sie wollten aber erreichen, daß der Verbraucher nicht mit einer schweren Teuerung belastet werde, und zu diesem Ziel gelangten sie, indem sie hohe Subventionen zur Niedrighaltung der Nahrungsmittelpreise bewilligten. Solche Subventionen werden in den meisten Ländern noch immer gewährt, hauptsächlich für Nahrungsmittel, aber auch zur Verbilligung anderer Waren und Dienstleistungen; ihr Gesamtbetrag beläuft sich 1946 in Großbritannien auf

334 Millionen Pfund, in den Vereinigten Staaten auf mehr als 1 Milliarde Dollar, in Frankreich auf 85 Milliarden französische Franken und in der Schweiz auf mehr als 295 Millionen Schweizer Franken.



Der Erfolg der Preis- und Kostenpolitik war also nicht allein der Preiskontrolle, sondern weitgehend auch den Zuweisungen der Finanzministerien zu verdanken, denn die Niedrighaltung der Lebenskosten machte es möglich, die Lohnsätze zu begrenzen, und dadurch konnte ein starkes Anziehen aller Preise vermieden werden. Damit eine solche Politik Erfolg hatte, mußten die als

Subventionen ausgezahlten Beträge in einer Weise aufgebracht werden, daß keine inflatorischen Wirkungen eintraten, die sonst die Vorteile der verhältnismäßig niedrigen Nahrungsmittelpreise leicht hätten zunichte machen können. Es war tatsächlich eine unerläßliche Voraussetzung für den Erfolg jeder Subventionspolitik, daß die finanzielle Stabilität nicht ernstlich erschüttert wurde und insbesondere der Staatskredit intakt blieb. War dies nicht der Fall, z. B. wenn die Preissteigerung schon so weit gegangen war, daß die Preise jede Verbindung mit dem Vorkriegsniveau verloren hatten (indem sie nicht um 40 oder 50 v. H., sondern auf das Vier- oder Fünffache gestiegen waren), wenn also die Schwächung des Realwertes der Währung es unmöglich machte, große Anleihen bei der Bevölkerung unterzubringen, dann konnte das Hilfsmittel einer Subventionspolitik großen Stiles die Inflationsbewegung nicht mehr aufhalten, sondern sie nur noch beschleunigen.

Eine weitere Voraussetzung für den Erfolg der Subventionen und der Preiskontrolle war, daß die rationierten Waren für die Bevölkerung in genügenden Mengen erhältlich waren (vgl. Seite 12); sonst wäre das Publikum an den schwarzen Markt gedrängt worden, und die Arbeiter hätten, indem sie höhere Löhne forderten, um auf diesen Märkten kaufen zu können, die Lohnpolitik zum Scheitern gebracht. In vielen Ländern waren indessen die Voraussetzungen für das wirksame Funktionieren eines Subventionssystems gegeben, und solange die Notlage bestand, waren die Regierungen darauf bedacht, sich der Beihilfen zu bedienen, um die Lohnerhöhungen in möglichst mäßigen Grenzen zu halten, wohl wissend, daß eine Lohnaufbesserung eine Preissteigerung nach sich ziehen und eine immer größere Vermehrung der öffentlichen Schuld notwendig machen würde.

Nur wenn man die wahre Natur der im Kriege erzielten Erfolge erkennt, wird die Schwierigkeit des Problems klar, dem die Behörden zur Zeit gegenüberstehen. Die verbleibenden hohen Subventionen stellen eine schwere Belastung für den Staatshaushalt dar und beschränken den für Steuererleichterungen oder soziale Reformen zur Verfügung stehenden Betrag. Subventionen sind ein höchst unwirtschaftliches Mittel, den Bedürftigen zu helfen, denn sie verschaffen auch den Bevölkerungsschichten niedrige Preise, für welche die Kosten der Ernährung nicht wesentlich ins Gewicht fallen und die daher imstande wären, die vollen Kosten unmittelbar zu tragen, anstatt sie auf dem Steuerwege zu zahlen (u. a. durch die alle Schichten treffenden Umsatz- und Verkaufssteuern).

Eine plötzliche Verteuerung der Lebenskosten infolge einer Kürzung der Subventionen könnte indessen politische und andere Folgen zeitigen, die nicht leicht zu meistern wären. Nach dem letzten Krieg trat, wie aus der oberen Zeichnung auf Seite 14 zu ersehen ist, ein jäher Sturz der landwirtschaftlichen Preise ein, der ein Absinken der Lebenskosten von dem während des ersten Weltkrieges erreichten hohen Stande mit sich brachte. Ob diesmal ein ähnlicher Preissturz bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen eintreten wird, kann bezweifelt werden. In vielen Ländern ist der Landwirtschaft eine Preisstützung versprochen worden, und wahrscheinlich würde sich fast überall ein heftiger

politischer Widerstand gegen eine Preissenkung erheben, die infolge von Veränderungen von Angebot und Nachfrage auf den Märkten für Agrarprodukte eintreten würde. Die Frage, ob sich auf längere Dauer innerhalb des landwirtschaftlichen Sektors eine stärkere Preiserhöhung als in anderen Wirtschaftszweigen beibehalten läßt, ist aber schwer zu beantworten. In dieser wie in mancher anderen Hinsicht sind nicht verkennbare Unsicherheitsfaktoren bezüglich der künftigen Preisentwicklung vorhanden.

Die durch Subventionen unterstützte Preiskontrolle hat dazu geführt, daß die Erhöhung der Lohnsätze und Preise diesmal entschieden geringer war als im Endstadium des vorigen Krieges. Dieser Umstand gewinnt eine gewisse Bedeutung für die Richtung der konjunkturellen Entwicklung nach dem Kriege. Allerdings ist es wahrscheinlich richtig, daß ohne Rücksicht auf den am Ende des Krieges erreichten Stand der Preise und Löhne auf jeden Fall in den ersten anderthalb bis zwei Jahren nach Einstellung der Feindseligkeiten eine lebhafte Nachfrage nach Waren und auch ein Ansteigen der Lohnsätze eintreten muß. Dies war wenigstens die Erfahrung von 1919/20; damals waren trotz der bedeutenden Erhöhungen während der Jahre 1914–18 weitere wesentliche Steigerungen festzustellen. Auch jetzt wieder bildet eine starke Nachfrage, die zu günstigen Absatzverhältnissen führt, die Regel, und zwar tritt diese Nachfrage auch bezüglich der Arbeitskräfte deutlich in Erscheinung. Zwischen dem Sommer 1945 und dem Sommer 1946 haben in der Mehrzahl der Länder die Preise für Friedenswaren und die Lohnsätze in den ausgesprochenen Friedensindustrien angezogen. Auf diese Weise wurde ein neues Lohngefälle hergestellt, das sicherlich zur Beschleunigung des Umstellungsprozesses beigetragen hat. Sofort tauchten aber auch Befürchtungen auf: der „Hochkonjunktur“ von 1919/20 folgte der „Krach“ von 1920/21; es war nur natürlich, daß sowohl die Behörden wie die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich bestrebt zeigten, eine Wiederholung derselben schlimmen Erfahrung zu verhüten. Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen natürlich den bestehenden Verhältnissen in jedem Gebiete angepaßt werden.

Der Umfang der industriellen Produktion

Die Welt ist infolge der vom Kriege her zurückgebliebenen schweren Mangelwirtschaft derart erschöpft, daß ihr erstes Ziel offenbar eine Produktionssteigerung sein muß. Dies ist aber auch vom währungspolitischen Standpunkt wichtig, weil eine reichlichere Versorgung mit Gütern und Leistungen dazu beitragen würde, den gegenwärtig an den Märkten bestehenden Geldüberfluß zu neutralisieren. Eine erweiterte Produktion würde die Grundlage bilden für eine allgemeine Hebung des Lebensstandards, die nach den Einschränkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit so wünschenswert ist. Freilich kann auch die Produktionssteigerung nicht alle Probleme des Tages lösen und sogar selbst wieder gewisse Probleme schaffen. Werden Güter in größeren Mengen erzeugt, so werden die von den produzierenden und anderen Betrieben für die

Material- und Lohnkosten aufgewendeten Gelder in der gegenwärtigen Lage vermutlich die Kaufkraft schaffen, mit der die Produktionsergebnisse gekauft werden können; außerdem dürfte aber der Umstand, daß Ware erhältlich ist, auch zu einer Steigerung der Nachfrage auf Grund der im Kriege aufgespeicherten Kaufkraft führen. Der Druck auf das wachsende Angebot von Gütern und Leistungen kann daher in der Tat stark sein.

In den vom Kriege am stärksten betroffenen Ländern ist die Nachfrage eingedämmt, da es außer den hauptsächlich aus Lebensmitteln bestehenden Zuteilungen so gut wie nichts zu kaufen gibt; das Angebot an den schwarzen Märkten stellt nur einen kleinen Teil der beschränkten Warenmenge dar, die vorhanden ist. Wenn in diesen Ländern durch vermehrte Produktion oder durch Einfuhr eine Besserung der Versorgung eintritt und infolgedessen ein Teil des bei der Bevölkerung vorhandenen Geldüberhangs verwendbar wird, kann die Lage ganz anders werden. Dann können große Schwierigkeiten (u. a. plötzliche Preissteigerungen) auch bei den rationierten Waren entstehen; diese Schwierigkeiten müssen aber natürlich in Kauf genommen werden, da die Wiederaufnahme der Produktion eine Notwendigkeit ist.

Die nachstehende Zeichnung veranschaulicht die in verschiedenen Ländern berechneten Kennziffern der Produktion; es ist aber zu beachten, daß Arbeiten wie z. B. der Wiederaufbau von Brücken, die Wiederherstellung von Häfen und die Instandsetzung von Häusern in den Ziffern nur teilweise zum Ausdruck kommen; die erzielten Leistungen sind also häufig bedeutender, als die Zeichnung erkennen läßt.

In den angelsächsischen Ländern führte der plötzliche Abbau der Kriegsproduktion bei Beendigung der Feindseligkeiten zu einem jähen Abfallen der Indexzahlen, und der im Kriege verzeichnete Höhepunkt ist nicht wieder erreicht worden — auch nicht in den Vereinigten Staaten, wo das Beschäftigungsvolumen im Mai und Juni 1946 höher war als der während des Krieges erzielte Höchststand. Dieses Verhalten der Indexziffer hat verschiedene Gründe. Erstens war der Wert der Produktion im Kriege durch die zugelassene hohe Amortisationsrate aufgebläht, und wenn die Produktionskennziffern auch in Wirklichkeit das Volumen messen sollen, ist es doch kaum zu vermeiden, daß besonders bei neuen Waren der Wert einen gewissen Einfluß auf die Unterlagen der Indexberechnung ausübt. Zweitens setzt sich die Kriegsproduktion hauptsächlich aus Gütern wie Panzerwagen, Geschützen und Munition zusammen, deren Herstellung am laufenden Band mit Spezialmaschinen erfolgt, die eine hohe Produktionsrate zulassen, während der Friedensbedarf sich mehr auf vielgestaltige, für die Massenproduktion weniger geeignete Waren und auch auf Dienstleistungen verschiedener Art erstreckt (in Verbindung mit Ferienreisen, öffentlichen Vergnügungen, Gaststätten usw.).

Um dem besonderen Charakter des Kriegsbedarfs Rechnung zu tragen, ist angeregt worden, beim Vergleich mit Friedensverhältnissen die Zahlen für die typische Kriegsproduktion um die Hälfte zu kürzen. Es darf nicht vergessen werden, daß in Ländern mit steigendem Lebensstandard die Dienstleistungen eine wachsende Rolle spielen, was mit der bekannten Tatsache übereinstimmt,

daß bei höherem Einkommen der Prozentsatz der Ausgaben für Ernährung und Wohnung geringer ist, während z. B. mehr für die Erholung oder für die Einrichtung und Ausschmückung des Heims aufgewendet wird. Nach einer Schätzung für das Frühjahr 1946 war in den Vereinigten Staaten nahezu die Hälfte aller Arbeiter in Dienstleistungsgewerben (unter Einschluß von Handel und Verkehr) beschäftigt, während die andere Hälfte in der Produktion von industriellen und landwirtschaftlichen Gütern tätig war.¹

Für die im Kriege besetzten europäischen Länder war der Tag der Befreiung maßgebend für die Wiederaufnahme der Produktion, wie die Zeichnung erkennen läßt. Die Aufwärtsbewegung begann in Frankreich im Herbst 1944, in Dänemark und Norwegen Mitte 1945; Belgien hatte eine bedeutende Zunahme der Produktion für die ersten Monate des Jahres 1945 aufzuweisen; Finnland konnte nach einigen schwierigen Monaten den Beginn einer Besserung im Spätherbst 1944 nach dem Waffenstillstand mit der UdSSR verzeichnen. In der Kurve für Schweden kommt in dem Einschnitt für fünf Monate des ersten Halbjahres 1945 der Produktionsausfall infolge eines lange dauernden Streiks in der Metallindustrie zum Ausdruck. Auch der Rückgang der dänischen Industrieproduktion im Frühjahr 1946 war auf Streiks zurückzuführen; in der zweiten Hälfte des Monats Mai wurde jedoch eine Einigung erzielt.

Einen bemerkenswerten Eindruck vermittelt die Zeichnung insofern, als sie für 1945 und Anfang 1946 bei den europäischen Ländern im allgemeinen eine steigende, bei den Vereinigten Staaten und Kanada dagegen eine rückgängige Tendenz zeigt. In diesen beiden Ländern hat sich indessen im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern das Produktionsvolumen vorher die ganze Zeit hindurch weit über dem günstigsten Vorkriegsstand gehalten. Großbritannien hat die Veröffentlichung einer Produktionskennziffer noch nicht wiederaufgenommen, so daß ein genauer Vergleich mit dem Vorkriegsumfang der Produktion nicht möglich ist; es ist aber bekannt, daß die Friedensproduktion kräftig vorangeschritten ist.

Die Rückkehr zur Friedenswirtschaft in den angelsächsischen Ländern

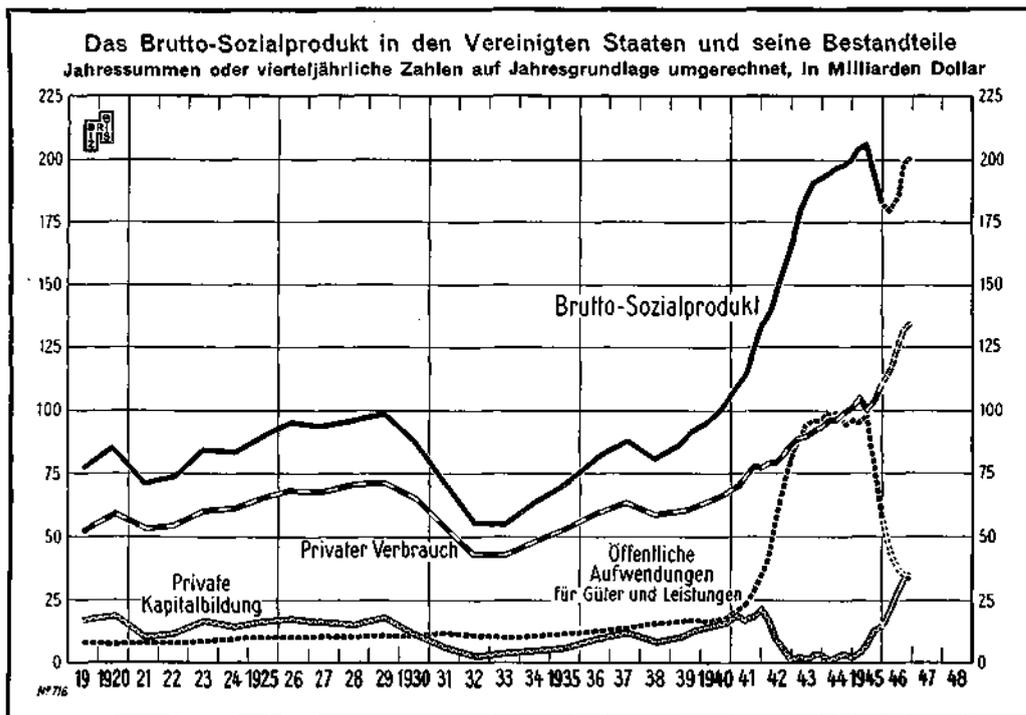
Die mit der Planung für die Nachkriegszeit befaßten amtlichen Stellen haben ausnahmslos Maßnahmen für den Fall vorbereitet, daß bei der Rückkehr der demobilisierten Männer und Frauen aus dem Militärdienst und der Arbeiter aus den Kriegsindustrien zu den normalen Zivilberufen eine umfangreiche Arbeitslosigkeit entstehen würde. In Wirklichkeit haben sich die Schwierigkeiten jedoch im allgemeinen als geringer erwiesen, als man erwartet hatte.

¹ Colin Clark zeigt in seinem Buch „The Economics of 1960“, London 1942 (S. 22-32), daß „mit dem steigenden Realeinkommen auf den Kopf der Bevölkerung die Nachfrage nach Erzeugnissen dritter Ordnung verhältnismäßig größer wird“. Nach Clarks Terminologie umfaßt die „Produktion dritter Ordnung“ sämtliche wirtschaftlichen Tätigkeiten mit Ausnahme der „Gewerbe erster Ordnung“, zu denen die Land- und Forstwirtschaft sowie Jagd und Fischerei gehören, und der „Gewerbe zweiter Ordnung“, zu denen Bergbau, Industrie, Elektrizitätserzeugung und Baugewerbe zu rechnen sind. Clark weist ferner darauf hin, daß „mit einigen unbedeutenden Ausnahmen (z. B. den internationalen Dienstleistungen der Banken) die Erzeugnisse dritter Ordnung in dem Land, in dem sie verbraucht werden, hergestellt werden müssen“. Als weitere Ausnahme hätte neben den internationalen Dienstleistungen der Banken die Schifffahrt erwähnt werden können.

In den Vereinigten Staaten z. B. hatten amtliche und halbamtliche Voraussagen mit sechs bis acht Millionen Erwerbslosen im Frühjahr 1946 gerechnet; tatsächlich wurden zu dieser Zeit kaum mehr als zwei Millionen gezählt, in der Hauptsache Arbeiter, die ihre Stellung wechselten oder durch Krankheit und aus anderen Gründen vorübergehend arbeitsunfähig waren. In mehreren Gegenden war sogar ein außerordentlicher Arbeitermangel zu spüren; selbst an der Westküste, wo in der Zeit der Aufrüstung die Industriebetriebe wie Pilze aus dem Boden geschossen waren und wo daher ein jäher Rückschlag zu befürchten war, hat der Übergang zur Friedenstätigkeit anscheinend mit nur leichten Störungen stattgefunden.

Der verhältnismäßig günstige Verlauf der Dinge dürfte sich hauptsächlich aus zwei Gründen erklären. Als die Staatsausgaben von etwa 100 auf 40 Milliarden Dollar jährlich herabgesetzt wurden, gingen die Ausgaben der privaten Verbraucher von 100 auf 130 Milliarden Dollar herauf, und diese Erhöhung schuf zusammen mit dem Erneuerungsbedarf der Industrie und der Auffüllung der Lagerbestände Voraussetzungen, die für eine Vollbeschäftigung günstig waren. Außerdem wurde die Rückverlagerung der Arbeitskräfte durch die verhältnismäßig große wirtschaftliche Beweglichkeit erleichtert, welche für die Vereinigten Staaten noch immer kennzeichnend ist, wo der Übergang der Arbeiter von einer Industrie zur anderen und von einem Teil des Landes zum andern ziemlich leicht ist.

Dennoch konnte der Angleichungsprozeß nicht ganz reibungs- und schmerzlos vor sich gehen. Abgesehen von den Streiks waren der Wohnungsmangel, die steigenden Kosten und die Ungewißheit über die künftige Preis- und



Lohnpolitik (ganz zu schweigen von der internationalen Lage) psychologisch von Einfluß, und in vielen Beziehungen ist eine endgültige Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten noch nicht klar zu erkennen.

Auch in Großbritannien wurde die Eingliederung der demobilisierten Männer und Frauen sowie der aus der Kriegsindustrie entlassenen Arbeiter in Friedensberufe mit bemerkenswertem Erfolg vollzogen. Zwar hat es auch dort oft Mühe gekostet, alle erforderlichen Arbeitskräfte zu finden, besonders da viele Frauen, die während des Krieges in der Landwirtschaft oder in der Industrie beschäftigt waren, zu ihrer Tätigkeit im Haushalt zurückgekehrt sind. (Amtliche Sprecher haben die Frauen sogar aufgerufen, in möglichst großer Zahl weiter auswärts arbeiten zu gehen, solange noch von einer nationalen Notlage gesprochen werden müsse.) Große Anstrengungen wurden unternommen, um den Außenhandel so zu fördern, daß der Ausgleich gegenüber dem Ausland wiederhergestellt werden kann; es wurden Quoten festgesetzt, um zu erreichen, daß ein hoher Prozentsatz der produzierten Güter ausgeführt wird; der monatliche Ausfuhrwert ist schneller als erwartet von durchschnittlich 40 Millionen Pfund im Herbst 1945 auf durchschnittlich 73 Millionen Pfund für die drei Monate April bis Juni 1946 gestiegen.

Die Beschäftigungslage in Großbritannien 1939, 1945 und 1946

Gruppen von Beschäftigten	Juni 1939	Juni 1945	April 1946	Veränderung bis April 1946 gegenüber	
				Juni 1939	Juni 1945
in 1000					
A. Tätigkeit für den zivilen inländischen Bedarf u. für die Ausfuhr:					
1. Fertigwarenindustrie:					
Inland	4 680	2 624	4 379	— 301	+ 1 755
Ausfuhr	990	417	1 236	+ 246	+ 819
Insgesamt	5 670	3 041	5 615	— 55	+ 2 574
2. Grundindustrien u. Dienstleistungen	4 683	5 111	5 237	+ 554	+ 126
3. Baugewerbe u. Zivilingenieurwesen	1 310	722	1 084	— 226	+ 362
4. Verteilung	2 887	1 956	2 132	— 755	+ 174
5. Sonstige Dienste	2 100	1 490	1 597	— 503	+ 107
1-5 insgesamt	16 650	12 322	15 665	— 985	+ 3 343
B. Tätigkeit für Militär und Hilfsdienst:					
1. Militär- und Hilfsdienst	560	5 217	2 588	+ 2 028	— 2 629
2. Ausrüstung und Versorgung der Streitkräfte usw.	1 270	3 887	957	— 313	— 2 930
1 und 2 insgesamt	1 830	9 104	3 545	+ 1 715	— 5 559
Gesamtzahl der Beschäftigten (A + B)	18 480	21 426	19 210	+ 730	— 2 216
Von der Gesamtzahl der Beschäftigten waren					
Männer	13 643	14 751	13 607	— 36	— 1 144
Frauen	4 837	6 675	5 603	+ 766	— 1 072

Anmerkung: Das Arbeitsministerium hat die gesamte männliche arbeitende Bevölkerung für April 1946 auf 14 650 000 beziffert, das sind 6 000 weniger als Mitte 1939. Es wird darauf hingewiesen, daß die Kriegsverluste und auch der Geburtenrückgang zu Beginn der zwanziger Jahre sich auf die Gesamtzahl der arbeitenden Bevölkerung auswirken beginnen; der Unterschied gegenüber 1939 ist aber immer noch gering, und es dürften auch noch andere Einflüsse zu berücksichtigen sein. Gemessen an der Zahl der Beschäftigten lag die Fabrikation für den Export im April 1946 um 25 v. H. über dem Stande von 1939.

Genau wie zu Anfang eines Krieges das normale Preis- und Kostensystem zu langsam arbeitet und vielleicht nicht ausreichend ist, um die plötzlich notwendigen radikalen Änderungen herbeizuführen, so ist auch jetzt und aus ähnlichen Gründen eine Intervention des Staates erforderlich. In beiden Fällen aber haben entsprechende Lohn- und Preisbewegungen zur Erzielung der gewünschten Ergebnisse beigetragen. Besonders störend sind gewisse Eng-

Der Außenhandel Großbritanniens

Zeit	In Groß- britannien verbliebene Einfuhr	Ausfuhr ¹	Wieder- ausfuhr	Handels- bilanz ²
1938 Monatsdurchschnitt	71,5	39,2	5,1	- 32,3
1942 ..	82,6	22,6	0,4	- 60,0
1943 ..	102,2	19,4	0,5	- 82,8
1944 ..	107,6	22,2	1,3	- 85,4
1945 ..	87,6	33,0	4,2	- 54,6
1946 Januar	91,9	57,1	4,2	- 34,8
Februar	75,7	60,0	3,7	- 15,7
März	98,9	67,1	4,6	- 31,8
April	94,1	69,4	3,8	- 24,7
Mai	112,3	85,2	3,6	- 27,1
Juni	98,7	65,0	3,7	- 33,7

¹ Einschließlich der Lieferungen an die befreiten Länder und für Hilfs- und Wiederaufbauzwecke.
² Überschuß der im Lande verbliebenen Einfuhr über die Ausfuhr.

pässe, vor allem die Kohlenförderung, die sich im Frühjahr 1946 auf jährlich 190 Millionen Tonnen belief gegenüber 230 Millionen im Jahre 1938 und 260 Millionen Tonnen im Jahre 1929 (vgl. die Tabelle auf Seite 28). Das tägliche Leben wird noch immer durch lästige Knappheitserscheinungen beeinträchtigt, die nur zum Teil durch erhöhte Einfuhren und vermehrte Friedensproduktion gemildert werden, und die

Versorgung ist gerade nur ausreichend zur Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Aber trotzdem wurde im Juni 1946 eine Verschärfung der Kontrolle, u. a. durch Rationierung des Brotes, angekündigt, um Vorräte zur Linderung einer noch kritischeren Ernährungslage in Ländern freizumachen, wo der Mangel so schwerwiegend war, daß dadurch das Auftreten ernster Krankheiten vermehrt, die Sterblichkeit erhöht, das normale Wachstum der Kinder gehindert und die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt wurde.

Als Grundlage für das Verständnis der Probleme, mit denen die Länder auf dem europäischen Kontinent zu tun haben, bedarf es zunächst einer Vorstellung von der Versorgung der Welt mit Nahrungsmitteln, namentlich mit Weizen.

Die internationale Ernährungslage

Am 1. August 1945 betragen die gesamten Weizenvorräte der Vereinigten Staaten, Kanadas, Argentiniens und Australiens 19 Millionen Tonnen, das ist mehr als an dem entsprechenden Tage irgend eines Jahres vor 1940. Diese günstige Lage beruhte hauptsächlich darauf, daß die Vereinigten Staaten im Jahre 1945 eine bis dahin noch nie erreichte Rekord-Weizenernte gehabt hatten, die dazu beitrug, die Ausfälle in anderen Ländern auszugleichen. Die

Die Weizenerzeugung in den vier wichtigsten Ausfuhrländern

Länder	1934-1938	1939-1943	1944	1945
	Jahresproduktion in Millionen Tonnen			
Vereinigte Staaten	19,5	23,5	29,2	30,6
Kanada	7,2	12,1	11,9	8,3
Argentinien	6,6	6,1	4,2	4,1
Australien	4,2	3,9	1,4	3,9
Zusammen	37,5	45,6	46,7	46,9

Weizenerzeugung der genannten vier Länder im Jahre 1945 betrug 47 Millionen Tonnen, d. h. fast die gleiche Menge wie im Durchschnitt der Jahre 1939-44, aber weit mehr als im Durchschnitt der Jahre 1934-38, der nur 37½ Millionen Tonnen ergab.

In Kontinentaleuropa dürfte die Getreideernte (Weizen und Roggen) infolge der mit dem Krieg zusammenhängenden umfangreichen Verwüstungen und der langen Trockenheit in den südlichen Gebieten um 40 v. H. unter den Ertrag eines Normaljahres gesunken sein. In der Zeit von 1934-38 erzeugte Europa (mit den britischen Inseln, aber ohne die UdSSR) im Durchschnitt 43½ Millionen Tonnen Weizen und 22½ Millionen Tonnen Roggen, zusammen also 66 Millionen Tonnen, während der normale Bedarf 75-80 Millionen Tonnen betrug, so daß jährlich 9-14 Millionen Tonnen (hauptsächlich Weizen) eingeführt werden mußten.

Die Weizenproduktion in Europa

Länder	1934-38	1939-43	1944	1945
	Jahreserzeugung in Millionen Tonnen			
Belgien	0,45	0,33 ¹	0,51	0,31
Bulgarien	1,59	1,33	1,58	0,87
Dänemark	0,38	0,20	0,28	0,28
Finnland	0,16	0,18	0,16	0,18
Frankreich	8,21	6,06 ²	6,47 ²	4,29
Großbritannien	1,74	2,30	3,19	2,21
Italien	7,28	7,03	6,38	4,21
Niederlande	0,42	0,36	0,32	0,22
Portugal	0,47	0,44	0,37	0,29
Schweden	0,70	0,52	0,54	0,62
Spanien	3,58 ³	2,57	2,80	1,80
Zusammen ⁴	24,98	21,34	22,60	15,28

Die europäische Getreideernte betrug 1945 nur etwa 40 Millionen Tonnen, wovon auf Weizen ungefähr 23 Millionen Tonnen entfielen. Um den normalen Bedarf zu decken, hätten also volle 35 Millionen Tonnen oder — unter Berücksichtigung etwaiger verstreuter Reserven — rund 28-30 Millionen Tonnen eingeführt werden müssen. Das sind hohe Ziffern, aber die überseeischen Vorräte waren ebenfalls beträchtlich. Am 1. Januar 1946 verfügten die vier wichtigsten Weizenausfuhrländer — die Vereinigten Staaten, Kanada,

Quelle: Monatsbericht des Internationalen Landwirtschafts-Instituts in Rom für Januar-Februar 1946.

¹ Durchschnitt für vier Jahre ohne 1940.

² Ohne Elsaß-Lothringen.

³ Durchschnitt 1931-1935.

⁴ Etwa 60 v. H. der gesamten europäischen Weizenerzeugung. Für die in der Tabelle nicht aufgeführten Länder wurden die erforderlichen Angaben nicht bekanntgegeben.

Argentinien und Australien — schätzungsweise über mindestens 50 Millionen Tonnen Weizen — eine Menge, die zwar um 17 Millionen Tonnen geringer als ein Jahr vorher, im Vergleich zu den Vorkriegsbeständen aber immer noch bedeutend war. Die zur Ernährung der Bevölkerung dieser vier Länder bis zum Beginn des neuen Erntejahres benötigten Mengen konnten normalerweise auf etwa 26 Millionen Tonnen veranschlagt werden; in dieser Ziffer ist indessen der Bedarf für Industrie- und Futterzwecke usw. nicht enthalten. Der Unterschied zwischen den Beständen und dem Normalbedarf der vier Länder hätte einen

wesentlichen Beitrag zur Deckung des Mangels in anderen Ländern bedeutet; es ergaben sich aber in zweifacher Hinsicht Komplikationen.

Erstens hatten große Teile Asiens (besonders anscheinend die Gegend von Madras) unglücklicherweise eine beispiellose Trockenheit, die in einigen Gebieten die Reisernte fast völlig vernichtete; die dadurch entstandene Knappheit führte zusammen mit dem Mangel in Europa zu einer Hungersnot, die wahrscheinlich die schwerste der Geschichte war. In den östlichen Ländern ist aber der Verbrauch je Kopf der Bevölkerung niedrig, und Zufuhren von 5–10 Millionen Tonnen hätten, wenn sie erhältlich gewesen wären, die Lage schon erheblich erleichtert.

Die zunehmende Knappheit des Angebots in den Weizenausfuhrländern hatte indessen noch eine zweite Ursache, nämlich die vermehrte Verfütterung von Getreide an Rindvieh, Schweine und Geflügel, durch welche die Produktion von Fleisch, Eiern, Hühnern, Milch und Butter gesteigert werden sollte. In Zeiten äußersten Mangels ist es natürlich eine Verschwendung, Getreide als Viehfutter zu verwenden, da ein hoher Prozentsatz des Nährwerts nur dazu gebraucht wird, die Tiere am Leben zu erhalten. Genaue Ziffern der in Betracht kommenden Mengen sind schwer zu erlangen, die wichtigsten Tatsachen stehen aber außer Frage: in den Vereinigten Staaten ist der Verbrauch von Weizen zu Futterzwecken von durchschnittlich 3,3 Millionen Tonnen in den Jahren 1934–39 auf durchschnittlich 13,7 Millionen Tonnen in den Jahren 1943–44 gestiegen, während der menschliche Verbrauch in der gleichen Zeitspanne nur von 12,9 auf 14,5 Millionen Tonnen zugenommen hat.

Die Tatsache, daß große Mengen Getreide dem menschlichen Verbrauch zugunsten der Verfütterung entzogen worden sind, erklärt sich teilweise aus den Preisverhältnissen. Indem die amtlichen Stellen ein Ansteigen der Getreidepreise über bestimmte Grenzen zu verhindern suchten, wurde es lohnend, Getreide zu verfüttern; solange reichliche Vorräte vorhanden waren, schien wenig Anlaß zu bestehen, gegen ein solches Vorgehen etwas einzuwenden. Es hätten aber Maßnahmen zur Anlegung größerer Getreidevorräte ergriffen werden können, die im Falle von Verknappungen nach dem Kriege zur Verfügung gestanden hätten. In einer so vielseitigen Wirtschaft, wie es die moderne Landwirtschaft ist, kann eine Störung des freien Funktionierens des Preissystems ganz unerwartete Folgen haben, und andere Mittel zur Sicherung einer ausreichenden Produktion und einer geeigneten Verwendung der Erzeugnisse sind oft schwer zu finden.

In der Sowjetunion soll die Weizenernte 1945 etwas über 30 Millionen Tonnen betragen haben, und es wird berichtet, daß die Sowjetregierung gewisse Mengen an Finnland, Norwegen, Polen, die Tschechoslowakei und Frankreich geliefert habe.

Ende Juni 1946 konnte Herbert Hoover, Ehrenvorsitzender des von Präsident Truman eingesetzten Not-Ernährungskomitees, bekanntgeben, daß die Lücke von 3,6 Millionen Tonnen Getreide, die in dem zwei Monate vorher unter seiner

Leitung aufgestellten Versorgungsprogramm noch offen geblieben war, ausgefüllt worden sei. Dieses Ergebnis beruhe auf größeren Lieferungen aus verschiedenen Quellen, u. a. auf zunehmenden Beiträgen Argentinens und der Hilfe anderer iberamerikanischer Länder, auf einer Verminderung der Pipeline-Vorräte¹ durch die britische Regierung, auf größeren Verlagerungen in Indien von den Überschußprovinzen nach den Hungergebieten und schließlich (was zur Erhöhung der gesamten Ausfuhrmöglichkeiten noch stärker beigetragen hat) auf Konservierungsmaßnahmen in Kanada und den Vereinigten Staaten. Hoover fügte jedoch hinzu, daß die Lage noch immer als bedenklich anzusehen sei; kaum eines der wichtigsten Nahrungsmittel-Zuschußgebiete verfüge über Vorräte an überseeischen Lebensmitteln für mehr als dreißig Tage, selbst unter Zugrundelegung ihres bedeutend gesenkten Lebensstandards. Ein Massensterben durch Hunger werde indessen verhindert werden, außer in China, wo die Hilfe aus Mangel an Transportmöglichkeiten nach dem Innern und infolge unzulänglicher Organisation nur teilweise Erfolg gehabt habe. Über die Aussichten für das kommende Jahr äußerte sich Hoover wie folgt:

„Ich möchte gleich sagen, daß ich die in verschiedenen Kreisen geäußerte extrem pessimistische Ansicht über die Versorgung der Welt nach den kommenden Ernten nicht teile. Wir können zum mindesten hoffen, daß es im nächsten Jahre keine Plünderungen durch Soldaten geben wird. Wir haben auch Grund zu glauben, daß nicht wieder eine große Trockenheit kommen wird, die mehrere Gebiete in demselben Jahr befällt. In drei von diesen Trockenheitsgebieten haben sich die Ernteaussichten bedeutend gebessert. So wird z. B. jetzt schon geschätzt, daß Frankreich und Nordafrika eine um 2 500 000 Tonnen geringere Nahrungsmittelfuhr als im letzten Jahr nötig haben werden. Wenn die günstige Witterung anhält, dürfte uns in Nordamerika wiederum eine reiche Ernte beschieden sein.

Man darf indessen nicht denken, daß alle Not vorüber ist. Die kriegsverwüsteten Länder werden im nächsten Jahr weder ihren vollen Bodenertrag wiedererlangt noch ihre Schaf- und Rinderherden auf den früheren Stand gebracht haben. In China und Indien wird sich die Hungersnot bis zur Reisernte im November hinziehen. Die Ernährungslage der Welt wird im kommenden Jahr nicht leicht sein, nach meiner Ansicht aber auch nicht mit einer so furchtbaren Krisis und so drastischen Zuständen verbunden sein wie unsere gegenwärtige Lage.“

Diese Erklärung läßt gewisse Hoffnungen für eine nicht zu ferne Zukunft zu. Um ihre volle Arbeitsfähigkeit wieder zu erlangen, brauchen die gepeinigten Völker in vielen europäischen Ländern nicht nur mehr Nahrung, sondern auch leichtere Versorgungsmöglichkeiten, da das Schlangestehen und ähnliche Schwierigkeiten die Lebenskraft des einfachen Mannes — ganz zu schweigen von den Frauen — stark beeinträchtigen.

¹ Der britische Ernährungsminister erklärte am 3. Juli 1946, daß die gesamten Weizen- und Mehlvorräte Großbritanniens sich in der „Pipeline“ befänden (d. h. der Weizen auf Schiffen, in Häfen, auf Lastkähnen und in Lagerhäusern, auf dem Wege nach den Mühlen und zur Vermahlung in den Mühlen, das Mehl im Transit) und Ende August 1946 insgesamt 800 000 Tonnen betragen würden.

Der Wiederaufbau in Westeuropa

In den westeuropäischen Ländern, die während des Krieges besetzt waren, hingen Tempo und Ausmaß der Wiedergesundung von den verschiedensten Umständen ab. Belgien, das schon 1944 befreit wurde und dem der Hafen von Antwerpen bald zur Verfügung stand, war das erste dieser Länder, das wieder in eine verhältnismäßig günstige Versorgungslage kam. Hierzu haben in erheblichem Maße beigetragen der Ankauf in Belgien zurückgelassener amerikanischer Bestände, der Anfall ausreichender Dollarbeträge auf Grund einer Regelung der Leih- und Pacht-Verhältnisse, bei welcher Belgien Gläubiger war, und rechtzeitige Kreditoperationen. Derartige finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen wie der Notenumtausch und der Lohnstopp für fast ein Jahr hätten nicht so erfolgreich durchgeführt werden können, wenn die Bevölkerung nicht einen ständigen Fortschritt der Warenversorgung gesehen hätte. Aber die Nachfrage war stark, und die Preise zogen an. Im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der belgischen Wirtschaft im Export verfügte die Regierung im Frühjahr 1946 eine Senkung der Einzelhandelspreise um 10 v. H., und zwar hatten die Einzelhändler eine Ermäßigung der von ihnen berechneten Preise um $4\frac{1}{2}$ v. H. zu tragen, während der Preisabbau für den Großhandel auf $1\frac{1}{2}$ v. H. und für die Produzenten auf 4 v. H. festgesetzt wurde.

Dänemark, das in so weitgehendem Maße ein Agrarland ist, konnte die Ernährung seiner Bevölkerung selbst sicherstellen, begegnete aber in anderer Beziehung Schwierigkeiten. Überdies befinden sich in Dänemark aus der letzten Zeit der Besetzung über 200 000 deutsche Flüchtlinge, die den Staatshaushalt mit mehreren hundert Millionen Kronen belasten. Die Einfuhr ist stärker gestiegen als die Ausfuhr, u. a. weil es ohne eine bedeutende Einfuhr ausländischer Futtermittel unmöglich ist, die exportierbare Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu vergrößern. Norwegen, das Nahrungsmittel einführen muß und in den letzten Phasen des Krieges eine höchst kritische Lage zu meistern hatte, mußte unter der Knappheit der Übergangszeit schwer leiden. Die industrielle Produktion hat aber gute Fortschritte zu verzeichnen, und nach einer Erklärung des Finanzministers haben die Schiffahrtseinnahmen die Zahlungsbilanz in den ersten vier Monaten 1946 ins Gleichgewicht gebracht; es werden große Anstrengungen gemacht, um die Handelsflotte, die im Kriege 2,35 Millionen Brutto-Registertonnen verloren hat und heute 2,7 Millionen Tonnen umfaßt, wieder auf die Vorkriegstonnage von 4,8 Millionen zu bringen. Am schwierigsten war die Lage in den Niederlanden, die erst im Frühjahr 1945 befreit wurden und sich dann infolge der deutschen Requisitionen in einem Zustand der Erschöpfung befanden. Es wurden daher bedeutende Importe benötigt, während eine Belebung des Exports nicht sofort möglich war. Der Gouverneur der Niederländischen Bank erklärte im Juni 1946, eine genügend sichere Voraussage über die Entwicklung der niederländischen Handels- und Zahlungsbilanz sei vorläufig schwierig, es könne aber angenommen werden, daß sich die Einfuhr für 1946 insgesamt auf etwa 2–2,3 Milliarden Gulden und die Ausfuhr auf etwa 600–700 Millionen Gulden belaufen werde, d. h., daß die Einfuhr wahrscheinlich zu 30 v. H. durch die Ausfuhr gedeckt werden würde gegenüber 74 v. H. im Jahre 1938.

In Frankreich erforderten ebenso wie in den Niederlanden die Zerstörungen an Brücken und Eisenbahnen sofortige Aufmerksamkeit im Interesse der Wiederherstellung der für die Gesamtwirtschaft jedes Landes so lebenswichtigen Verkehrsmittel. Der Ernteertrag belief sich 1945 knapp auf die Hälfte einer normalen französischen Ernte, so daß noch im Sommer 1946 ein heftiger Mangel bestand, und die Erholung der Industrieproduktion wurde im Winter 1945/46 durch Kohlen- und Stromknappheit verzögert. Unter diesen Umständen folgte den schon 1944 und 1945 eingetretenen wesentlichen Erhöhungen der Löhne eine starke Preissteigerung infolge der weiten Spanne zwischen dem Geldeinkommen, das mit Hilfe der staatlichen Defizitwirtschaft verteilt wurde und in Gestalt höherer Löhne, Gewinne usw. in Erscheinung trat, und dem Angebot von Gütern und Leistungen. Die Preis- und Lohnerhöhungen waren in Frankreich tatsächlich bedeutend stärker ausgeprägt als in den anderen westeuropäischen Ländern.

Im Juli 1946 forderten die Gewerkschaften eine weitere 25prozentige Erhöhung des allgemeinen Lohnniveaus. Nach langen Verhandlungen zwischen den beteiligten wirtschaftlichen Gruppen unter Mitwirkung von Vertretern der Regierung wurde eine Erhöhung um etwa 18 v. H. vereinbart, die aber in der Weise Anwendung finden sollte, daß diejenigen, die vorher die geringere Erhöhung erhalten hatten, jetzt eine bedeutendere Aufbesserung erfahren

Der Trend des Außenhandels

	1938	1944	1945	1946				
	Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	März	April	Mai
Millionen Einheiten der Landeswährung								
Belgien: ¹								
Ausfuhr . . .	1 806	452	332	1 174	1 299	1 870	1 666	2 269
Einfuhr . . .	1 922	305	1 144	2 671	2 785	2 963	3 142	3 796
Saldo	— 116	+ 147 ²	— 812	— 1 497	— 1 486	— 1 093	— 1 476	— 1 527
Dänemark:								
Ausfuhr . . .	127	113	75	98	93	90	108	94
Einfuhr . . .	135	97	58	137	143	185	174	195
Saldo	— 8	+ 16	+ 17	— 39	— 50	— 95	— 66	— 101
Frankreich:								
Ausfuhr . . .	2 549	1 997	949	2 400	3 729	4 195	7 568	7 258
Einfuhr . . .	3 832	645	4 570	11 545	13 512	12 006	20 886	19 799
Saldo	— 1 283	+ 1 352 ²	— 3 621	— 9 145	— 9 783	— 7 811	— 13 318	— 12 541
Norwegen:								
Ausfuhr . . .	66	43	27	65	72	75	88	*
Einfuhr . . .	99	60	101	100	86	116	134	*
Saldo	— 33	— 17	— 74	— 35	— 14	— 41	— 46	*
Niederlande: ³								
Ausfuhr . . .	87	*	16,2 ⁴	18	25	44	41	39

¹ Für das Jahr 1938 und für die Zeit von Mai 1945 an beziehen sich die Zahlen auf die belgisch-luxemburgische Wirtschaftsunion. ² Der Ausfuhrüberschuß während des Krieges beruht auf Lieferungen an Deutschland. ³ Einfuhrziffern nicht veröffentlicht. ⁴ August bis Dezember. * Noch nicht bekannt.

Anmerkung: Die Wertziffern in der vorstehenden Aufstellung wie auch in anderen handelsstatistischen Tabellen dieses Berichts geben keinen unmittelbaren Hinweis auf die Veränderungen im Handelsvolumen, da die eingetretenen Preiserhöhungen in den einzelnen Ländern gewisse Unterschiede aufweisen. Durch Vergleich mit den in der Tabelle auf S. 11 dargestellten Preisbewegungen läßt sich jedoch eine gewisse Vorstellung davon gewinnen, welche Bedeutung dem Preisfaktor in jedem Falle zukommt.

sollten. Es wurde versucht, die Nettozunahme des gesamten Geldeinkommens in möglichst engen Grenzen zu halten und auch auf diese Weise einen weiteren scharfen Preisanstieg zu verhindern. Die Ernte für 1946 versprach recht gut zu werden; außerdem haben größere Rohstoff- und Maschinenimporte zu einem Aufschwung der industriellen Produktion beigetragen, die im Juni 1946 auf 80 v. H. des nicht sehr hohen Standes von 1938 gestiegen war, von dem ein Jahr früher erst 45 v. H. erreicht worden waren. Bei vermehrter Einfuhr von Ausrüstung und Material, u. a. von Brennstoffen und namentlich Kohle, dürfte es möglich sein, günstige Vorbedingungen für eine weitere Steigerung der industriellen Produktion zu schaffen.

Die Kohlenlage

In Europa besteht zur Zeit Mangel an Kohle, weil die Förderung in den meisten Produktionsgebieten zurückgegangen ist. Für Westeuropa liegt die Statistik laufend vor, dank den Monatsübersichten, welche die im Herbst 1945 in London errichtete European Coal Organisation veröffentlicht. Die folgende Aufstellung zeigt den Umfang der Produktion im Spitzenjahr 1929, im Durchschnitt der Jahre 1935-38 und im Frühjahr 1946, auf das ganze Jahr umgerechnet. Sie läßt außerdem die prozentualen Veränderungen zwischen dem Durchschnitt der Jahre 1935-38 und dem Frühjahr 1946 in bezug auf die Schichtleistung des einzelnen Arbeiters, die Zahl der Beschäftigten und die gesamte Kohlegewinnung erkennen.

Die Kohlenlage in Westeuropa

Länder	Verbrauch	Förderung			Schichtleistung je Arbeiter	Beschäftigte	Gesamtförderung
	1929	1929	1935-38	Frühjahr 1946 ¹			
Jahresproduktion in Millionen Tonnen					Veränderung zwischen 1935-38 und dem Frühjahr 1946 in v. H.		
Großbritannien	178	260	229	193	- 12	- 9	- 16
Frankreich	93	68	46	48	- 28	+ 38	+ 4
Belgien	37	27	28	23	- 27	+ 13	- 20
Niederlande	13	12	13	8	- 48	+ 9	- 40
Westdeutschland	*	144	135	52	- 38	- 27	- 62
britische Zone	*	130	123	45	- 50	- 26	- 63
französische Zone	*	14	12	7	- 19	- 37	- 48
Westeuropa insgesamt	490 ²	511	451	324	- 34	- 4	- 28

¹ Auf das ganze Jahr umgerechnet. ² Schätzung, einschließlich des Gesamtverbrauchs in Deutschland.
 Anmerkung: Im Hinblick auf die vielen verschiedenen Sorten von Steinkohle und Braunkohle und die Unterschiede in der Aufstellung der Statistiken können die Ziffern nicht als voll vergleichbar von Land zu Land und auch nicht immer von Jahr zu Jahr für dasselbe Land gelten. Man kann jedoch annehmen, daß die Tabelle ein ziemlich zutreffendes Bild der Lage vermittelt, wie sie sich in Westeuropa entwickelt hat. Es war nicht möglich, genaue Angaben für alle Länder über den durchschnittlichen Verbrauch in den Jahren 1935-38 zu erhalten; in England scheint er aber etwa gleich hoch wie 1929 gewesen zu sein, während er in Frankreich um etwa 25 v. H. auf 68 Millionen Tonnen gesunken war.

Die auffälligste Tatsache, die sich aus der Tabelle ergibt, ist der allgemeine Rückgang der Schichtleistung des einzelnen Arbeiters. Dieser Rückgang beruht auf einer Reihe von Umständen; er hängt teils mit der Nachkriegsmüdigkeit zusammen (zu der die ernste Lebensmittellage erschwerend hinzukommt, die eine für die harte Arbeit der Bergleute unzureichende Ernährung

bietet), teils mit dem Mangel an geeigneter Grubenausrüstung und mit der Überalterung der Bergleute, welche größere Verluste und in der Folge eine gesteigerte Notwendigkeit der Anwerbung neuer Arbeitskräfte mit sich bringt, die zwangsläufig für ihre Aufgabe weniger qualifiziert sind.

Frankreich war das einzige Land in Europa, wo im Frühjahr 1946 die gesamte Kohlenförderung den Durchschnitt der Jahre 1935–38 überstieg, indem der Rückgang in der Schichtleistung mehr als wettgemacht wurde durch eine erhöhte Zahl der Arbeiter (von den Ende März beschäftigten 313 000 waren jedoch etwa 49 000 Kriegsgefangene). Auch in Belgien ist die Zahl der Arbeiter gestiegen, wobei von den 159 000 insgesamt Beschäftigten rund 43 700 Kriegsgefangene sind; infolge der geringeren Schichtleistung ist die Gesamtförderung aber um etwa 20 v. H. gefallen. In den Niederlanden war die Produktion um 40 v. H. geringer, trotz einer neunprozentigen Zunahme der Arbeiterzahl (Kriegsgefangene sind in diesem Lande nicht beschäftigt). In Großbritannien betrug der Rückgang in der Schichtleistung je Arbeiter 12 v. H. und in der Zahl der Beschäftigten 9 v. H., mit dem Ergebnis, daß die Gesamtproduktion um 16 v. H. gesunken ist; dies entspricht einem jährlichen Ausfall von 35 Millionen Tonnen, was nach einer der European Coal Organisation unterbreiteten Prognose bedeutet, daß allein schon der britische Inlandsbedarf für 1946/47 das Angebot wahrscheinlich um 10 Millionen Tonnen übersteigen wird. Tatsache ist, daß die britische Kohlenausfuhr im Frühjahr 1946 einer Jahresausfuhr von 5½ Millionen Tonnen entsprach (gegenüber 82 Millionen Tonnen im Jahre 1929 und 40 Millionen in der Zeit von 1935–38).

Daß die britische Ausfuhr nahezu entfällt, hat naturgemäß um so ernstere Bedeutung, als die Kohlegewinnung in Westdeutschland bisher knapp 40 v. H. des Vorkriegsumfangs erreicht hat. Dieser Rückgang, der im Ruhrgebiet besonders ausgeprägt ist, beruht auf Ernährungs-, Arbeits- und Ausrüstungsschwierigkeiten, insbesondere auf der erheblichen Abnahme der Zahl der Bergleute sowie den umfangreichen Zerstörungen in dem weiten Industriegebiet.

Die Kohleneinfuhr von März bis Mai 1946
verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1935–1938

Einfuhrländer	1935–38	März–Mai 1946	März–Mai 1946 In v. H. des Durchschnitts 1935–38
	Jährlich, in Millionen Tonnen		
Belgien	6,3	4,2	66
Dänemark	5,7	4,2	74
Finnland	1,7	0,9*	50
Frankreich	24,0	9,9	41
Italien	12,2	6,1*	50
Luxemburg	3,1	1,7	56
Niederlande	8,4	3,1	37
Norwegen	3,1	2,0	65
Portugal	1,3	0,6*	46
Schweden	7,9	3,4*	44
Schweiz	3,3	1,7*	51

* Durchschnitt für April und Mai 1946.

Die Folge der unzureichenden Produktion in den Ausfuhrländern war, daß die Einfuhrländer nur einen Teil ihres normalen Bedarfs erhalten haben, wie die nebenstehende Tabelle zeigt.

Das in der letzten Spalte der Tabelle angegebene prozentuale Verhältnis der gegenwärtigen Kohleneinfuhr zum Vorkriegsdurchschnitt vermittelt noch kein vollständiges Bild des

Kohlenmangels in den einzelnen Ländern. Einige von ihnen haben so gut wie keine eigene Kohlenproduktion, während andere in der Lage sind, einen erheblichen Teil ihres Bedarfs aus der inländischen Förderung zu decken. Belgien, das vor dem Kriege zugleich Ein- und Ausfuhrland für Kohle war, kann im Notfall einen Teil der üblicherweise ausgeführten Kohle behalten, aber auch dann werden noch Schwierigkeiten auftreten, wenn keine Kohle eingeführt werden kann. Überdies stehen einer Reihe von Ländern Ersatzmittel für Kohle zur Verfügung, wie Erdöl, Holz und Elektrizität auf Grundlage von Wasserkraft, so daß sie den Kohlenmangel nicht in demselben Maße als einen einschränkenden Faktor empfinden wie Länder, wo solche Ersatzmittel weitgehend fehlen; einige Länder scheinen selbst bei einer Drosselung der Kohleneinfuhr auf weniger als die Hälfte imstande zu sein, ihre Industrie fast mit voller Leistungsfähigkeit arbeiten zu lassen, während andere Länder, namentlich solche, deren Entwicklung während des Krieges aufgehalten wurde (z. B. die Niederlande, Frankreich und Italien), eine gleich starke oder selbst geringere Schmälerung ihrer Kohlenversorgung schwerer empfinden müssen.

Für Frankreich z. B., das 1938 einen Kohlenverbrauch von 68 Millionen Tonnen hatte (gegenüber 93 Millionen im Jahre 1929), bedeutet die Verminderung der Einfuhr, daß trotz höherer Inlandsproduktion insgesamt etwa 20 v. H. des normalen Kohlenbedarfs ungedeckt bleiben, und eine Besserung der Versorgung dürfte in erster Linie von einer Steigerung der Einfuhr abhängen. Verschiedene Länder, die keine eigene Kohlenproduktion besitzen, haben einen Ausfall von 50 v. H. und mehr zu verzeichnen, und obwohl ihnen vielleicht andere Energiequellen zur Verfügung stehen, geht aus ihren Mitteilungen auf der Konferenz der European Coal Organisation im Mai 1946 hervor, welche Schwierigkeiten und Verzögerungen in ihrer Produktion durch eine ernste Kohlenknappheit verursacht werden. Nach den Ziffern, die auf dieser Konferenz vorgelegt wurden, „dürfte sich der schwere Kohlenmangel, der Europa in den nächsten zwölf Monaten droht, wahrscheinlich im Minimum auf nicht weniger als 17 Millionen und im Maximum auf nicht weniger als 42 Millionen Tonnen belaufen, was einem Fehlbetrag von 25 und 45 v. H. gegenüber dem Bedarf entspricht“. Es wird selbstverständlich allgemein zugegeben, daß eine derartige Verknappung die Industrieproduktion hemmen und die Wiederherstellung des normalen Eisenbahntransports verzögern wird; in vielen Ländern wird es außerdem infolge anhaltender Knappheit an Industriewaren schwerer werden, Nahrungsmittellieferungen von den Bauern zu erhalten, welche Waren (einschließlich Maschinen) und nicht bloß Papiergeld für ihre Erzeugnisse verlangen. Und die Industriearbeiter passen wiederum ihre Forderungen nach höheren Löhnen der jeweiligen Lebensmittelversorgung am Markt an. Man muß also sagen, daß der Kohlenmangel auf diese Weise auch eine bestimmte währungspolitische Bedeutung hat. Wenn man aber die im Kriege erreichten gewaltigen Leistungen bedenkt, sollte es nicht unmöglich sein, die gewünschten Ergebnisse auf dem Gebiet der Kohlenförderung zu erzielen, wenn konzentrierte Anstrengungen in dieser Richtung gemacht werden.

Eine gewisse Erleichterung haben die fortlaufenden Kohlentransporte aus den Vereinigten Staaten nach Europa gebracht, die sich für die Zeit von

Januar bis Mai 1946 durchschnittlich auf etwas mehr als eine Million Tonnen im Monat belaufen haben. Die gesamte Kohlenförderung der Vereinigten Staaten entsprach in den ersten Monaten 1946 einer Jahresmenge von mehr als 620 Millionen Tonnen. Im April ging sie infolge des Kohlenstreiks plötzlich zurück, nachdem aber dieser Streik, der die Produktion etwa sechs Wochen lang unterbrochen hatte, beigelegt war, wurde die frühere Produktionsrate bald wieder erreicht. Die gesamte Kohlenausfuhr von Amerika nach Europa und anderen Erdteilen betrug im ersten Vierteljahr 1946 etwa 3 Millionen Tonnen monatlich; d. h. erheblich mehr als vor dem Kriege, doch waren die durch die hohen Transportkosten aufgetriebenen Preise für den europäischen Verbraucher hoch; sie bezifferten sich auf 21 Dollar je Tonne für die amerikanische Kohle gegenüber 10 Dollar für entsprechende europäische Sorten.

In Osteuropa ist Polen das wichtigste Kohlenproduktionsland; die jährliche Förderung in dem von der polnischen Regierung verwalteten Gebiet erreichte im Kriege eine Höchstziffer von 90 Millionen Tonnen. Dieses Ergebnis erforderte indessen einen sehr hohen Aufwand an Arbeitskräften und konnte nur auf Kosten der normalen Betriebs- und Instandhaltungsmethoden erzielt werden. Im Jahre 1945 betrug die Kohlenproduktion 21 Millionen Tonnen, von denen 5,5 Millionen Tonnen ausgeführt wurden (5,1 Millionen nach der UdSSR). Für 1946 wurde ein Förderungsziel von 46 Millionen Tonnen genannt, wovon 18 Millionen für den Export zur Verfügung stehen sollen, und zwar je zur Hälfte für den Osten und für die nord- und westeuropäischen Länder.

In der zur Lösung des Kohlenproblems errichteten Organisation sind auch drei im Kriege neutral gebliebene Länder vertreten, nämlich Portugal, die Schweiz und Schweden; außerdem gehört ihr auch ein Vertreter Italiens an.

Die Rückwirkungen in Italien und den im Kriege neutral gebliebenen Ländern

Italien hatte vor dem Kriege eine jährliche Kohleneinfuhr von 12 bis 14 Millionen Tonnen und eine inländische Produktion von etwa 2 Millionen Tonnen „Normaleinheiten“. Auf der Tagung der European Coal Organisation im Mai 1946 erklärte der italienische Delegierte unter Zustimmung des UNRRA-Vertreters, daß der unbedingt notwendige Mindest-Einfuhrbedarf, für den die UNRRA Mittel zur Verfügung zu stellen bereit sei, 7,8 Millionen Tonnen im Jahr oder 650 000 Tonnen im Monat betrage und daß die italienische Industrie bei einer Einfuhr in dieser Höhe 68 v. H. ihrer Vorkriegskapazität erreichen könne. Anscheinend haben jedoch die Zuteilungen an die Industrie bis zum Sommer 1946 nur 350 000 Tonnen monatlich betragen. Eine andere Frage von höchster Bedeutung für Italien ist die ausreichende Versorgung seiner Industrie mit Rohstoffen, von denen die meisten eingeführt werden müssen. Nach einer Erklärung des Industrie- und Handelsministers würde Italien bis Ende 1946 von den Alliierten Waren im Werte von etwa 1,2 Milliarden Dollar erhalten haben, nämlich 450 Millionen Dollar als Hilfe der Militärbehörden, 140 Millionen Dollar im Leih- und Pacht-Verkehr, 157 Millionen Dollar als Gegenwert der Truppenlöhnung in Lire und schließlich 458 Millionen Dollar in Form von UNRRA-Lieferungen.

Als Anreiz zur Belebung des Außenhandels wurde den Ausfuhrfirmen erlaubt, dass sie nur noch die Hälfte ihrer Deviseneinnahmen zu den amtlichen Kursen von 225 Lire für 1 Dollar und 900 Lire für 1 Pfund verkaufen und über den Rest frei verfügen; die zu ihrer freien Verfügung verbleibenden Devisen können sie an einem nichtamtlichen, aber legalen Markt verkaufen, wo in der zweiten Hälfte des Monats Juli 1946 die sehr hohen Kurse von etwa 500 Lire für 1 Dollar und 1950 Lire für 1 Pfund notiert wurden. Diese Kurse waren sogar höher als die gleichzeitigen Notierungen an den „illegalen“ schwarzen Märkten, wo Geschäfte zu 430 Lire für 1 Dollar und 1 250 Lire für 1 Pfund getätigt wurden. Die Staatsfinanzen befinden sich weiterhin in einer schwierigen Verfassung; trotz besserer Einnahmen ist ein Fehlbetrag von etwa 230 Milliarden Lire zu erwarten, dem allerdings ein solcher von etwa 350 Milliarden Lire für das Vorjahr gegenübersteht. Ende März 1946 betrug der Notenumlauf der Banca d'Italia 292 Milliarden Lire, wozu noch 92 Milliarden Militärgeld der Alliierten kamen, dessen Ausgabe in jenem Monat eingestellt wurde. Ein Notenumtausch ist in Vorbereitung, und die neuen Noten sind schon gedruckt.

In der Sitzung der European Coal Organisation vom Mai 1946 erklärte der Delegierte Portugals, der Kohlenmangel habe dazu geführt, daß man die Wälder seines Landes abgeholzt habe, um einen anderen Brennstoff zu erhalten, und der Delegierte Schwedens legte dar, daß sein Land im Jahre 1947 bei einer Kohleneinfuhr von $4\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen seine Holzausfuhr nicht über den Stand des Jahres 1946 hinaus erhöhen könne, während bei einer Kohleneinfuhr von 6 Millionen Tonnen eine Steigerung der Holzausfuhr um 50–75 v. H. möglich wäre. Ohne den starken Ausbau der Wasserkräfte seit dem Beginn des Jahrhunderts wären Schweden und die Schweiz äußerst empfindlich gegen eine Verminderung ihrer Kohleneinfuhr gewesen, die ihre Lage nicht zuletzt während des Krieges geschwächt hätte. Wie aus der Tabelle auf Seite 29 hervorgeht, belief sich die Kohleneinfuhr der Schweiz im April und Mai 1946 etwa auf die Hälfte des normalen Bedarfs; trotzdem erreichte die Industrieproduktion infolge einer beispiellosen Nachfrage nach Konsum- und Kapitalgütern Rekordziffern, die Anlagetätigkeit war lebhaft, und es herrschte Vollbeschäftigung, die zu einem ausgesprochenen Mangel an Arbeitskräften führte. Das Ansteigen der Nachfrage hängt bis zu einem gewissen Grade mit dem Aufhören der industriellen Ausfuhr aus Deutschland zusammen; einige üblicherweise von dort bezogene Artikel, wie z. B. Nadeln für Textilmaschinen, bilden unentbehrliche Bestandteile von größeren Produkten, und in solchen Fällen ist der Übergang zur Erzeugung der betreffenden Artikel im Inland vielfach der einzige Ausweg, da das Fehlen eines Einzelteils nicht einen größeren Produktionszweig zum Stillstand bringen darf. Zudem erwarten die in- und ausländischen Kunden, daß die Produzenten in der Schweiz und in Schweden (wie auch noch in anderen Ländern) sie mit den früher von deutschen Firmen gelieferten Waren der mechanischen, elektrischen und chemischen Industrie versorgen. Begreiflicherweise nehmen die für die Wirtschaftspolitik in den betreffenden Ländern verantwortlichen Stellen gegenüber der Befriedigung der gestiegenen Nachfrage eine sehr zurückhaltende Stellung ein. Abgesehen von der Möglichkeit eines erneuten

Wettbewerbs von seiten Deutschlands (der noch ein unbekannter Faktor ist) müssen sie der Tatsache Rechnung tragen, daß die vorhandenen Arbeiter bereits voll beschäftigt sind und daß die Versorgung mit Kapital (in Form von Geldersparnissen und von Ausrüstung für neue Anlagen) schon sehr angespannt ist, z. T. auch infolge der anderen Ländern gewährten umfangreichen Kredite, deren Grenze hauptsächlich von den effektiven Exportmöglichkeiten bestimmt wird.

Der Trend des Außenhandels

Länder	1938	1944	1945	1946				
	Monatsdurchschnitt			Januar	Februar	März	April	Mai
Millionen Einheiten der Landeswährung								
Portugal:								
Ausfuhr . . .	95	264	265	236	296	291	389	*
Einfuhr . . .	192	327	325	251	233	371	402	*
Saldo	- 97	- 63	- 60	- 15	+ 63	- 80	- 13	*
Schweiz:								
Ausfuhr . . .	110	94	123	149	177	201	199	225
Einfuhr . . .	134	99	102	236	253	313	279	279
Saldo	- 24	- 5	+ 21	- 86	- 76	- 112	- 80	- 54
Schweden:								
Ausfuhr . . .	154	71	146	199	165	167	180	237
Einfuhr . . .	174	140	91	219	189	226	267	299
Saldo	- 20	- 69	+ 55	- 20	- 24	- 59	- 87	- 62

* Noch nicht bekannt.

Anmerkung: Die von Schweden und der Schweiz 1945 erzielten Ausfuhrüberschüsse erklären sich einerseits aus den schwierigen Einfuhrbedingungen, andererseits aus der Gewährung von Krediten an das Ausland.

Es liegt auf der Hand, daß die Ungewißheit über die Zukunft der industriellen Produktion in Deutschland und einer Reihe anderer europäischer Länder eine starke Unsicherheit in das Wirtschaftsleben bringt.

Die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa

Während der Kriegsjahre hatten die kämpfenden Armeen „eiserne Vorhänge“ durch Europa gezogen, aber auch nach dem Mai 1945 blieb der Kontinent durch äußere Umstände aufgespalten, so durch die Schäden und Zerstörungen, das Fehlen ordnungsmäßiger Beförderungsmöglichkeiten und Nachrichtenverbindungen, durch operative Maßnahmen der Armeen, die Übergabe von Millionen geschlagener Truppen und die Wanderungen der „displaced persons“. Allmählich wurde jedoch der Kontakt wieder enger, und man erhielt mehr Einblick in die Verhältnisse in den verschiedenen Teilen des Kontinents; der Verkehr blieb allerdings noch immer behindert durch die innere Unordnung in vielen Ländern wie auch aus politischen und militärischen Erwägungen, durch die Aufteilung Deutschlands und Österreichs in vier getrennte Zonen und die Aufrechterhaltung militärischer Verbindungslinien für die Besatzungsarmeen.

Die Beschaffung genauer Informationen und namentlich die Zusammenstellung statistischer Unterlagen werden naturgemäß besonders erschwert durch

Die Gebietserweiterungen der Sowjetunion in Europa*

Frühere Gebiete von	1000 qkm (ungefähr)
Finnland	44
den baltischen Staaten . . .	174
Deutschland (Ostpreußen) .	10
Polen	181
der Tschechoslowakei	13
Rumänien	49
Zusammen . . .	471

* Mit den im Fernen Osten angeschlossenen Gebieten dürfte die gesamte Gebietserweiterung der Sowjetunion mehr als 673 000 qkm betragen.

die Grenzverschiebungen. In diesem Zusammenhang sind vor allem die aus dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 und den Waffenstillstandsabkommen der Sowjetunion mit ihren Nachbarn sich ergebenden tatsächlichen Verhältnisse von Bedeutung. Während in Westeuropa die Grenzen Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Dänemarks, Norwegens und des italienischen Festlandes keine oder verhältnismäßig geringe Änderungen erfahren haben, sind im Osten erhebliche Grenzverschiebungen erfolgt. Durch die Verlegung der russischen Grenze nach Westen hat sich die Fläche der Sowjetunion um ein Gebiet von rund 471 000 Quadratkilometer erweitert, das vor dem Kriege etwa 22–23 Millionen Einwohner zählte.

Die Gebietsveränderungen Polens

Gebiet	1000 qkm
Vorkriegsgebiet	388
Abgetreten an die Sowjetunion	— 181
Erhalten von Deutschland . .	+ 104
Gegenwärtiges de-facto-Gebiet	311

Anmerkung: Die Bevölkerung des polnischen Staates dürfte von 32 Millionen vor dem Kriege auf rund 17½ Millionen zurückgegangen sein, die heute (auf dem kleineren Gebiet) unter polnischer Herrschaft stehen; man hofft aber, die Bevölkerung durch Repatriierungen auf 22 Millionen erhöhen zu können.

Polen hat ganz neue Grenzen, abgesehen von einem schmalen Küstenstreifen bei Gdingen und etwa der Hälfte der südlichen Grenze mit der Tschechoslowakei. Mit der Curzon-Linie als neuer Ostgrenze hat Polen im Endergebnis mehr Land verloren, als es durch die Angliederung der unter „polnische Verwaltung“ gestellten deutschen Gebiete gewonnen hat.

Deutschland hat als Folge der Veränderungen im Osten mehr als ein Fünftel seines gesamten Gebiets vor 1938, etwa ein Viertel der anbaufähigen Fläche und ein Sechstel bis ein Siebtel der Bevölkerung verloren. Die Tschechoslowakei und Rumänien haben einige Gebiete an die Sowjetunion abgetreten, sonst aber — ebenso wie Ungarn, Bulgarien und Österreich — praktisch dieselben Grenzen wie auf Grund der Friedensverträge nach dem ersten Weltkrieg wiedererhalten. Dasselbe gilt für Jugoslawien, das jetzt, nachdem es im Mai 1941 in sieben verschiedene Teile aufgegliedert worden war, wieder eine Einheit bildet.

Mit Grenzänderungen wie den vorstehend erwähnten ist die Aufgabe verbunden, einen neuen Verwaltungsapparat aufzubauen; u. a. müssen Zollbeamte ausgebildet und eine Mindestzahl von Grenzwächtern geschult und ausgerüstet werden. Unter diesen Umständen ergeben sich auch viele Schwierigkeiten für die laufenden Statistiken, namentlich bei dem Bemühen, sie mit denen für frühere Jahre vergleichbar zu machen. Gleichwohl gehen aus einer wachsenden

Zahl osteuropäischer Länder statistische Angaben ein, die auf den neuesten Stand und nach Möglichkeit mit früher veröffentlichten Unterlagen in Beziehung gebracht sind; insbesondere nehmen die Zentralbanken die Ausgabe ihrer monatlichen Berichte wieder auf. Für Deutschland und weitgehend auch für Österreich blieben die erhältlichen Informationen jedoch auf die Unterlagen beschränkt, welche die Besatzungsmächte entweder gemeinsam oder jede für ihre Zone veröffentlicht haben.

Deutschland

Zur Ausführung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens gab der Alliierte Kontrollrat in Berlin im März 1946 einen Viermächteplan über die „Reparationen und den Umfang der deutschen Nachkriegswirtschaft“ bekannt, der Deutschland die Möglichkeit geben soll, ohne fremde Hilfe auszukommen. Nach diesem Plan, der sich 1949 in voller Durchführung befinden soll, würde die gesamte Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie (ohne Bau- und Baustoffindustrie) auf 50–55 v. H. ihres Standes von 1938 herabgedrückt werden, was schätzungsweise eine Senkung des Vorkriegs-Lebensstandards um 30 v. H. mit sich bringen würde. Rüstungs- und Kriegsproduktion sind verboten, und die chemische Industrie sowie die Schwerindustrie sollen stark gedrosselt werden (die Stahlproduktion z. B. um 70 v. H.); die Konsumgüterindustrien dürfen sich im allgemeinen frei entwickeln; die Urproduktion, einschließlich der Kohlen- und Kaliproduktion sowie der Landwirtschaft, soll gehoben werden. Ausfuhr und Einfuhr sollen sich bei 3 Milliarden Reichsmark ausgleichen, was zwei Dritteln des Umfangs von 1936 entsprechen würde; die Kürzung beruht weitgehend auf Abstrichen bei der chemischen Industrie und der Schwerindustrie, die früher etwa drei Fünftel der deutschen Ausfuhr stellten. Dieser Plan, der eine bedeutende Erhöhung der jüngsten Produktionsziffern erfordert, gründete sich auf die Annahme, daß Deutschland wirtschaftlich als eine Einheit behandelt würde, was auf der Potsdamer Konferenz vereinbart, aber noch nicht in die Tat umgesetzt worden ist. Einstweilen besteht die Tendenz, daß die vier Zonen sich unter eigener Verwaltung noch schärfer gegeneinander abschließen, besonders der Westen gegen den Osten, und die Verhältnisse sind in den einzelnen Zonen sehr verschieden.

Die finanzielle Lage in den drei westlichen Zonen, für welche ausreichende Angaben vorliegen, ist im großen ganzen nicht ungünstig; die Steuern gehen ziemlich gut ein, teils weil der Steuerzahler wenig andere Verwendung für das Geld hatte und teils weil den Steuerzetteln Jahre zugrunde lagen, in denen die Einkommen und Gewinne hoch waren. Für 1946/47 ist vom Alliierten Kontrollrat ein neues, für alle vier Zonen geltendes Steuergesetz ausgearbeitet worden, das die Inflationsgefahr verringern, die Einnahmen steigern und ideologische Sonderbehandlungen beseitigen soll; im allgemeinen sind alle Steuersätze erhöht und die Steuerbefreiungen und -vergünstigungen eingeschränkt worden. Auf der Ausgabenseite der Länderhaushalte bilden die Besatzungskosten und Wohlfahrtsleistungen die Hauptposten; die Fehlbeträge sind zwar in einzelnen

Bezirken noch störend, aber doch nicht so hoch, wie man erwartet hatte (Reichsbahn und Reichspost haben im Frühjahr 1946 begonnen, ohne Verlust zu arbeiten). Über den Kapitalwert und die Bedienung der Reichsschuld, die bei Kriegsende auf etwa 400 Milliarden Reichsmark geschätzt wurde (250–300 Milliarden kurzfristig und 100–150 Milliarden langfristig, ohne die Kriegsschädenansprüche usw.), ist noch keine Entscheidung getroffen.

Trotz der somit herrschenden Ungewißheit über die Behandlung der Staatspapiere, welche die Hauptaktiva der Banken bilden, haben die Einzahlungen der Bevölkerung, namentlich in den ersten Monaten der Besetzung, die Abhebungen erheblich überschritten; auch sind abgehobene Noten wieder neu eingezahlt worden, zum Teil auf Grund der Annahme, daß Bankguthaben eine bessere Behandlung erfahren werden als Banknoten, wenn es zu einschneidenden Währungsmaßnahmen kommt (die österreichische Regierung hatte im Juli 1945 bei der Wiedereröffnung der Banken zugesagt, daß gewisse Einlagen bei einer vorgesehenen Abgabe günstiger als die Banknoten behandelt würden).

Der gesamte Notenumlauf der Deutschen Reichsbank betrug bei Kriegsende etwa 65–70 Milliarden Reichsmark; er hat sich etwas verringert um die bei den Banken eingezahlten sowie die in den abgetretenen Gebieten umlaufenden Beträge (rund 8 Milliarden Reichsmark in Österreich). Andererseits wurden aber Militärmark der Alliierten in den Verkehr gebracht, die sich Ende 1945 in den drei westlichen Zonen auf 3,7 Milliarden beliefen (1,8 Milliarden von den Briten, 1,2 Milliarden von den Amerikanern und 0,7 Milliarden von den Franzosen). Der in der russischen Zone in Umlauf gesetzte Betrag wurde nicht bekanntgegeben, ist aber zweifellos höher als für die drei westlichen Zonen zusammen; dies kann daraus geschlossen werden, daß eine große Zahl von Abschnitten zu 1 000 Mark (die von den Russen ausgegeben wurden, aber kaum, wenn überhaupt, von den Westmächten) bei Berliner Banken eingezahlt

Die Besatzungstruppen
in Deutschland und Österreich
im Frühjahr 1946

Land	Besatzungszone	Alliierte Truppen (in Tausend)	Bevölkerung (in Millionen)
Deutschland	amerikanische	315	17,2
	britische . . .	350	22,0
	französische .	111	6,4
	russische . . .	700	19,7
	Zusammen .	1 476	65,3
Österreich	amerikanische	24	1,9
	britische . . .	24	2,0
	französische .	37	0,8
	russische . . .	140	2,1
	Zusammen .	225	6,8

werden und auch in die westlichen Zonen durchsickern. Im allgemeinen sind die russischen Anschauungen über Bank- und Währungsfragen grundverschieden von denen der anderen Besatzungsmächte; so wurde das private Bankwesen in der russischen Zone erheblich umgestaltet, indem die Privatbanken weitgehend durch städtische oder staatliche Banken ersetzt wurden.

Über die Stärke der Besatzungstruppen im Frühjahr 1946 liegen amtliche Schätzungen aus amerikanischen Quellen vor, die in der nebenstehenden Tabelle wiedergegeben sind. Diese Zahlen sind Schätzungen, und ihre Verteilung

hat sich inzwischen wieder geändert. Die in den Staatsrechnungen der drei Westmächte erscheinenden Besatzungskosten erreichen bedeutende Summen. Die Verwaltungs- und Personalausgaben in den besetzten Zonen Deutschlands und Österreichs belaufen sich jährlich auf 80 Millionen Pfund für Großbritannien, 200 Millionen Dollar für die Vereinigten Staaten und 5 150 Millionen französische Franken für Frankreich; diese Ziffern sind nicht ohne weiteres vergleichbar, sie werden nur erwähnt, um eine Vorstellung von den in Betracht kommenden Größenordnungen zu vermitteln.

Österreich

In Österreich wird der Versuch unternommen, in Übereinstimmung mit der Moskauer Erklärung von 1943 den Grund zu einem „freien und unabhängigen“ Land zu legen; die mit der Lage unmittelbar nach dem Kriege zusammenhängenden Schwierigkeiten wurden aber durch die von den vier Mächten ausgeübte Kontrolle noch erhöht. Österreich, das als „befreites“ Land gilt, zahlt keine Reparationen für eigene Rechnung, nach den Potsdamer Beschlüssen können aber die Reparationsforderungen der Sowjetunion gegenüber Deutschland zum Teil aus den deutschen Auslandsanlagen in der östlichen, russisch besetzten Zone Österreichs befriedigt werden; daher ist die Frage, wie der Begriff des deutschen Eigentums in dem in Betracht kommenden Gebiet ausgelegt wird, zweifellos von großer wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Österreichische Nationalbank (für die wieder ihre alte Satzung aus der Zeit vor dem Anschluß gilt) trat bald nach der Befreiung wieder an die Stelle der Reichsbank in Wien, und im Juli 1945 wurden die Handelsbanken in der russischen Zone (Wien und Niederösterreich) für neue Einlagen, über welche frei verfügt werden kann, geöffnet; von den alten Einlagen wurden 60 v. H. der Beträge gesperrt und 40 v. H. nur für Banküberweisungen freigegeben. Im Dezember 1945 wurden die Reichsmarkzahlungsmittel und auch die von den Alliierten ausgegebenen Militärnoten in allen vier Zonen gegen neue österreichische Schillinge zum Kurs von 1 zu 1 umgewechselt. Aus dem Verkehr gezogen wurden nahezu 8 Milliarden Reichsmark in Reichsbanknoten (die in Österreich in Umlauf waren) und etwa 1 Milliarde Schilling in Militärnoten der Alliierten. Dadurch, daß nicht mehr als 150 Reichsmark oder Schilling auf den Kopf der Bevölkerung umgetauscht, darüber hinausgehende Beträge aber auf Sperrkonto gutgeschrieben wurden, erreichte die Ausgabe an neuen Noten nur etwa 1 Milliarde Schilling; die kleinen Noten und Münzen zu 5 Reichsmark und darunter wurden vorläufig noch im Verkehr belassen; außerdem sollen rund 1,5 Milliarden Schilling der neuen Noten zum Umtausch der Bestände der alliierten Truppen und zur Deckung der Besatzungskosten für einen Monat verwendet worden sein.¹ Hauptzweck der Umwechslung war die Trennung Österreichs von Deutschland und die Unterbindung des Reichsmarkzuflusses

¹ Halbamtlich verläuft aus Wien, daß gegen Ende Juni 1946 der Gesamtumlauf der neuen Schillingnoten 4,8 Milliarden betragen habe; hiervon entfielen 2,3 Milliarden auf die Vorauszahlung von Besatzungskosten und auf die Umwechslung von Geldbeständen der Truppen und Militärbehörden im Dezember 1945.

aus dem Auslande. Gleichzeitig wurde die Gelegenheit benutzt, um den Notenumlauf zu verringern und die Geltung der im Juli 1945 in Wien verabschiedeten Bankgesetze auf die westlichen Zonen auszudehnen, wodurch Österreich ein einheitliches Währungs- und Banksystem erhielt. Über die Behandlung der in Österreich vorhandenen Reichsschuld ist zwar noch keine Entscheidung getroffen worden; die Banken nehmen weiterhin neue Einlagen an, ihr Kreditgeschäft ist jedoch sehr unbedeutend, da die Industrie- und Handelstätigkeit gering geblieben ist.

Der ordentliche Haushalt für 1946 sollte nach dem Voranschlag mit 2,5 Milliarden Schilling ausgeglichen sein, während außerordentliche Haushaltsausgaben in Höhe von 580 Millionen Schilling im Kreditwege finanziert werden sollen. Die Besatzungskosten wurden bis Januar 1946 unmittelbar durch Notenausgabe bestritten, seit der Umtauschaktion mußten sie aber durch Kredite der Nationalbank gedeckt werden, die für die Zeit vom 12. Februar bis zum 30. Juni auf 400 Millionen Schilling festgesetzt wurden; dieser Betrag entspricht rund 1 Milliarde Schilling im Jahr oder 35 v. H. der österreichischen ordentlichen und außerordentlichen Haushaltsausgaben, die sich zusammen auf 3,08 Milliarden Schilling belaufen. Obwohl die gegenwärtig zu zahlenden Besatzungskosten noch immer hoch sind, weisen sie doch gegenüber den ersten Monaten der Besetzung eine bedeutende Ermäßigung auf.¹

Gegen Ende Juni 1946 wurde ein neues Kontrollabkommen geschlossen, das der österreichischen Regierung bedeutend weitergehende Befugnisse einräumt, die Kontrollkommission mehr zu einem Überwachungsorgan macht und die Demarkationslinien aufhebt außer für die Bewegungen der alliierten Truppen (die übrigens anscheinend vermindert worden sind).

Der Handelsverkehr mit dem Ausland wird durch den niedrigen Stand der Produktion in Österreich sowie dadurch behindert, daß noch kein wirklicher Wechselkurs vorhanden ist; der Militärkurs von 10 Schilling = 1 Dollar und 40 Schilling = 1 Pfund ist lediglich „eine zahlenmäßige Grundlage für die Berechnung der Truppenlöhnung“ und absichtlich niedrig festgesetzt, um die Einkäufe seitens der alliierten Truppen zu beschränken.

Der Handel einiger osteuropäischer Länder

Im Handelsverkehr beschränkte sich der Kontakt der Länder östlich der Schranke, die Europa bei Beendigung der Feindseligkeiten teilte, fast ausschließlich auf die Sowjetunion. Rumänien z. B. kapitulierte im August 1944, und mindestens ein Jahr lang waren die Verhältnisse derart, daß ein Handel mit dem Westen effektiv unmöglich war; im großen ganzen gilt das gleiche in verschiedenem Grade für alle osteuropäischen Länder, für welche die Sowjetunion zwangsläufig an die Stelle Deutschlands als wichtigster Handelspartner getreten ist.

¹ Für die drei Monate Juli bis September 1946 sollen die Besatzungskosten noch weiter auf 225 Millionen Schilling ermäßigt worden sein, von denen 112,5 Millionen Schilling für die Russen und je 37,5 Millionen Schilling für die Amerikaner, Franzosen und Briten bestimmt waren.

Die folgende Tabelle zeigt die prozentuale Verteilung der Ausfuhr (wertmäßig) für die vier Länder Bulgarien, Finnland, die Tschechoslowakei und Polen.

In allen diesen Ländern ist das Außenhandelsvolumen stark zurückgegangen. In Bulgarien fiel die Ausfuhr von 660 000 Tonnen im Jahre 1943 (etwas mehr als 1938/39) auf 180 000 Tonnen im Jahre 1945. Auf der Einfuhrseite ist die Sowjetunion im bulgarischen Außenhandel an die Stelle Deutschlands getreten, wertmäßig betrug die Einfuhr aber 1945 nicht einmal die Hälfte der Ausfuhr, so daß ein erheblicher Ausfuhrüberschuß von 7 Milliarden Lewa gegenüber der Sowjetunion vorhanden war. Die Zahlen für den ersten Teil des Jahres 1946 zeigen, daß die bulgarische Ausfuhr sich auch auf andere Gebiete zu erstrecken beginnt: nach Rumänien, der Türkei, Tschechoslowakei und sogar nach den Vereinigten Staaten.

Geographische Verteilung der Ausfuhr osteuropäischer Länder

Länder	1937	1943	1944	1945	1946 (3 Monate)
	in v. H. des Gesamtwertes				
Ausfuhr Bulgariens nach					
Deutschland	43	79	88	—	—
der Sowjetunion . . .	—	—	1	95	46
anderen Ländern . .	57	21	11	5	54
Ausfuhr Finnlands nach					
Deutschland	13	69	65	—	—
der Sowjetunion . . .	1	—	4	70	62
anderen Ländern . .	86	31	31	30	38
Ausfuhr der Tschechoslowakei nach					
Deutschland	15	(100)	(100)	2	1
der Sowjetunion . . .	1	—	—	14	18
anderen Ländern . .	84	.	.	84	81
Ausfuhr Polens nach					
Deutschland	14	(100)	.	—	—
der Sowjetunion . . .	1	—	.	94	82
anderen Ländern . .	85	.	.	6	18

Anmerkung: Da die Tschechoslowakei und Polen 1943 und die Tschechoslowakei auch 1944 von den Deutschen vollständig besetzt waren, wird angenommen, daß ihre gesamte „Ausfuhr“ während dieser Jahre nach Deutschland ging, obwohl dies nicht unbedingt genau zutreffen muß. Ein verhältnismäßig kleiner Teil ihrer Ausfuhr mag auch nach dem Balkan gegangen sein (in diesem Falle jedoch als Ergänzung oder Ersatz der deutschen Ausfuhr nach jenen Ländern). Die für Polen in den Jahren 1945 und 1946 angegebenen Ziffern beziehen sich nur auf die sechs wichtigsten Handelspartner, es kann aber angenommen werden, daß die anderen praktisch nicht ins Gewicht fallen. Im April 1946 gingen nur 37 v. H. der Ausfuhr nach der Sowjetunion, 36 v. H. nach Schweden und der Rest nach sechs anderen Ländern.

Auch im Verkehr mit Finnland hat die Sowjetunion in der Ausfuhr Deutschland abgelöst; der größte Lieferant ist aber Schweden mit mehr als der Hälfte der Gesamteinfuhr. In der finnischen Statistik wird die Ausfuhr zur Bezahlung der Reparationen an die Sowjetunion getrennt ausgewiesen; die Beträge belaufen sich 1944 auf 265 Millionen und 1945 auf 6622 Millionen finnische Mark.

Die Tschechoslowakei ist handelsmäßig weit mehr nach dem Westen orientiert, und ihr

Außenhandel weist eine viel weitere Verteilung auf. Während die Ausfuhr hauptsächlich nach der Schweiz ging, ist der wichtigste Lieferant die Sowjetunion, so daß die Tschechoslowakei einen Einfuhrüberschuß aus dem Osten hat. Der Außenhandel ist noch immer gering; für die drei Vierteljahre bis März 1946 waren Ein- und Ausfuhr bei etwa 1,8 Milliarden Kronen ausgeglichen, was nur ein Fünftel des Betrages für die entsprechende Zeit des Jahres 1937 ausmacht, in welcher die Preise überdies nur etwa ein Drittel so hoch waren wie jetzt.

Der Außenhandel Polens wickelte sich 1945 fast ausschließlich mit der Sowjetunion ab, die Ziffern für die ersten vier Monate des Jahres 1946 lassen aber eine vermehrte Ausfuhr nach anderen Ländern erkennen; so wird z. B. Kohle nach Schweden und Dänemark geliefert (vgl. Seite 31).

Der Notenumlauf in Osteuropa

Die meisten osteuropäischen Länder befanden sich bei Kriegsende im Zustand einer ziemlich weit vorgeschrittenen Inflation: Erhöhungen des Notenumlaufs auf das Zehn-, Fünfzehn- oder Zwanzigfache der Vorkriegsziffer waren nichts Ungewöhnliches (gegenüber einer vielleicht zwei- bis vierfachen Erhöhung in Westeuropa). Entsprechend waren im allgemeinen die Warenpreise gestiegen und der Kurswert der Währungen, soweit Notierungen stattfanden, gefallen.

Einschneidende Maßnahmen waren notwendig; in Finnland und in der Tschechoslowakei wurde ein Notenumtausch mit Sperrung eines Teils der alten Ausgaben vorgenommen mit dem Erfolg, daß für das Jahr bis Juni 1946 erheblich bessere Verhältnisse festzustellen sind. Auch in Bulgarien scheint man die Lage zu beherrschen, denn die Zunahme des Notenumlaufs betrug in der gleichen Zeit nur 10 v.H. Aus Jugoslawien liegen nur spärliche statistische Angaben vor; es sind aber Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß der Geldumlauf beim Umtausch der Noten eine starke Kontraktion erfahren hat; die neuere Entwicklung läßt sich mangels regelmäßiger Bank- und Staatskassenausweise schwer abschätzen. Für Polen kann die Währungsausweitung nur indirekt beurteilt werden: bei verkleinertem Gebiet und geringerer Bevölkerung beziffert sich der Staatsvoranschlag für 1946 auf insgesamt 50 Milliarden

Notenumlauf in Osteuropa¹

Länder	Ende Juni				
	1939	1945	1946	1945	1946
	Milliarden Einheiten der Landeswährung			Juni 1939 = 100	
Finnland	2	17	18	770	800
Tschechoslowakei ²	11	59	39	320	340
Bulgarien ³	3	69	76	2 320	2 630
Jugoslawien ⁴	7	290	20	4 070	280
Polen ⁵	2
Rumänien ⁶	39	649	1 850	1 680	4 780
Ungarn ⁷	1	15	6 277 000 000 000	1 500	627 700 000 000 000

¹ Auf Grund regelmäßiger amtlicher Statistiken außer für Jugoslawien in den Jahren 1945 und 1946.
² In Prag und Preßburg ausgegebene Banknoten zuzüglich Kassenscheine.
³ Mit den als Zahlungsmittel umlaufenden Schatzwechseln.
⁴ Die für Juni 1945 angegebene Gesamtsumme stellt die zur Zeit der Umtauschoperation (April-Juni 1945) eingezogenen Noten dar. Bei der Konversion wurden für 6 Milliarden Dinar neue Kassenscheine ausgegeben; der Haushaltsfehlbetrag und andere Posten führten zu einer Erhöhung des Notenumlaufs, der für Juni 1946 auf 20 Milliarden geschätzt wurde.
⁵ Da statistische Angaben über den Notenumlauf nicht laufend veröffentlicht werden, sind zuverlässige Schätzungen nicht leicht. Während des Krieges wurden von der unter deutscher Kontrolle stehenden Emissionsbank im „Generalgouvernement“ etwa 8 Milliarden „Kraukauer Zloty“ ausgegeben. Diese sind inzwischen wieder eingezogen worden, ebenso die in Ostpreußen, Bialystok und in dem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie umlaufenden Reichsbanknoten sowie die von den russischen Truppen in den Verkehr gebrachten Rubel, doch wurden keine Ziffern über den Notenumtausch veröffentlicht.
⁶ Für Ende Juni 1946. Die Schätzung beruht auf der zuletzt veröffentlichten Ziffer von 1 552 Milliarden Lei für März 1946.
⁷ Die letzte amtlich bekanntgegebene Ziffer für den 15. Juli 1946 war 76,047 Quadrillionen Pengö, d. h. mehr als das Zehntausendfache des Umlaufs zwei Wochen vorher.

Zloty gegen 3 Milliarden Zloty vor dem Kriege, während der amtliche Dollarkurs 1946 auf 100 Zloty festgesetzt worden ist gegenüber 5 Zloty im Jahre 1939.

Die stärksten Erhöhungen des Notenumlaufs wiesen 1945–46 Rumänien und Ungarn auf. Die jüngste Entwicklung in Rumänien zeigt nicht nur keine Eindämmung, sondern eine Beschleunigung der Ausweitung, indem der Umlauf während des Jahres auf das Dreifache gestiegen ist. In Ungarn hat die Inflation, die sogar die Vorgänge in Deutschland von 1923 übertraf, im Juli 1946 zur vollständigen Entwertung des Pengös geführt.

Bis zum November 1944 war der Notenumlauf in Ungarn auf 11 Milliarden Pengö gestiegen, was eine rund zehnfache Erhöhung während der Kriegsjahre bedeutete; diese Lage war ernst, aber noch nicht hoffnungslos. Der erste Anstoß zu der wilden Inflation kam während der Belagerung von Budapest, die im Dezember 1944 begann; als damals die kämpfenden Armeen die Vorräte requiriert hatten, wurden die Nahrungsmittel in der Stadt so knapp, daß jeder Preis dafür bezahlt wurde. Es folgte die Ausgabe von Pengös und Rubeln der Roten Armee, während gleichzeitig Noten aus den abgetretenen Gebieten in das neue verkleinerte Ungarn hereinströmten. Dann verschlimmerte sich die Lage immer mehr, weil für den industriellen Wiederaufbau, die staatlichen Aufwendungen und die Besatzungskosten große Beträge emittiert wurden und es nicht möglich war, eine Preiskontrolle durchzusetzen. Immer höhere Notenabschnitte wurden ausgegeben; im Winter 1945/46 begann das Publikum von „Milpengö“ für eine Million, „Bilpengö“ für eine Billion (Milliarde) und im Frühjahr 1946 von „Blauen“ und „Braunen“ zur Bezeichnung der neuen Noten über Trillionen Pengö zu sprechen.

Durch eine Verordnung des Finanzministers vom 13. Juli 1946 wurde der Pengö außer Kurs gesetzt. Es war beabsichtigt, im August 1946 eine neue Währungseinheit, den „Forint“, auszugeben; in der Zwischenzeit wurde als Buchwährung der „Index-Pengö“ (oder „Steuer-Pengö“) beibehalten, der sich aber ebenfalls stark entwertete.

Ungarns Lage ist infolge großer Einbußen an rollendem Material, an industrieller Leistungsfähigkeit, an Vieh und

Amtliche Dollarkurse¹

Land	Juni	
	1939	1946
	Gegenwert eines Dollars in Einheiten der Landeswährung	
Finnland	49	136 ²
Tschechoslowakei	29	50 ³
Bulgarien	84	120 ⁴
Jugoslawien	44	50 ⁵
Polen	5	100 ⁶
Rumänien	104	3 500 ⁷
Ungarn	3	— ⁸

¹ Die für Juni 1946 angegebenen Kurse sind ausnahmslos in den erwähnten Ländern amtlich notiert, aber nicht in jedem Falle auch in den Vereinigten Staaten; tatsächlich wurde in einigen Fällen ein amtlicher Dollarkurs notiert, bevor überhaupt Handels- oder Finanzverbindungen mit dem Westen bestanden. Die Kurse sind beachtenswert als Anhaltspunkt für die amtliche Bewertung der Landeswährung. Sie dürfen nicht mit den Kursen für Dollarnoten am schwarzen Markt verwechselt werden, die ganz verschieden sein können.

² Am 16. Oktober 1945 festgesetzter Kurs. Die finnische Mark wurde im Mai 1945 um 43 v. H. und im Oktober 1945 noch einmal um 12½ v. H. abgewertet.

³ Am 21. Oktober 1945 festgesetzter Kurs.

⁴ Ein im Oktober 1945 festgesetzter nomineller Kurs, der den gegenwärtigen Stand nicht richtig wiedergibt.

⁵ Bei der Vereinheitlichung der Währung festgesetzter, auf der Goldparität des Dinars beruhender Dollarkurs.

⁶ Im April 1946 festgesetzter Kurs.

⁷ Der „amtliche Dollarkurs“, wie er in Bukarest Anfang Februar 1946 festgesetzt wurde; der Wirklichkeit entspricht besser der Kurs für die nach Rumänien eingeführten und in Dollar bezahlten Waren; für diese Geschäfte wird der Dollar seit Mai 1946 mit 23 000 Lei bewertet.

⁸ Die Ungarische Nationalbank nahm von Oktober 1945 an täglich „amtliche Notierungen“ des Dollars vor, stellte dieses Verfahren aber 1946 ein, als die „Notierung“ in die Milliarden ging. Daher kann in dieser Spalte für Ungarn keine der Wirklichkeit entsprechende Ziffer eingesetzt werden.

Der Notenumlauf in Ungarn

Datum	Millionen Pengö
1939 Ende Dezember . . .	975
1940 " " . . .	1 400
1941 " " . . .	2 000
1942 " " . . .	3 000
1943 " " . . .	4 400
1944 " " . . .	11 000
1945 " " . . .	765 400
1946 Ende Januar . . .	1 846 000
" Februar . . .	5 238 000
" März . . .	34 000 000
" April . . .	434 000 000
" Mai . . .	65 589 000 000
" Juni . . .	6 277 000 000 000 000
15. Juli . . .	76 047 000 000 000 000 000

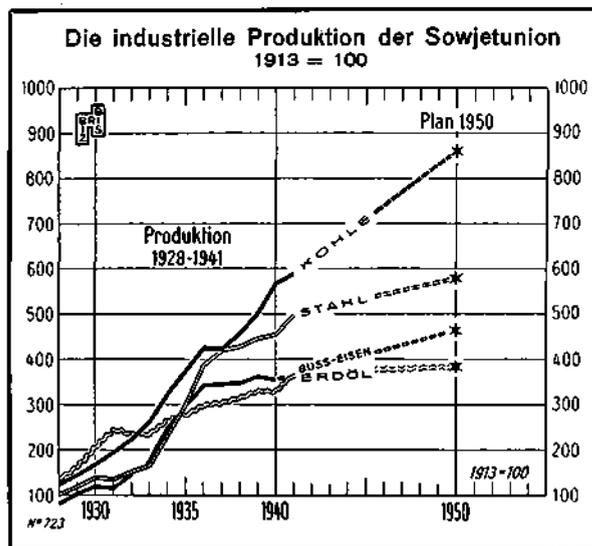
landwirtschaftlichem Inventar immer noch äußerst schwierig, zumal das Land die Besatzungstruppen erhalten und Reparationen zahlen muß (die allerdings im Juli 1946 durch Vereinbarung mit der Sowjetunion auf eine längere Reihe von Jahren verteilt worden sind). Im Frühjahr 1946 wurde der Realwert des Volkseinkommens auf nicht viel mehr als die Hälfte der Ziffer von 1938/39 geschätzt. Damit das Land sich erholen und vor allem seine Produktion steigern kann, müssen eine Anzahl politischer und anderer

Voraussetzungen erfüllt sein. Glücklicherweise besteht Aussicht auf eine gute Ernte, und, was noch wichtiger ist, es beginnt eine bessere Erkenntnis der wirklichen Lage aufzukommen.

Die Sowjetunion

Für die Sowjetunion werden statistische Unterlagen über Warenpreise, Außenhandel, Notenumlauf und Währungsreserven nicht laufend veröffentlicht, doch steht ein umfangreiches Informationsmaterial im Zusammenhang mit den Fünfjahresplänen zur Verfügung, deren letzter im März 1946 verkündet wurde. Da von der Bevölkerung der Sowjetunion mehr als 50 v. H. auf dem Lande beschäftigt sind, ist sie noch immer überwiegend ein Agrarland, wenn auch in der Entwicklung der Schwerindustrie Fortschritte erzielt worden sind. Einen

Eindruck von der industriellen Ausweitung seit 1928 vermittelt die nebenstehende Zeichnung.



Im Jahre 1928, zehn Jahre nach dem Krieg 1914–18, als die „N.E.P.“ ihr Ende fand und der erste Fünfjahresplan begann, hatte die Industrieproduktion ungefähr wieder den Stand von 1913 erreicht. Im Jahre 1940, dem letzten Friedensjahr für die Sowjetunion, war die Erdölgewinnung auf mehr als das Dreifache, die Stahlproduktion fast auf das Fünffache und die Kohlen-

förderung nahezu auf das Sechsfache des Standes von 1913 angewachsen (die Energieerzeugung, die sehr niedrig gewesen war, hatte auf mehr als das Zwanzigfache zugenommen). Die Steigerung der Erdölproduktion hatte sich aber in den dreißiger Jahren verlangsamt; die Gesamtausbeute entsprach etwa einem Sechstel der Inlandserzeugung in den Vereinigten Staaten, und auch in dem neuen Plan ist keine große Erhöhung vorgesehen.

Die Fünfjahrespläne der Sowjetunion

Produkte	Zielziffern nach dem		Veränderung 1942-50 in v. H.
	3. Plan (unvollendet)	4. Plan	
	1942	1950	
Eisen . . . (Millionen Tonnen)	22	19½	— 11,4
Stahl . . . „ „	28	25½	— 9,3
Kohle . . . „ „	243	250	+ 2,9
Öl „ „	48½	35½	— 27,0
Elektrische Energie (Milliarden Kilowattstunden)	75	82	+ 9,3

Die Verluste der UdSSR an Sachwerten während des Krieges waren groß, und es wird einer gewaltigen konzentrierten Kraftanstrengung bedürfen, bevor sie vollständig ausgeglichen sind. Der neue (vierte) Fünfjahresplan für 1946-50 hat hauptsächlich den Wiederaufbau der durch

den Krieg verwüsteten Gebiete und die Erhöhung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion auf und später über den Vorkriegsstand zum Ziel. Die für 1950 vorgesehenen Produktionsziffern liegen jedoch im allgemeinen unter denen, die in dem nicht voll ausgeführten dritten Plan für 1942 angesetzt waren. Die Politik der Verlagerung des industriellen Schwergewichts nach dem Osten findet in dem neuen Plan verstärkte Betonung.

Im Mai 1946 legte die Sowjetregierung eine Anleihe von 20 Milliarden Rubel „zum Wiederaufbau der Sowjetunion und zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes“ auf. Es findet keine direkte Verzinsung statt, es werden aber Prämien ausgelost, deren Gesamtbetrag während der 20jährigen Laufzeit der Anleihe einem Durchschnitt von jährlich 4 v. H. entspricht; ein Drittel aller Schuldverschreibungen werden eine Prämie erhalten, die übrigen dagegen zum Nennwert eingelöst werden. Die Anleihe war binnen zehn Tagen um 1,8 Milliarden Rubel überzeichnet; sie war die fünfte einer 1942 begonnenen Folge von Anleihen, auf welche insgesamt 110 Milliarden Rubel gezeichnet worden sind.

* * *

Obwohl die Probleme, denen sich die einzelnen Regierungen nach dem Kriege gegenübersehen, in vieler Hinsicht gleichartig waren — Rückführung von Menschen und Maschinen zur Friedentätigkeit —, weisen die Ergebnisse der Bemühungen des ersten Jahres doch bemerkenswerte Verschiedenheiten auf. Wo die Zerstörungen gering waren oder im Verhältnis zur Gesamtheit der nationalen Hilfsquellen nur als mäßig zu bezeichnen sind, ist die Umstellung glatter vonstatten gegangen, als man erwartet hatte; wo die Zerstörungen aber groß waren, schienen die Probleme oft unlösbar zu sein, und aus den verschiedensten Gründen sind nur geringe Fortschritte erzielt worden; in

extremen Fällen scheint sich die Lage infolge widriger Umstände wie zügelloser Inflation und anhaltender innerer Kämpfe sogar verschlimmert zu haben. Derartige Beispiele aus der Gegenwart und die lebhaftere Erinnerung an die Ereignisse in den Jahren nach 1914–18 machen die Notwendigkeit, sich gegen die Inflation zu schützen, zu einer der Hauptsorgen auch in den Ländern, welche die Kontrolle über die Binnenwirtschaft zu behalten vermochten und sich hinsichtlich der laufenden Hervorbringung von Gütern und Leistungen in einer unverkennbar günstigen Lage befinden.

Die Gefahr einer Nachkriegsinflation

Solange die im Kriege entstandene Knappheit auf zahlreichen Gebieten nicht überwunden und den Regierungen der Ausgleich der Staatsrechnung nicht gelungen ist, besteht die Möglichkeit einer jähen Preissteigerung, der später — wie nach dem ersten Weltkrieg — ein ebenso jäher Sturz folgen kann, wenn das Angebot steigt. Die Gefahr einer solchen Nachkriegsinflation ist indessen in den meisten Ländern durch die Beibehaltung einer wirksamen Preiskontrolle gemildert. Welche Gründe dafür sprechen, daß die Kontrollmaßnahmen nur allmählich gelockert werden, kann vielleicht am klarsten aus einer Betrachtung einzelner bezeichnender Beispiele hervorgehen.

Solange die Versorgung mit irgendwelchen lebenswichtigen Gütern unter dem normalen Stand bleibt (was noch für viele Nahrungsmittel zutrifft), ist zu erwarten, daß eine Aufhebung der Kontrolle zu außerordentlichen Preissteigerungen führt, und aus diesem Grunde werden die geltenden Systeme wahrscheinlich beibehalten werden. Für gewisse andere Erzeugnisse, z. B. dauerhafte Konsumgüter wie Kraftwagen und Kühlschränke, ist der Bedarf elastischer, die laufende Nachfrage kann aber dadurch ansteigen, daß die während des Krieges angesammelten Gelder in Anspruch genommen werden; auch hier leistet die Festsetzung von Höchstpreisen nützliche Hilfe. In dem besonderen Falle der Mietpreise kann eine plötzliche Beseitigung der Kontrolle zu starke Spannungen hervorrufen, während eine allmähliche Erhöhung einen reibungslosen Übergang erleichtern würde. Wo die Kontrolle beibehalten wurde, ist man aber auch zu der Einsicht gelangt, daß die Preise nicht derart festgelegt werden dürfen, daß dadurch eine Belebung der Produktion behindert wird. Die Überwachung muß eher elastisch als starr sein, außerdem muß gebührend berücksichtigt werden, daß sich die Kaufkraft der einzelnen Währungen seit 1939 verändert hat — prozentual nicht gleichmäßig in allen Ländern, überall aber in einem Grade, daß in den verschiedenen Teilen des Preis- und Kostengefüges weitgehend damit gerechnet werden muß.

Nach und nach wird ein neues Gleichgewicht zwischen dem Angebot an Gütern und Leistungen, dem Geldvolumen und dem Preisniveau hergestellt werden müssen. In allen Ländern ist der Notenumlauf steiler angestiegen als die Lebenskosten oder die Großhandelspreise; der Geldumlauf hat sich sogar im Verhältnis zum Volkseinkommen erhöht, was auf eine Neigung der Bevölkerung

zu einer größeren Kassenhaltung hindeutet. In Notzeiten wird naturgemäß ein höherer Notenbestand als Sicherheit für besondere Fälle gehalten, und auch

Notenumlauf in verschiedenen Ländern

Länder	Umlauf in Millionen Einheiten der Landeswährung		Umlauf Ende März 1946 in Prozenten der Ziffer von Ende Juni 1939
	Ende Juni 1939	Ende März 1946	
Belgien	22 212	72 839	328
Bulgarien	2 891	74 848 ¹	2 569
Dänemark	446	1 612	339
Eire ²	16	42	259
Finnland	2 200	17 323	787
Frankreich	122 611	613 434	500
Griechenland	8 002	258 419 ³	3 229
Großbritannien	499	1 328	266
Island	12	154	7 242
Italien	19 411	384 204 ⁴	1 979
Niederlande	1 045	2 468	236
Norwegen	475	1 532	323
Portugal	2 096	7 824	373
Rumänien	39 683	1 552 115	4 012
Schweden	1 059	2 507	237
Schweiz	1 729	3 614	209
Tschechoslowakei ⁵	10 740 ⁶	35 289	329
Türkei	214	895	419
Ungarn	885	34 001 600	3 842 397
Kanada ⁷	213	1 002	470
Vereinigte Staaten ⁸	7 047	27 879	396
Argentinien	1 128	2 979	264
Bolivien	301	1 623	539
Brasilien	4 803	17 837	371
Chile	866	2 918	337
Ecuador	64	307	477
Guatemala	8	27	342
Kolumbien	57	191	333
Kostarika	28	75	271
Mexiko	318	1 717	540
Nikaragua	11	47 ⁹	442 ⁹
Paraguay	12 ¹⁰	26	213 ¹¹
Peru	113	505	447
Salvador	15	48	329
Uruguay	91	181 ¹²	199 ¹²
Venezuela	134 ¹⁰	390	291 ¹¹
Ägypten	21	137	663
Südafrika	19	66	346
Indien	1 846	12 188	660
Irak	4	40	933
Iran	893	6 693	750
Japan	2 490	61 450 ¹²	2 468
Palästina	6	45	754
Syrien und Libanon	47,9 ¹⁰	353 ¹³	738 ^{13 11}
Australien	48	196	412
Neuseeland	16	44	280

¹ Mit den als Zahlungsmittel umlaufenden Schatzanweisungen.
² Noten der Zentralbank von Irland und der „Consolidated Banks“.
³ 15. März 1946.
⁴ Mit dem Militärgeld der Alliierten.
⁵ Schätzung des gesamten Notenumlaufs in Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei.
⁶ Ende Februar 1939 (geschätzt).
⁷ Bank von Kanada und „Chartered Banks.“
⁸ Gesamter Geldumlauf.
⁹ Ende Dezember 1945.
¹⁰ Ende Dezember 1939.
¹¹ Gegenüber Ende Dezember 1939.
¹² Ende Februar 1946.
¹³ Ende Januar 1946.

wenn die Mitglieder einer Familie getrennt sind, wie es im Kriege häufig vorkommt, bedarf es größerer Barbestände. Aber selbst wenn diese vorübergehenden Bedürfnisse nicht mehr vorhanden sind, kann die Veränderung, die in dem Verhältnis zwischen Geldvolumen und Volkseinkommen stattgefunden hat, in gewissem Umfang fortbestehen infolge der Änderung der Gewohnheiten, die in diesen Dingen im allgemeinen merkwürdig beständig sind.

Wenn die laufende Produktion zunimmt, dürfte die Aufgabe der Kontrolle in denjenigen kontinentaleuropäischen Ländern schwieriger werden, wo großer Mangel geherrscht hat, da die Wiederkehr eines Angebots nach so vielen mageren Jahren einen Sturm auf die Waren mit sich bringen kann. In den mehr „normalen“ Ländern wird man aber wahrscheinlich so vorgehen, daß man nach und nach ausgewählte Waren von der Kontrolle befreit, bis ein natürliches Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage wiederhergestellt ist. Während des Krieges war die durch Subventionen verstärkte Kontrolle notwendig, um die Masse der Verbraucher vor übermäßigen Härten in einer Notzeit außergewöhnlichen

Mangels zu schützen, indem in einer Zeit inflatorischer Geldausgaben des Staates das Gleichgewicht zwischen Lohnkosten und Preisen gehalten wurde. Wenn aber diese Ausgaben aufgehört haben, besteht Aussicht, daß ein frei funktionierendes Preissystem sich wie in der Vergangenheit mit einer wachsenden Produktion zum großen Vorteil der Verbraucher verbinden wird; ein solches Ergebnis wird sich aber, wie die Erfahrung lehrt, nur erreichen lassen, wenn heftige Schwankungen des allgemeinen Preisniveaus vermieden werden können. Diese Vorbedingung ist wichtig und bildet heutzutage die große Sorge der amtlichen Stellen.

Dem Problem der Vermeidung eines sofortigen inflatorischen Anstiegs steht an Bedeutung am nächsten die Frage, ob es möglich sein wird, einen verheerenden Sturz der Preise zu verhindern, wenn die größere Menge neu hervorgebrachter Waren und Leistungen auf den Markt kommt.

Befürchtungen wegen einer kommenden Depression

Die Depression von 1920-22 hatte in einigen Ländern sehr schwere Auswirkungen, aber sie war von kurzer Dauer, und trotz aller erlittenen Schäden betrachtete man sie schließlich als eine vielleicht nicht ganz nutzlose Ernüchterung nach den Auswüchsen des Krieges, insofern als sie dazu beitrug, viele ungesunde Unternehmungen zu beseitigen und zahlreichen Kriegsspekulanten ihre allzu leicht erworbenen Gewinne abzunehmen. Die Geldlöhne fielen, aber weniger stark als die Preise, und das Endergebnis war in den meisten Ländern eine wesentliche Erhöhung des Realeinkommens der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung.

Bezüglich der schweren Depression von 1930-33 hat die öffentliche Meinung aus guten Gründen einen ganz anderen Standpunkt eingenommen. Während man einen mäßigen Abschwung noch in Kauf genommen hätte, wenn die Prosperität bald wiedergekehrt wäre, wurden die scharfe Produktions schrumpfung und die lang anhaltende Erwerbslosigkeit zu einer Zeit, als Arbeitskräfte, Material und Kapital leicht erhältlich waren, als völlig widersinnig empfunden. Die neuerdings in verschiedenen Ländern getroffenen zahlreichen Maßnahmen, mit denen die Regierungen die Verantwortung für die Erhaltung eines hohen und gleichmäßigen Beschäftigungsstandes übernommen haben, müssen sicherlich als Ausdruck einer allgemeinen Entschlossenheit angesehen werden, nicht zuzulassen, daß sich etwas Ähnliches wie die Depression von 1930-33 wiederholt. Zu der übernommenen Aufgabe gehören nicht nur abhelfende Maßnahmen im Falle einer Verschlechterung der Wirtschaftslage, sondern auch die Verfolgung einer Politik, die darauf gerichtet ist, möglichst viele von den Ursachen zu beseitigen, welche die zyklischen Konjunkturschwankungen verstärken können.

In Zeiten guter Konjunktur (wie in den zwanziger Jahren) neigt der Mensch leicht dazu, sich der Erwartung einer „ewigen Prosperität“ hinzugeben; von dieser übertriebenen Zuversicht wurde er aber bisher stets

durch ein rauhes Erwachen geheilt. Eine besondere Art derselben Tendenz ist auch die Hoffnung, die Konjunkturschwankungen aus unserem Wirtschaftsleben völlig verbannen zu können; indessen unterliegt die menschliche Tätigkeit auf so vielen Gebieten einer zyklischen Ordnung, daß es wirklich seltsam wäre, wenn man es dahin bringen könnte, daß in wirtschaftlichen Dingen andere Regeln gelten. Ein dauernder und stets gleichmäßiger Fortschritt ist ein Begriff, der weder mit unserer Kenntnis der Geschichte, noch mit den Beobachtungen vereinbar ist, die uns in der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne unseres eigenen Lebens möglich sind.

Wenn aber die zyklischen Schwankungen nicht vollständig verhindert werden können, bleibt doch immerhin vieles, was getan werden kann:

1. Den Notleidenden, den Opfern der konjunkturellen oder strukturellen Arbeitslosigkeit, muß eine angemessene Unterstützung für sie selbst und ihre Familien gegeben werden. Natürlich sind Sicherungen notwendig, damit das Recht auf Unterstützung nicht mißbraucht wird und die Beweglichkeit und das allgemeine Gleichgewicht der Wirtschaft nicht beeinträchtigt werden. Es sollte aber den menschlichen Scharfsinn nicht übersteigen, für diese Probleme brauchbare praktische Lösungen zu finden.
2. Zweitens muß die allgemeine Politik darauf berechnet sein, die wirtschaftlichen Schwankungen in ihrer Heftigkeit zu mildern; dies kann teils durch Maßnahmen geschehen, die dazu bestimmt sind, die ganze Wirtschaft weniger krisenempfindlich zu machen (z. B. durch Eindämmung der spekulativen Kreditaufnahme), und teils durch Gegenmaßnahmen in den einzelnen Konjunkturphasen. Viel Beachtung hat die sogenannte ausgleichende Finanzpolitik gefunden, bei welcher der Staat in der Hochkonjunktur Zurückhaltung übt, dafür aber in der Depression großzügiger in seinen Ausgaben ist, sein Verhalten also im Gegensatz zum Konjunkturverlauf der Privatwirtschaft einstellt. So wichtig solche Programme auch sind, so bleibt doch immer das Problem, auf welche Weise gewährleistet werden kann, daß in einer freien Gesellschaft die amtlichen Stellen tatsächlich jene Grundsätze anwenden, auf die sie sich als eine allgemeine Richtlinie auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet verpflichtet haben.
3. Drittens wird eine umfassendere Aufgabe in Angriff genommen werden müssen, nämlich die Stärkung der fortschrittlichen Kräfte in den einzelnen Volkswirtschaften. Mit der Konjunkturpolitik sind noch keineswegs alle Möglichkeiten erschöpft, denn das Auf und Ab des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Depression überschneiden sich mit strukturellen Änderungen, die manchmal hartnäckige Einbrüche von Erwerbslosigkeit verursachen. Naturgemäß sind die Methoden hier ebenfalls zeitlich und häufig auch räumlich verschieden. Lehrreich ist ein gründlicher Vergleich des sowjetrussischen Systems, wie es sich in der harten Schule der praktischen Erfahrung entwickelt hat, mit den auf der Freiheit des Unternehmers beruhenden Systemen; man kann behaupten, daß die Ähnlichkeiten in vieler Hinsicht größer sind, als im allgemeinen angenommen wird: bei jedem System muß auf die Erzielung von Gewinnen geachtet werden; bei beiden sind Anreizmittel nötig (z. B. in Form besonderer Arten der Entlohnung), um außerordentliche Anstrengungen zu fördern, und Schutzbestimmungen sind vorgesehen gegen ungenügende Leistung und gegen Nachlässigkeit. Öffentliche Maßnahmen haben ihre Bedeutung für die Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts, aber die Aufbietung der individuellen Kräfte hat sich auch bei einem seinem Wesen nach kollektivistischen System als wichtig erwiesen.

Was die breite Masse betrifft, so scheint sie sich keinerlei Illusionen über die Möglichkeit hinzugeben, Wirtschaftsschwankungen vollständig zu vermeiden. Im Gegenteil scheint sie stark beunruhigt zu sein über die Möglichkeit eines kommenden Rückschlags und neigt sogar zu der Annahme, daß der nächste Konjunkturrückgang eher der großen Depression von 1930-33 als der weniger schweren Nachkriegsdepression von 1920-22 ähnlich sein wird. Es soll an dieser Stelle keine Voraussage gemacht werden (vestigia terrent!), von Interesse ist aber, darauf hinzuweisen, daß eine Reihe der wichtigeren Faktoren der beiden erwähnten Depressionen in den nächsten Jahren bestimmt nicht wirksam sein werden.

Steht eine ähnliche Depression wie 1920-22 bevor?

Nach dem ersten Weltkrieg kam der Haushalt der Vereinigten Staaten im Laufe des Jahres 1920 wieder ins Gleichgewicht, und die Friedensproduktion hatte sich damals kräftig erholt; im Herbst setzte die Abwärtsbewegung der Preise ein, indem die Großhandelspreise plötzlich um mehr als 20 v. H. fielen, was zahlreichen Firmen und Einzelpersonen schwere Verluste brachte, besonders da für die Anlegung von Vorräten und den Kauf von Aktien etwas großzügig Kredit in Anspruch genommen worden war. Mit der sinkenden Konjunktur fand jedoch eine Angleichung der Kosten, einschließlich der Löhne, nach unten statt; andererseits wurde die Kaufkraftmenge nicht vermindert, sondern sogar noch erhöht durch einen ständigen Goldzufluß, der darauf beruhte, daß die Vereinigten Staaten damals das einzige Land mit uneingeschränkter Goldwährung waren und daher den Hauptteil der laufenden Produktion erhielten. Diese Verbindung von Kostenangleichung und Geldausweitung führte zu einer ziemlich raschen Erholung, welche die Grundlage für den Wirtschaftsaufschwung der zwanziger Jahre bildete. In einigen anderen Ländern war die Depression indessen weit schwerer, besonders wenn ihr Preisniveau weit über das der Vereinigten Staaten hinaus gestiegen war. Wurde die Währung, wie dies in Großbritannien, Norwegen, Dänemark, Schweden, den Niederlanden und der Schweiz der Fall war, zur alten Parität zurückgeführt, so mußten die Inlandspreise dem (sinkenden) Weltmarktniveau angeglichen werden, was damals praktisch gleichbedeutend mit einer Anpassung an die Preise in den Vereinigten Staaten war. (Wegen des Preisrückgangs in den Niederlanden, Schweden und der Schweiz vgl. die Zeichnung auf Seite 8.)

Bei der heutigen Sachlage ist in erster Linie zu beachten, daß sehr viele Länder in der Lage gewesen sind, durch wirksame Preiskontrolle eine rasche Preissteigerung nach dem Muster von 1919/20 zu verhindern, und daher füglich damit rechnen können, daß ihnen ein scharfer Rückgang erspart bleibt, wenn die Produktion in Gang kommt. Da man nicht zuließ, daß die „Knappheit“ als solche den Preis erheblich weiter hinauftrieb, als durch die höheren Produktionskosten gerechtfertigt war, sollte auch die Überwindung der Mangelerscheinungen nicht zu einem wesentlichen Abfallen der Preise führen.

Wie nach dem letzten Kriege kommt auch jetzt dem amerikanischen Preis- und Kostengefüge wieder besondere Bedeutung zu, da es den Stand verkörpert, dem die anderen Länder sich anpassen müssen (unter gebührender Berücksichtigung der jeweiligen Unterschiede in der Produktivität usw.). In zwei Fällen, wo die Kosten, besonders die Lohnkosten, weniger gestiegen sind als in den Vereinigten Staaten, sind Schritte unternommen worden, um die Angleichung durch Änderung der Wechselkurse herbeizuführen.

1. Am 5. Juli 1946 wurde der Kurswert des kanadischen Dollars um etwa 10 v. H. erhöht und damit die alte Paritätsgleichheit mit dem amerikanischen Dollar wieder hergestellt. Der Lebenskostenindex war gegenüber den Vorkriegsverhältnissen in Kanada um 20 v. H. und in den Vereinigten Staaten um etwa 40 v. H. gestiegen; die Stundenlohnsätze waren in Kanada um etwa 40 v. H. heraufgesetzt worden, während die entsprechende Erhöhung in den Vereinigten Staaten (nach den 1945 und 1946 vereinbarten Lohnaufbesserungen um 15–16 v. H.) zwischen 50 und 60 v. H. betragen haben dürfte.
2. Am 13. Juli 1946 wurde der Kurswert der schwedischen Krone ebenfalls heraufgesetzt, und zwar durch Änderung des Kurses von 4,20 auf 3,60 Kronen für 1 Dollar, was einer Aufwertung um 16,6 v. H. entspricht. Die amtlichen Meßziffern der Lebenskosten und der Großhandelspreise weisen für Schweden größere Steigerungen auf als für die Vereinigten Staaten, dagegen schelen die Produktionskosten in Schweden weniger gestiegen zu sein; die Stundenlohnsätze sind seit 1939 um 40 bis 45 v. H. heraufgegangen.

Für diese beiden Länder wird die Währungsaufwertung naturgemäß als Bremse gegenüber der Preissteigerung und den allgemeinen Erscheinungen einer „Hochkonjunktur“ wirken, die sich in ihrer Wirtschaft ebenso wie in vielen anderen Ländern herausgebildet haben; aber wenn eine solche Wirkung bei der gegenwärtigen Verfassung der Märkte auch sehr zu begrüßen sein mag, so kommt den Kosten- und Preisverhältnissen zwischen den Ländern doch eine größere grundsätzliche Bedeutung zu.

Beachtenswert ist, daß einige Länder ohne eine umfassende Preiskontrolle ein ähnliches Ansteigen der Preise wie während des Krieges 1914–18 zu verzeichnen hatten. Die folgende Übersicht zeigt die Bewegung der Großhandelspreise in Ägypten, Palästina, Portugal und der Türkei.

Großhandelspreise in einigen Ländern

Zeit	Ägypten	Palästina	Portugal	Türkei
	Indeziffern Januar-Juni 1939 = 100			
1939 Januar-Juni .	100	100	100	100
Dezember . .	122	120	116	113
1940 Dezember . .	140	150	143	148
1941 „ . .	180	219	158	216
1942 „ . .	249	293	188	506
1943 „ . .	291	330	230	451
1944 „ . .	328	340	250	427
1945 „ . .	.	347	242	431

Diese Länder, deren Währungsreserven sich im Laufe des Krieges wesentlich vermehrt haben, waren finanziell in der Lage, die Kurse ihrer Währungen nach Kriegsende aufrechtzuerhalten, und dies ist auch tatsächlich geschehen, obwohl das Ergebnis ein deflatorischer Druck auf die

Inlandspreise war. In der Türkei waren im Sommer 1946 z. B. die Preise für Textilwaren im allgemeinen um 50 v. H. und für Lederwaren sogar noch stärker gefallen; der Rückgang griff ausserdem auch auf die im Inland erzeugten Nahrungsmittel über; beispielsweise sank der Preis für Bohnen um 15 v. H. Diese Länder bilden aber eine Sondergruppe; für die anderen, wo der Preisauftrieb während des Krieges zurückgehalten wurde, war das Ergebnis wahrscheinlich ziemlich das gleiche, wie es China in und nach dem ersten Weltkrieg zu verzeichnen hatte: nachdem die Preise während des Krieges nicht gestiegen waren, erlitten sie auch nachher keinen starken Rückschlag.

Eine zweite wichtige Überlegung ist die, daß in mancher Hinsicht das Wirtschaftsleben vieler Länder diesmal einen Preisrückgang wahrscheinlich leichter ertragen wird, und zwar deshalb, weil jetzt eine weit geringere private Verschuldung vorhanden ist. Die Abnahme der privaten Verschuldung hat während der Depression von 1930–33 begonnen, als die Schuldner aufgefordert wurden, ihre in- und ausländischen Schuldverpflichtungen abzudecken; diese Welle des Schuldenabbaus hat zu einer raschen Schrumpfung des Kreditvolumens geführt. Ein weiterer Rückgang wurde in einer Anzahl von Ländern durch eine Reihe amtlicher Maßnahmen gefördert, die namentlich zu dem Zweck getroffen wurden, die landwirtschaftliche Verschuldung zu verringern. Auch bei den Industrie- und Handelsfirmen war eine wachsende Tendenz vorhanden, die Gewinne lieber wieder dem Unternehmen zuzuführen, als hohe Dividenden an die Aktionäre zu verteilen. Im Laufe des zweiten Weltkrieges wurde diese Tendenz auch durch steuerliche Erwägungen begünstigt, da Beträge, die man als laufende Ausgaben in Rechnung stellen konnte oder zu Abschreibungen beispielsweise auf die (einer raschen Entwertung entgegensehenden) mit der Kriegsanstrengung zusammenhängenden Anlagen verwendete, teilweise der scharfen Kriegsbesteuerung entgingen. Während des Krieges haben die Landwirte und viele andere Produzenten ein gutes Einkommen gehabt und tatsächlich einen recht erheblichen Teil ihrer Gewinne zum Abbau von Schulden verwendet. Es ist auch zu erwähnen, daß schon vor dem Kriege viele Länder die Kreditaufnahme durch Einzelpersonen und Firmen für spekulative Käufe von Börsenpapieren beschränkt hatten. Infolgedessen sind die auf derartige Wertpapiere ausgeliehenen Beträge heute im allgemeinen ganz gering, besonders im Vergleich zu den hohen Summen, die in den zwanziger Jahren in dieser Weise angelegt waren.

Die erwähnten Umstände — der im Verhältnis zu den Bewegungen nach dem ersten Weltkrieg mäßige Preisanstieg und der gegenwärtige niedrige Stand der privaten Verschuldung — werden allgemein und wohl auch mit Recht als gute Gründe für die Meinung angesehen, daß die Volkswirtschaften heutzutage einem Konjunkturrückgang weniger ausgesetzt sind als vor fünf- und zwanzig Jahren. Wenn infolge gesteigerter Produktion die gegenwärtige ausgeprägte Verkaufskonjunktur zu Ende geht, dürfte vielleicht eine zeitweilige Stockung, aber keine wirkliche Depression eintreten. Da die Nachfrage nach dauerhaften Verbrauchsgütern wie Häusern, Kraftwagen und Kühlschränken nicht rasch befriedigt werden kann, ist damit zu rechnen, daß eine verhältnismäßig

günstige Grundrichtung des Konjunkturverlaufs noch mehrere Jahre anhalten wird. In einer von der schwedischen Regierung dem Parlament im Frühjahr 1946 vorgelegten Aufzeichnung über die Richtung der konjunkturellen Entwicklung wurde die Auffassung vertreten, man könne mit verhältnismäßiger Sicherheit erwarten, daß das Wirtschaftsleben noch weitere vier oder fünf Jahre lang, d. h. bis 1950, durch eine gute Konjunkturlage gekennzeichnet sein werde; danach könnte allerdings das Produktionsvolumen wohl einen drückenden Einfluß auf die Preise ausüben, und es wurde vorsorglich darauf hingewiesen, daß dann vielleicht besondere Maßnahmen zur Verhütung einer Massenarbeitslosigkeit zu ergreifen sein würden.

Steht eine ähnliche Depression wie 1930-33 bevor?

Da vielfach gerade das Unerwartete eintritt, können Überlegungen, die sich über vier oder fünf Jahre in die Zukunft erstrecken, bestenfalls den Charakter von Vermutungen haben; trotzdem ist es aber nicht ohne Interesse, gewisse Elemente der Lage, wie sie nach dieser Zeit vermutlich bestehen wird, zu erörtern und mit den für die große Depression von 1930-33 hauptsächlich verantwortlichen Umständen zu vergleichen. Es ist heute allgemein anerkannt, daß die Heftigkeit jener Depression zum Teil auf dem Zusammenreffen einer rückläufigen Bewegung des gewöhnlichen Konjunkturzyklus und einer landwirtschaftlichen Depression beruhte und daß eine Liquiditätskrise den Ablauf der Dinge national und international noch verschlimmerte. Andererseits besteht weniger Einigkeit darüber, bis zu welchem Grade auch Goldknappheit oder Mangel an Anlagemöglichkeiten zu der Schwere der Depression beigetragen haben.

Zu der Frage des Abschwungs im Konjunkturverlauf, mit dem später einmal gerechnet werden kann, dürfen wir getrost sagen, daß die private Verschuldung wahrscheinlich nicht zu einem gefährlichen Umfang ansteigen wird; es ist so gut wie sicher, daß man eine ausreichende Kontrolle beibehalten wird, um z. B. die Kreditaufnahme für den Ankauf von Börsenpapieren zu Spekulationszwecken zu verhindern. Auf internationalem Gebiet sind die nach dem zweiten Weltkrieg gewährten Kredite größtenteils amtlicher Natur, und die vorgesehene Rückzahlung verteilt sich auf eine Reihe von Jahren; es handelt sich also nicht um kurzfristige Kredite, die der Gefahr eines plötzlichen Abrufs unterliegen. Im allgemeinen werden auch die internationalen Kapitalbewegungen vermutlich gut unter Kontrolle gehalten werden, wie es die Vereinbarungen von Bretton Woods vorsehen, und die Kontrolle wird hoffentlich so ausgeübt werden, daß sie weder die für die Erzielung eines grundlegenden Gleichgewichts notwendigen Angleichungen noch Kapitalübertragungen im Rahmen der regelmäßigen Anlagetätigkeit verhindert, die für den wirtschaftlichen Fortschritt so unentbehrlich ist. Wenn die Bevölkerung wie bisher weitgehend schuldenfrei bleibt und von den einzelnen Ländern nicht plötzlich eine Rückzahlung ihrer Schuldverpflichtungen gegenüber dem Ausland gefordert

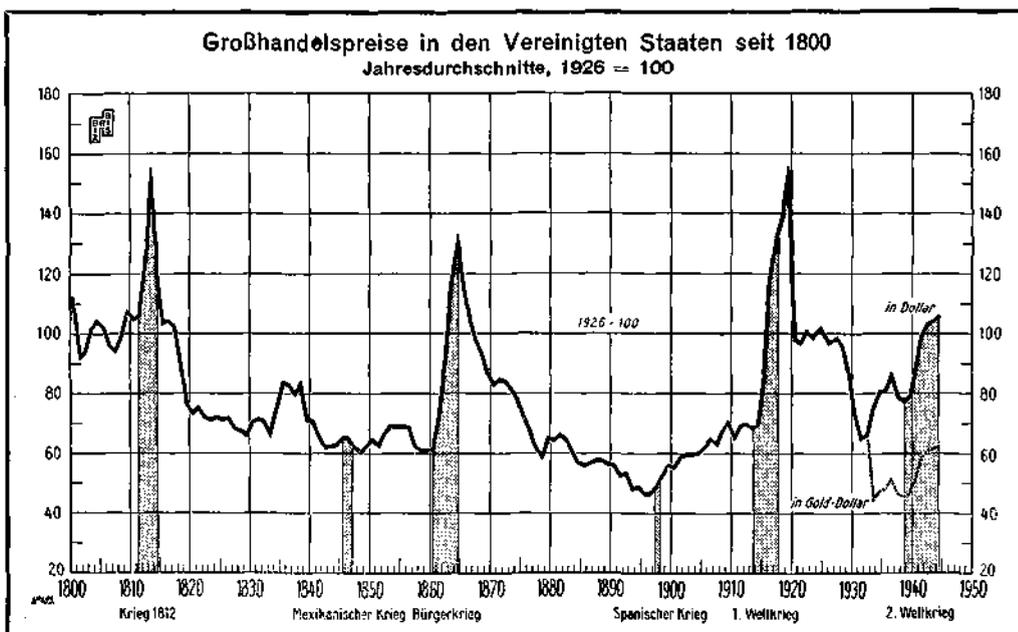
werden kann, werden die laufenden Einnahmen zur Deckung der laufenden Ausgaben für Konsum- oder Kapitalgüter verfügbar bleiben und erhebliche monetäre Störungen verhütet werden können.

Die landwirtschaftliche Depression, die schon vor 1930 zu Tage trat, hing mit der im ersten Weltkrieg vorgenommenen Erweiterung der Anbaufläche in den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Argentinien zusammen. In den Jahren 1910–1914 betrug die gesamte Weizenanbaufläche in diesen vier Ländern 35 Millionen Hektar, im Jahre 1929 aber 48 Millionen und 1930 sogar 53 Millionen Hektar. Als sich die Produktion in Europa, die während des ersten Weltkrieges um ein Fünftel gesunken war, wieder erholte und Rußland seine Weizenausfuhr wieder aufnahm, waren die Vorbedingungen für einen Rückgang der Getreidepreise gegeben, der sich dann allmählich auch auf andere landwirtschaftliche Erzeugnisse ausdehnte. Jedes Land bemühte sich nach Kräften um die Überwindung der landwirtschaftlichen Depression, vielfach mit Maßnahmen, welche die Inlandserzeugung anspornten, aber das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage am Weltmarkt wenig oder gar nicht berücksichtigten. Trotz der krisenhaften Lage in den ländlichen Bezirken nahm die Landbevölkerung im allgemeinen weiter zu, da auch die Industrie von der Depression erfaßt wurde und keine Anziehung auf die vom Lande stammende Bevölkerung ausübte, wo die Geburtenrate höher als in den Städten war. Die Weizenanbaufläche in den vier wichtigsten Produktionsländern, den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien und Argentinien, stieg weiter auf 57 Millionen Hektar im Jahre 1938. Während des zweiten Weltkrieges setzte jedoch eine Abwanderung vom Lande ein, und 1943 war die Weizenanbaufläche auf 40 Millionen Hektar gesunken, 1945 stieg sie allerdings wieder auf 47 Millionen Hektar, d. h. auf dieselbe Ziffer wie im Jahre 1929; inzwischen ist aber der Nahrungsmittelbedarf infolge der Bevölkerungszunahme gewachsen, und daher ist die Lage heute ganz anders als nach dem letzten Krieg. Zwar wird durch Aussaat neuer Sorten sowie durch die Verwendung verbesserter Maschinen und größerer Mengen von Düngemitteln wahrscheinlich das Wachstum des Getreides weniger abhängig von der Witterung werden; trotzdem dürfte aber die Gefahr einer Überentwicklung der Landwirtschaft heute gering sein. Abgesehen davon, daß 1,8 Millionen Landbewohner zum Kriegsdienst einrückten, hat die landwirtschaftliche Bevölkerung der Vereinigten Staaten im Laufe des Krieges 5 Millionen verloren, je zur Hälfte Arbeiter und Familienangehörige. Angesichts der raschen Umstellung und der günstigen Beschäftigungslage in der Industrie werden vermutlich nur wenige aufs Land zurückkehren; aus Kanada, Argentinien und Australien sind ebenfalls Klagen über den Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern zu vernehmen.

Gleichzeitig muß daran erinnert werden, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stärker gestiegen sind als das allgemeine Preisniveau und daß die Landarbeiterlöhne in der Regel bedeutend mehr erhöht wurden als die Lohnsätze der Industriearbeiter. Infolgedessen ist die Bezahlung der Landarbeiter mit den Verdiensten in anderen Wirtschaftszweigen besser in Einklang gebracht worden — eine Veränderung, die von Dauer oder auch nur vorübergehend sein kann. Wie in diesem Bericht auf Seite 14 dargelegt wurde,

spielen bei den Nahrungsmittelpreisen die Subventionen, die im wesentlichen von politischen Entscheidungen mit allen sich daraus ergebenden Komplikationen abhängen, eine bedeutende Rolle. Zwei Tatsachen stehen jedoch fest: diesmal hat in der Landwirtschaft eine Ausweitung, die irgendwie vergleichbar wäre mit dem, was sich im ersten Weltkrieg und nachher ereignet hat, nicht stattgefunden, und die Verschuldung der Landwirte ist jetzt geringer als jemals in den zwanziger Jahren (in einigen Gegenden der Vereinigten Staaten, für die besondere Erhebungen angestellt wurden, sind die Schulden der Landwirte im Durchschnitt nicht höher als im Jahre 1914 trotz der Veränderung des Geldwertes, die inzwischen stattgefunden hat).

Zu der mehr umstrittenen Frage, ob eine Goldknappheit etwas veranlaßt hat, was man eine säkulare Senkung des allgemeinen Preisniveaus nennen kann, die zur Heftigkeit der Depression beigetragen hätte, ist zu bemerken, daß der in den Jahren 1922-29 unternommene Versuch, die Preise durchschnittlich 40-60 v. H. über der Vorkriegshöhe zu stabilisieren, mit der früher nach großen Kriegen zu verzeichnenden Entwicklung nicht in Einklang steht. Ein Blick auf die Kurve der Preisbewegungen seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts läßt erkennen, daß die Preise in den Vereinigten Staaten nach dem Anstieg während der napoleonischen Kriege auf ihre Vorkriegshöhe zurückgingen und daß sie nach dem Auftrieb im amerikanischen Bürgerkrieg (1860-65) unter den Stand bei Kriegsbeginn fielen. Wenn gegenwärtig die Preise in den Vereinigten Staaten auch weit über denen vom Sommer 1939 liegen, so darf doch nicht vergessen werden, daß infolge der Änderung des Goldwertes des Dollars (in den Jahren 1933-34) die Preise von 1939 in Gold gerechnet niedrig waren. Im Durchschnitt weisen die Preise sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Großbritannien in Gold gerechnet etwa dieselbe Höhe auf wie 1914, d. h. sie lehnen sich eng an den Durchschnitt für die letzten 150 Jahre an.



Bei einer Betrachtung der Goldproduktion ist festzustellen, daß die gegenwärtige Förderung jährlich 27 Millionen Unzen (oder 840 000 kg) beträgt (bei Annahme einer Jahresproduktion von 3,5 Millionen Unzen in der Sowjetunion), also zwar hinter der Höchstziffer von 41 Millionen Unzen für 1940/41 zurücksteht, aber noch weit über der Durchschnittsausbeute der zwanziger Jahre liegt, in denen jährlich nur 19 Millionen Unzen gewonnen wurden. Im Hinblick darauf, daß die Goldproduktion in der Welt wieder ansteigt, ist es also nicht wahrscheinlich, daß eine zu geringe laufende Goldproduktion als preisdrückender Faktor wirksam sein wird.

Wenn der Friede in der Welt erhalten bleibt, ist auch die Wahrscheinlichkeit geringer, daß die Verteilung der laufenden Goldproduktion in gefährlicher Weise einseitig wird, denn man darf nicht vergessen, daß ein großer Teil des Goldes, das in den dreißiger Jahren nach den Vereinigten Staaten ging, als Träger des vor dem Schreckgespenst eines europäischen Krieges fliehenden Kapitals diente. Der Krieg selbst hat nachher zu einer besseren Verteilung der Bestände geführt, denn die Vereinigten Staaten besitzen jetzt nur etwas über die Hälfte der Währungsgoldbestände der Welt (unter Einschluß eines geschätzten Betrages für die nicht ausgewiesenen Reserven) gegenüber nahezu 70 v.H. im Jahre 1941. Die Goldverteilung muß natürlich von den

Die Goldgewinnung der Welt

Länder	1929	1940	1944	1945
	Gewicht in 1000 Unzen fein			
Südafrikanische Union	10 412	14 039	12 277	12 214
Kanada	1 928	5 311	2 923	2 651
Vereinigte Staaten ¹ . . .	2 208	6 003	1 002	997
Australien	426	1 644	658	648
Rhodesia	562	833	593	570
Britisch-Westafrika . . .	208	939	566	565
Kolumbien	137	632	554	507
Mexiko	652	883	509	499
Belgisch-Kongo	173	555	356	343
Nikaragua ²	12	155	225	200
Peru	121	281	200	200
Brasilien	107	264	178	195
Chile	26	343	204	179
Britisch-Indien	364	289	187	170
Neuseeland	120	186	142	142
Schweden	35	218	140	95
Venezuela	43	147	59	58
Sonstige Länder ³	1 656	8 279	7 227	6 767
Geschätzte Welterzeugung	19 200	41 000	28 000	27 000
	Wert in Millionen Dollars ⁴			
Wert der geschätzten Welterzeugung	672	1 435	980	945

¹ Einschließlich der in den Vereinigten Staaten eingegangenen Produktion der Philippinen.

² Für 1940, 1944 und 1945 Goldausfuhr, die etwa 90 v. H. der gesamten Erzeugung darstellt.

³ Geschätzt.

⁴ Zum gegenwärtigen Satz von 35 \$ je Unze Feingold.

zuständigen internationalen Institutionen sorgfältig überwacht werden, so daß eine Störung des Gleichgewichts gleich bemerkt wird und Abhilfemaßnahmen rechtzeitig ergriffen werden können. Sollte bei der kommenden Steigerung der Güterproduktion die Ausdehnung des Geldkaufkraftvolumens unzureichend sein, so müßten andere Maßnahmen ergriffen werden, um das Fehlende bereitzustellen. Zu diesen Maßnahmen können auch Geschäfte am offenen Markt gehören; sie können aber auch weiter gehen und sich auf eine direktere Erhöhung der effektiven Nachfrage nach Gütern und Leistungen erstrecken. Bei der Erwägung dieser Fragen sollte aber

Goldbestände
von Zentralbanken und Regierungen

Länder	Bestand am Jahresende			Ver- änderung im Jahre 1945	Bestand Ende März 1946
	1938	1944	1945		
Millionen Dollar (eine Unze Feingold = 35 Dollar)					
Argentinien ¹	431	1 111	1 351	+ 240	*
Schweiz ²	701	1 159	1 342	+ 183	1 362
Südafrika	220	814	914	+ 100	1 014
Kuba	111	191	+ 80	201
Venezuela	52	130	202	+ 72	212
Mexiko	29	222	294	+ 72	257
Uruguay	69	157	195	+ 38	195
Kolumbien	24	92	127	+ 35	131
Brasilien	32	329	354	+ 25	361
Türkel	29	221	241	+ 20	241
Schweden	321	463	482	+ 19	478
Spanien	525 ³	105	110	+ 5	111
Iran	26	128	131	+ 3	124
Chile	30	79	82	+ 3	82
Rumänien	133	483	485	+ 2	480
Kanada ⁴	192	6	7	+ 1	6
Britisch-Indien . . .	274	274	274	0	274
Tschechoslowakei . .	83	61	61	0	61
Ägypten	55	52	52	0	52
Neuseeland	23	23	23	0	23
Portugal	69	60	60	0	60
Großbritannien ⁵ . .	2 690	1	1	0	1
Peru	20	32	28	- 4	28
Dänemark	53	44	38	- 6	38
Belgien ⁶	581	732	716	- 16	755
Niederlande	998	500	270	- 230	270
Vereinigte Staaten ⁷	14 512	20 619	20 065	- 554	20 256
Frankreich ⁸	2 430	1 777	1 090	- 687	1 090
Ausgewiesene Bestände ⁹ . .	25 700	30 700	30 100	- 600	30 500
Nicht ausgewiesen	*	6 200	7 600	+ 1 400	7 500
Zusammen	*	36 900	37 700	+ 800	38 000

* Nicht bekannt.

¹ Einschließlich der Bestände der Zentralbank im Ausland und des Goldes des argentinischen Stabilisierungsfonds.

² Einschließlich des Goldes der schweizerischen Regierung, dessen Gegenwart sich am 31. Dezember 1945 auf 238 Millionen \$ und am 31. März 1946 auf 260 Millionen \$ belief.

³ Ende April 1938.

⁴ Im Mai 1940 wurde das Gold der Bank von Kanada dem Devisenamt übertragen. Seitdem Goldbestand des Finanzministeriums.

⁵ Ohne das Gold des Währungsausgleichsfonds, das im September 1938 einen Wert von 759 Millionen \$ hatte. Für spätere Zeitpunkte sind Ziffern über den Goldbesitz des Fonds nicht veröffentlicht worden; in dem im Dezember 1945 dem Parlament unterbreiteten Weißbuch, welches das „bei den Verhandlungen von Washington vorgelegte statistische Material“ enthält, werden aber die Netto-Gold- und Dollarreserven Großbritanniens am 31. August 1938 mit 864 Millionen (einschließlich eines geschätzten Betrages für die später beschlagnahmten privaten Gold- und Dollarbestände) und am 30. Juni und 31. Oktober 1945 mit 453 Millionen £ angegeben (für das zuletzt genannte Datum noch vorläufig).

⁶ Ohne die Bestände des Schatzamtes: 44 Millionen \$ im Dezember 1938 und 17 Millionen \$ im Dezember 1944 und 1945.

⁷ Ohne die Bestände des Stabilisierungsfonds: 80 Millionen \$ im Dezember 1938, 12 Millionen \$ im Dezember 1944 und 18 Millionen \$ im Dezember 1945.

⁸ Ohne das Gold des Stabilisierungsfonds und der Caisse Centrale de la France d'outre-mer, dessen Wert sich Ende 1938 auf 331 Millionen \$, Ende 1944 auf 220 Millionen \$ und Ende 1945 auf 468 Millionen \$ belief.

⁹ Schätzung unter Einschluß der sonstigen Länder. Z. T. revidierte Zahlen.

nicht übersehen werden, daß die laufende Goldförderung wie vor 1914 ausreichend sein kann (damals war sie mehr als ausreichend), um die gesamte notwendige Steigerung der monetären Nachfrage zu bewirken. Die Höhe der gegenwärtigen auf Goldbasis berechneten Preise schließt diese Möglichkeit nicht aus.

Ein anderer umstrittener Punkt ist der, ob ein echter Mangel an Anlagemöglichkeiten im Verhältnis zum Spartrieb zum mindesten teilweise eine Erklärung für die lang anhaltende wirtschaftliche Stagnation der dreißiger Jahre in den Vereinigten Staaten liefert. Vom europäischen Standpunkt aus muß es seltsam erscheinen, daß ein Land mit einer Bevölkerungszunahme von mehr als einer Million im Jahr und mit so reichen natürlichen Hilfsquellen nicht imstande sein sollte, genügend Anlagemöglichkeiten für die laufenden Ersparnisse zu finden. Die wirkliche Erklärung ist vielleicht, daß die praktische Beendigung der Einwanderung

zusammen mit der bedeutenden Ansammlung von Inlandskapital den Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft verlangsamt haben, so daß diese über erhebliche Unausgeglichenheiten nicht mehr hinwegschreiten konnte. Bei dem reichlicheren Angebot von Kapital in verschiedener Gestalt mußten die Zins- und Gewinnsätze zwangsläufig sinken; tatsächlich vermochten die niedrigeren Sätze aber nur schwer bis in die verschiedenen Teile des Zinsgefüges durchzudringen. Da eine größere Fülle ihre eigenen besonderen Probleme mit sich bringt, werden sich die für die öffentliche Politik und die Privatwirtschaft Verantwortlichen ebenso wie die Aktiengesellschaften, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in Zukunft mehr als bisher der Notwendigkeit bewußt sein müssen, umsichtige Maßnahmen zu ergreifen, um das Gleichgewicht wiederherzustellen, sobald es eine erheblichere Störung erfahren hat.

Eine Prognose auf wirtschaftlichem Gebiet wird dadurch erschwert, daß die internationale politische Entwicklung alle Anstrengungen, die zur Erzielung einer dauernden Gesundung jetzt unternommen werden, zunichte machen kann. Schon droht ein Zustand allgemeinen Mißtrauens sich als ein ernstliches Hindernis zu erweisen, und wenn dieses Mißtrauen durch die Ungewißheit über die künftige Form der Wirtschaftsorganisation noch verstärkt werden sollte, kann es zu einer schweren Belastung der Wirtschaft werden, die sich nicht für immer der günstigen Absatzkonjunktur zu erfreuen haben wird.

Schließlich muß dem wichtigen Umstand Rechnung getragen werden, daß in Zukunft die amtlichen Stellen bestimmt entschlossener als je zuvor eingreifen werden, um ein Abflauen der Wirtschaftstätigkeit und namentlich eine Massenarbeitslosigkeit zu verhüten. Es gibt aber kein einfaches Mittel zur Überwindung einer Depression. In den Jahren 1930–33 suchten einige Länder ihre Wirtschaft hauptsächlich durch Lohnsenkungen wieder ins Gleichgewicht zu bringen; aber obwohl die Lohnsätze in den Vereinigten Staaten und Deutschland um etwa 20 v. H. gekürzt wurden, ist ein Aufschwung auf diese Weise nicht erzielt worden. Andererseits haben sich auch ziemlich hohe ungedeckte Staatsausgaben als unwirksam erwiesen, wenn man es zuließ, daß die Kosten jäh in die Höhe gingen und infolgedessen die Steigerung der Produktivität hinter sich ließen. Am meisten Erfolg in der Politik der Krisenverhütung hatten anscheinend diejenigen Länder, welche die finanzielle Ausweitung mit einer Kostenangleichung verbanden, zu der auch die mannigfachen Bemühungen der einzelnen Firmen gehörten, ihr Unternehmen selbst auf eine angemessene Ertragsgrundlage zu stellen. Manchmal sind pessimistische Stimmen zu hören, die behaupten, daß die Regierungen nur „populäre“ Maßnahmen ergreifen, viele Mißverhältnisse aber unberichtigt lassen und dadurch die Depression tatsächlich verlängern würden; zum Glück werden zur Zeit die verschiedenen Gesichtspunkte einer zweckmäßigen Konjunkturpolitik eingehend erörtert, wobei neuerdings die Tendenz besteht, stärkeren Nachdruck auf die Kompliziertheit der Probleme zu legen und vor dem Glauben an leichte Lösungen zu warnen.

Eine richtige Einsicht in die Kompliziertheit des Wirtschaftslebens ist auch der beste Schutz gegen einen übertriebenen Glauben an die Möglichkeit,

die künftigen Wirtschaftsverhältnisse vorauszusagen. Die vorstehenden Darlegungen werden ihren Zweck erfüllt haben, wenn aus ihnen hervorgeht, daß ein etwa eintretender Konjunkturrückgang wahrscheinlich in wesentlichen Punkten von der Depression, die 1929 einsetzte, abweichen wird. Eine einfache Wiederkehr der damaligen Verhältnisse ist nicht möglich; deswegen dürfen auch die Maßnahmen, die zur Bekämpfung künftiger Schwierigkeiten geplant werden sollten, sich nicht vorbehaltlos von dem Gedanken daran leiten lassen, was sich „das letzte Mal“ ereignet hat.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzlage

Wie aus den früheren Ausführungen über die Lage in verschiedenen Ländern hervorgeht, ist gegenwärtig keine einheitliche Richtung der konjunkturellen Entwicklung in der Welt vorhanden.

In einigen Ländern ist die Unterbindung einer durch hohe Staatsfehlbeträge hervorgerufenen scharfen inflationistischen Preissteigerung noch immer die vordringlichste Aufgabe. Auf dem unsicheren Boden rasch wechselnder Währungswerte kann kein tragfähiges Gebäude errichtet werden. In Ungarn kam es zu einem vollständigen Zerfall des Pengö, der durch eine neue Währung ersetzt werden soll, und es ist Vorsicht geboten, damit ein ähnliches Schicksal nicht auch einer Reihe anderer Länder widerfährt. Der wirtschaftliche Wiederaufbau des größeren Teils des europäischen Kontinents und die dazugehörige politische Neugestaltung ist noch immer eine kaum in Angriff genommene Aufgabe, obwohl schon fünfzehn Monate seit der Einstellung der Feindseligkeiten in Europa vergangen sind. Außer politischer Sicherheit und einer starken Verwaltung, die den Gesetzen Nachachtung zu verschaffen vermag, bedarf es einer gesunden Haushaltsführung, einer genügenden Produktionssteigerung (die in der Regel eine reichere Versorgung mit Kohle und Rohstoffen erfordert) und auch einer Anpassung der Verpflichtungen gegenüber dem Ausland an die Zahlungsfähigkeit jedes Landes, wozu gegebenenfalls auch die Festsetzung und Einziehung angemessener Reparationszahlungen gehört.

Andererseits ist unter den Ländern, die ihre finanzielle Lage beherrschen (wenn auch ein voll befriedigender Ausgleich noch nicht in allen Fällen erreicht ist), eine verhältnismäßig kleine Gruppe bemerkenswert, nämlich Ägypten, Palästina, Portugal und die Türkei, wo die Inlandspreise weit über dem allgemeinen Weltniveau liegen und daher einem starken Zug nach unten unterworfen sind, der auf die Konjunktur deprimierend wirkt (siehe Seite 49/50). In der Mehrzahl der Länder steht die Lage aber im Zeichen einer beispiellosen Nachfrage, die sich aus den laufenden Bedürfnissen ergibt und sich auf die während des Krieges angesammelten Geldmittel stützt. In diesen Ländern ist die Preis- und Lohnentwicklung entschieden nach oben gerichtet

bei Knappheit des Arbeitsmarktes und einem hohen Stand der Anlagetätigkeit, den bezeichnenden Merkmalen einer an Überbeschäftigung grenzenden intensiven Hochkonjunktur. Nach den Grundsätzen einer ausgleichenden Konjunkturpolitik, die nicht nur die Fachleute der Wirtschaftswissenschaft aufgestellt, sondern die sich eine Reihe von Ländern auch amtlicherseits zu eigen gemacht haben, erfordert die gegenwärtige Wirtschaftslage in diesen Ländern einen reichlichen Haushaltsüberschuß unter Zurückstellung aller nicht dringend notwendigen staatlichen Projekte, damit die Anspannung der nationalen Hilfsquellen gemildert und eine Reserve von öffentlichen Arbeiten gebildet wird, die unternommen werden können, wenn die Konjunktur umschlägt und wieder Erwerbslosigkeit eintritt. In Zeiten, wo leicht Beschäftigung zu finden ist, können die Regierungen die Gelegenheit ergreifen, die Militär- und Zivilausgaben, die im Kriege über die normalen Bedürfnisse aufgebläht waren, zu beschneiden.

In der günstigsten Lage befinden sich naturgemäß die Länder, in denen Hochkonjunktur herrscht, und an sie mußten sich auch andere Länder wenden, um die von ihnen dringend benötigten Auslandskredite zu erhalten.¹ Die Erteilung solcher Kredite erhöht selbstverständlich den Druck in den ausleihenden Ländern; da aber an einer allgemeinen Gesundung in der Welt viel gelegen ist, muß zwischen den widerstreitenden Überlegungen ein gesunder Mittelweg gesucht werden. Tatsächlich sind zwischen dem Sommer 1944 und Ende Juni 1946 Auslandsanleihen und -kredite im Werte von 11 bis 12 Milliarden Dollar ausdrücklich zur Hilfe bei der Lösung von Nachkriegs-problemen abgeschlossen worden. Diese Anleihen und Kredite hatten fast ausnahmslos einen amtlichen Charakter; sie wurden daher im allgemeinen durch Vertreter der Finanzverwaltung der betreffenden Länder vereinbart; die ausgeliehenen Beträge stammen aus öffentlichen Mitteln, und die Regierungen sind für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen verantwortlich. Diese amtliche Kreditgewährung zerfällt in zwei große Gruppen:

1. Zeitlich begann sie mit den Krediten auf Grund der Zahlungsabkommen, die (hauptsächlich in Europa) zwischen den Regierungen abgeschlossen wurden, deren Durchführung aber den Zentralbanken obliegt. Die Kredite haben die Form gegenseitiger Überziehungskredite, wobei entweder bestimmte Höchstgrenzen festgesetzt oder die einzuhaltenden Verhältnisse der gegenseitigen Kreditgewährung vereinbart sind. Es wurden rund dreißig Abkommen dieser Art geschlossen, wobei versucht wurde, sich möglichst an eine einheitliche Form zu halten, um den Überblick über die ganze Kreditverflechtung zu erleichtern und außerdem restriktive Einflüsse zweiseitigen Charakters zu vermeiden. Der Gesamtbetrag der durch diese Abkommen gewährten Fazilitäten dürfte 1,3 Milliarden Dollar erreichen, da aber die in Anspruch genommenen Beträge miteinander verrechnet werden, überzieht nur die eine Seite das Konto, so daß der tatsächlich in Anspruch genommene Betrag weniger als die Hälfte der vereinbarten Gesamtsumme ausmacht.

¹ Siehe Monats-Bulletin der National City Bank of New York für April 1946 und Monatsbericht der Federal Reserve Bank of New York für Juni 1946.

2. Der Hauptteil der Kredite wurde in Form besonderer Anleihen und Kredite von den großen Gläubigernationen gewährt — in erster Linie von den Vereinigten Staaten und Kanada, bis zu einem gewissen Grade aber auch von Schweden, der Schweiz und Großbritannien. Die meisten dieser Anleihen sind langfristig, es wurden aber auch einige kurzfristige Kredite abgeschlossen (ein Kredit von 300 Millionen Dollar wurde von den Vereinigten Staaten den Niederlanden gewährt, dazu kommen eine Anzahl von Krediten auf Grund der bestehenden Exportgarantiesysteme).

Die von den Vereinigten Staaten gewährten Anleihen und Kredite belaufen sich auf nahezu 7 Milliarden Dollar und zerfallen in drei Gruppen. Die Export-Import-Bank, deren Ausleihungskapazität von 0,7 auf 3,5 Milliarden Dollar erhöht wurde, hatte bis Ende Mai 1946 Kredite im Gesamtbetrag von über 2,1 Milliarden Dollar genehmigt, wovon 1,87 Milliarden Dollar für Europa, 195 Millionen Dollar für Asien und 76 Millionen Dollar für Südamerika bestimmt waren. Bemerkenswert ist, daß Ende März 1946 von dem bis dahin genehmigten Gesamtbetrag nur 169 Millionen Dollar tatsächlich ausgezahlt waren, da eine rasche Lieferung von Maschinen und anderer Ausrüstung schwer zu erhalten war.

Eine zweite Gruppe bilden die Kreditvereinbarungen im Zusammenhang mit der Beendigung des Leih-und-Pacht-Verkehrs und mit der Finanzierung des Verkaufs von überschüssigem amerikanischem Eigentum im Auslande. Hierfür haben Großbritannien 650 Millionen und Frankreich 720 Millionen Dollar erhalten; weitere Abmachungen werden nach und nach nicht nur mit den Ländern getroffen, zu deren Gunsten das Leih-und-Pacht-System angewandt wurde, sondern auch mit anderen Ländern; u. a. haben Italien, Finnland und Ungarn Kredite zur Finanzierung des Ankaufs von überschüssigem Material erhalten.

Die dritte Gruppe besteht aus einer einzelnen, unmittelbar vom Kongreß genehmigten Anleihe, nämlich der im Rahmen eines allgemeinen Finanzabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien der britischen Regierung gewährten Kreditzusage von 3,75 Milliarden Dollar.

Die von Kanada eingeräumten Kredite beziffern sich auf den Gegenwert von 1 645 Millionen USA-Dollar; hiervon erhielten Großbritannien 1 125 Millionen, Westeuropa 450 Millionen, China 54 Millionen, Niederländisch-Ostindien 13 Millionen und die Sowjetunion 3 Millionen Dollar.

Die direkten Kredite Großbritanniens umfassen eine Anleihe von 10 Millionen Pfund an Griechenland und eine solche von 6 Millionen Pfund an die Tschechoslowakei; sonst handelt es sich bei den britischen Ausleihungen größtenteils um Fazilitäten auf Grund der Zahlungsabkommen.

Die für Wiederaufbau- und Handelszwecke gewährten Kredite Schwedens belaufen sich auf den Gegenwert von 242 Millionen Dollar, wovon etwa 100 Millionen Dollar auf gegenseitige Kredite in Zahlungsabkommen entfallen, während die Schweiz währungspolitische und andere Kredite im Gesamtwert von 180 Millionen Dollar gewährt hat, zumeist in Form von Zahlungsabkommen oder Exportkreditgarantien.

Der private Kreditverkehr für Handelszwecke hat bisher nur ein beschränktes Ausmaß erreicht. Handelsbanken in den Vereinigten Staaten haben den Niederlanden und Norwegen Kredite von 100 Millionen und 16 Millionen Dollar eingeräumt; außerdem wurden im März 1946 Abmachungen getroffen, die es den Handelsbanken ermöglichen, sich an einem neuen 200-Millionen-Dollar-Kredit der Export-Import-Bank an die Niederlande zu beteiligen. Auch in der Schweiz haben sich die bedeutendsten Handelsbanken an Krediten beteiligt, die mit ausländischen Regierungen vereinbart wurden. Im Mai 1946 gewährte eine britische Bank einer Gruppe von Handelsbanken in Prag einen Revolving-Kredit von 1 Million Pfund Sterling, für den die Tschechoslowakische Nationalbank die Garantie übernommen hat.

Neben diesen besonderen Transaktionen finanzieren natürlich die Handelsbanken in vielen Ländern nach wie vor den Außenhandel durch Kredite, die den Aus- und Einfuhrfirmen in der Landeswährung eingeräumt werden; außerdem nehmen sie auch die Verbindung mit ausländischen Banken wieder auf, wobei Kredite im Rahmen der üblichen Geschäfte vereinbart werden.

Die Federal Reserve Bank of New York gibt in ihrem Monatsbericht für Juni 1946 eine Übersicht über die Kreditaufnahme einiger europäischer Länder, soweit sie bekannt geworden ist. Da nach der Veröffentlichung dieser Aufstellung die Anleihe an die britische Regierung ratifiziert worden ist, wird die Tabelle hier mit Einschluß dieser Anleihe wiedergegeben.

**Auslandskredite europäischer Länder
seit dem Waffenstillstand**

Großbritannien	Frankreich	Niederlande	UdSSR	Belgien
Millionen Dollar der Vereinigten Staaten				
Vereinigte Staaten . . 4 400	Vereinigte Staaten . . 1 920	Vereinigte Staaten . . . 400	Vereinigte Staaten . . 400	Vereinigte Staaten . . . 100
Kanada . . 1 125	Großbritannien . . 440	Kanada . . . 112	Kanada . . . 3	Kanada . . . 91
Schweiz . . 60	Kanada . . 218	Schweiz . . . 18		Schweden . . 24
Schweden . *	Schweiz . . 58	Schweden . . 18		Schweiz . . . 12
	Argentinien . 36	Großbritannien . *		Großbritannien . *
Zusammen . 5 600	Zusammen 2 700	Zusammen . . 550	Zusammen . 403	Zusammen . . 230

* Nicht bekannt.

Anmerkung: Dem Charakter der Unterlagen entsprechend sind die angegebenen Gesamtbeträge nur Näherungswerte, die gegebenenfalls revidiert werden müssen.

Der größte Kreditgeber sind die Vereinigten Staaten; aber obwohl die in Betracht kommenden Summen für Friedensverhältnisse bedeutend sind und über die ausgeliehenen Beträge zum größten Teil noch nicht verfügt ist, bildet die Höhe der in Frage stehenden Summen doch keine Gefahr, vorausgesetzt, daß in der amerikanischen Wirtschaft ein großes Produktionsvolumen beibehalten werden kann. So ist für die reicheren wie für die ärmeren Staaten — besonders aber für die durch den Krieg geschädigten — die wichtigste Aufgabe überall die gleiche: die Industrie in Gang zu setzen und

die landwirtschaftliche Erzeugung zu steigern, so daß die Versorgung ausreicht, nicht nur den Hunger zu bannen, sondern auch die volle Arbeitsleistung zu erreichen.

Ein Schritt auf dem Wege zu normaleren Verhältnissen wurde mit der stufenweise vorzunehmenden Freigabe der im Kriege durch Maßnahmen des amerikanischen Schatzamtes blockierten Guthaben getan. Im Laufe des Jahres 1945 wurden Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und den Regierungen mehrerer europäischer Länder, die Mitglieder der Vereinigten Nationen sind, eingeleitet, wobei Vereinbarungen erzielt wurden, auf Grund deren die den europäischen Ländern gehörenden Guthaben von der Kontrolle in allen den Fällen befreit wurden, wo nachgewiesen werden konnte, daß diese Guthaben weder unmittelbar noch mittelbar früheres Feindeigentum wären. Und im Frühjahr 1946 wurden Verhandlungen mit einzelnen neutralen Staaten aufgenommen, um sowohl das Verfügungsrecht über die deutschen Vermögenswerte in diesen Ländern wie auch eine Reihe verwandter Fragen zu regeln, wobei Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten im Namen der alliierten Regierungen handelten.

Mit der Schweiz wurde ein Abkommen erzielt, wonach alle Interessen von in Deutschland wohnhaften deutschen Staatsangehörigen an Vermögenswerten in der Schweiz liquidiert werden¹; die Hälfte des Erlöses wurde zusammen mit 250 Millionen Schweizer Franken in Gold, die von der Schweiz zu zahlen sind, den Alliierten zugesprochen. Als Gegenleistung haben die Alliierten alle weiteren Forderungen gegenüber der Schweiz im Zusammenhang mit dem Gold, das diese während des Krieges von Deutschland erworben hat, fallen lassen.

Auch mit Schweden wurde ein Abkommen geschlossen, das die Liquidierung gewisser deutscher Vermögenswerte in diesem Lande vorsieht. Von den auf 370 Millionen schwedische Kronen geschätzten deutschen Aktiven waren 150 Millionen Kronen den drei alliierten Regierungen zu überlassen, die den Betrag zum Ankauf von Waren für die deutsche Wirtschaft verwenden sollten. Schweden erklärte sich außerdem bereit, eine Schenkung in Form zweier zusätzlicher Beiträge zum Nachkriegswiederaufbau und für Entschädigungen zu machen, und zwar sollen 50 Millionen Kronen dem intergouvernementalen Flüchtlingsausschuß zur Verwendung für die Entschädigung und Neuansiedlung nicht repatriierbarer Opfer deutscher Maßnahmen und 75 Millionen Kronen für die Unterstützung und den Wiederaufbau der an der Pariser Reparationskonferenz vertretenen geschädigten Länder verwendet werden. Schließlich willigte Schweden ein, das von ihm erworbene monetäre Gold, soweit es erwiesenermaßen von Deutschland geraubt wäre, zurückzugeben;

¹ Die Liquidierung bezieht sich nicht auf die Vermögenswerte der in der Schweiz wohnhaften deutschen Staatsangehörigen, die sich nach den Ergebnissen einer von den schweizerischen Behörden im Herbst 1945 durchgeführten Erhebung auf etwa 375 Millionen Schweizer Franken bei einem Gesamtbetrag von 690 Millionen Franken für die gesamten deutschen Aktiven in der Schweiz beziffern. Die von der Liquidierung betroffenen Deutschen sollen in deutschem Geld für die Werte, auf die sie Verzicht leisten müssen, entschädigt werden.

die rückzuerstattende Menge beläuft sich auf etwa 7 000 Kilogramm im Werte von etwa 30 Millionen Kronen.

Im Rahmen der mit den beiden neutralen Ländern erzielten Einigung sollten außerdem die in den Vereinigten Staaten blockierten schweizerischen und schwedischen Vermögenswerte nach einem besonderen Verfahren freigegeben sowie die im Kriege eingeführten „schwarzen Listen“ abgeschafft werden. Die Verhandlungen zwischen diesen beiden neutralen Staaten und den alliierten Regierungen sind stark beachtet worden, es ist aber wichtig, die Tatsache nicht aus dem Auge zu verlieren, daß fortgesetzt auch andere, weniger auffallende Verhandlungen stattfinden, die vielfach zur Aufhebung einzelner Verbote und Beschränkungen aus der Kriegszeit führen. So wird ein Schritt nach dem anderen getan, um die Wirtschaft von der strengen staatlichen Kontrolle zu befreien, der sie im Kriege unterstellt wurde.

Die Geschäfte der Bank im Berichtsjahr

1. Die Tätigkeit der Bankabteilung

Als Anlage I zu diesem Bericht ist die von den Buchprüfern bestätigte Bilanz unserer Bank vom 31. März 1946 wiedergegeben. Sie schließt mit einer Summe von 451,4 Millionen Schweizer Goldfranken (von 0,2903... Gramm Feingold) gegenüber 458,7 Millionen am 31. März 1945. Die Umrechnung der in der Bilanz zusammengefaßten Landeswährungen beruht wie in den früheren Jahren auf dem amtlichen Goldverkaufspreis des amerikanischen Schatzamtes und den am Abschlußtag notierten Wechselkursen der einzelnen Währungen in Dollar. Die Unterschiede zwischen den Kursen an den beiden oben erwähnten Tagen sind so gering, daß sie kaum einen Einfluß auf die Konten der Bank gehabt haben.

Die auf dem Gebiete des Geldwesens teilweise noch immer herrschende Unsicherheit hat sich wie bisher auf die Umsätze der Bank ausgewirkt, die einen weiteren Rückgang aufweisen. Die Bank konnte sich aber in erhöhtem Maße mit der Bereinigung gewisser Angelegenheiten befassen, die während des Krieges notwendigerweise in der Schwebe bleiben mußten. Die Fühlung mit den Zentralbanken und ihren Vertretern ist enger und regelmäßiger geworden; z. B. war es der Bank möglich, sich über die währungs- und finanzpolitische Entwicklung in den verschiedenen Teilen der Welt, namentlich aber in Europa, vollständig auf dem laufenden zu halten. Sie hat Angelegenheiten von allgemeiner währungspolitischer Bedeutung studiert, insbesondere die Entwicklung der Zahlungsabkommen und deren Einfluß auf den Handel sowie einige allgemeinere Fragen der Währungs- und Handelsbeziehungen zwischen den betreffenden Ländern.

Die monatliche Ausweissumme der Bank bewegte sich fast das ganze Jahr hindurch innerhalb sehr enger Grenzen unterhalb der Anfangsziffer von 458,7 Millionen Goldfranken; nachdem sie am 28. Februar 1946 noch 455,5 Millionen Goldfranken betragen hatte, fiel sie am 31. März auf 451,4 Millionen.

Das in der Bilanz nicht erscheinende, für fremde Rechnung deponierte Gold ging von 51,4 Millionen Goldfranken am 31. März 1945 auf 49,5 Millionen am 31. Januar 1946 zurück und hielt sich dann bis zum Ende des Geschäftsjahres auf dieser Höhe.

Zur Entwicklung der wichtigsten Bilanzposten vom 31. März 1945 bis zum 31. März 1946 ist folgendes zu bemerken:

A. Passiva

Die Reserven betragen unverändert 19,9 Millionen Goldfranken, und der Posten „Sonstiges“, der am 28. Februar 1946 auf 59,4 Millionen gestiegen war, stellte sich am Schluß des Geschäftsjahres auf 55,9 Millionen.

Die Einlagen von Zentralbanken für eigene Rechnung sind von 7,9 Millionen Goldfranken am 31. März 1945 ziemlich gleichmäßig auf 3,7 Millionen am 31. März 1946 zurückgegangen.

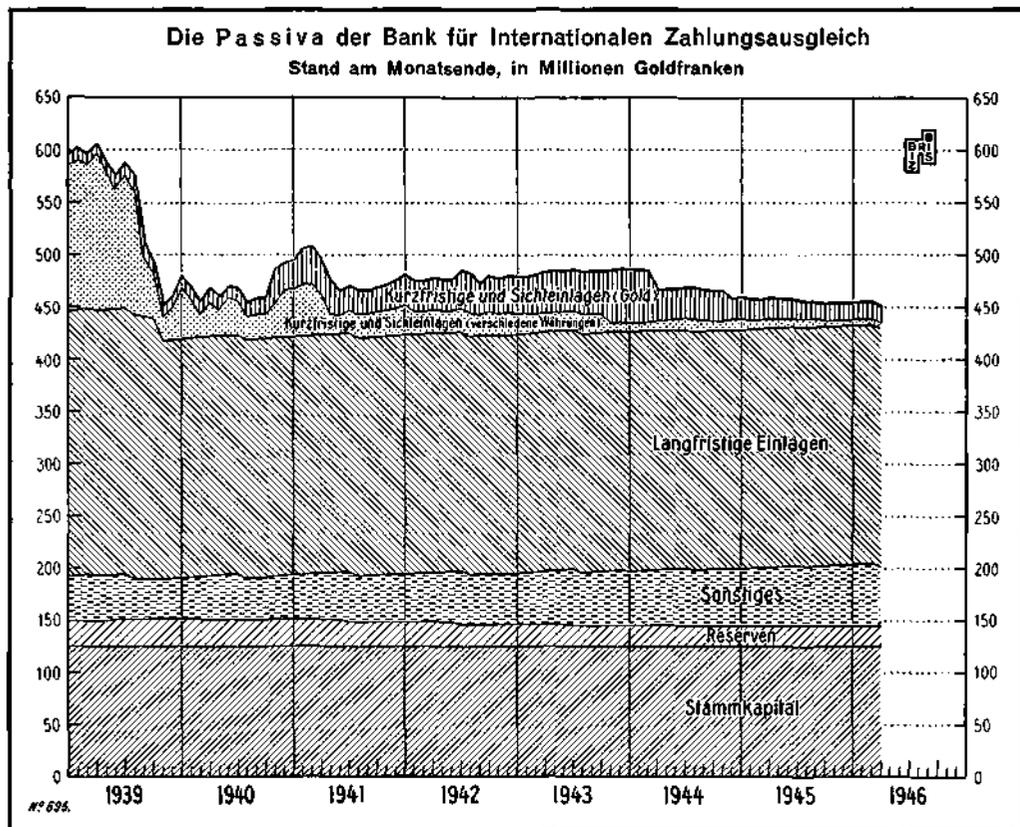
Die Einlagen von Zentralbanken für Rechnung Dritter hielten sich bis zum 30. November 1945 in der Nähe ihrer Anfangsziffer von 1,2 Millionen, sanken dann aber auf 0,6 Millionen und blieben auf diesem Stande bis zum Ende des Geschäftsjahres.

Die Einlagen anderer Einleger erhöhten sich leicht von 778 000 Goldfranken am 31. März 1945 auf 959 000 am 28. Februar 1946 und betragen am Schlusse des Geschäftsjahres 445 000 Goldfranken.

Die auf Goldgewicht lautenden Einlagen, die am 31. März 1945 einen Gegenwert von 18,8 Millionen Goldfranken hatten, gingen am 31. Juli auf weniger als 17 Millionen zurück und blieben bei dieser Ziffer bis zum 31. März 1946.

Die Geschäfte zur Abwicklung internationaler Zahlungen der Post-, Telegraphen- und Telephonverwaltungen sind an Anzahl und Umfang gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen. Die Wiederkehr normaler Verhältnisse wird aber zweifellos eine Neubelebung der Tätigkeit auf diesem Gebiet mit sich bringen.

Die Zahl der Inhaber von Goldkonten bei der Bank belief sich am 31. März 1946 auf 25 gegenüber 26 ein Jahr zuvor.



B. Aktiva

Auf der Aktivseite zeigt die Bilanz vom 31. März 1946 gegenüber der vorjährigen beträchtliche Abweichungen. Infolge der Ereignisse in Deutschland mußten die Anlagen der Bank in diesem Lande an anderer Stelle in die Bilanz eingesetzt werden. Diese Anlagen wurden ausnahmslos in den Jahren 1930–31 in Erfüllung bestimmter Verpflichtungen vorgenommen, die der Bank durch die Haager Vereinbarungen von 1930 und die dazugehörigen Dokumente auferlegt waren, und genießen den Schutz der in diesen Vereinbarungen vorgesehenen Sonderrechte. Die Bank hat die Aufmerksamkeit der beteiligten Regierungen auf die ihr gemäß den Haager Vereinbarungen zustehenden Rechte hinsichtlich dieser Anlagen gelenkt und auf deren Zusammenhang mit den langfristigen Einlagen hingewiesen, welche die Bank auf Grund derselben Vereinbarungen erhalten hat.

Beim Vergleich der verschiedenen Posten auf der Aktivseite der Bilanz zu Beginn und am Ende des Geschäftsjahres müssen die von der Bank in der Gliederung ihrer Aktiva vorgenommenen Änderungen berücksichtigt werden. Insbesondere ist der Posten, der früher die Bezeichnung „Andere Wechsel und Anlagen“ trug und in „Staatsschuldverschreibungen“ und „Verschiedene Anlagen“ gegliedert war, die beide in den Monatsausweisen auch noch nach Fälligkeiten aufgeteilt wurden (mit Fälligkeit bis zu drei Monaten, von drei bis sechs Monaten, von mehr als sechs Monaten), nunmehr durch einen Posten mit der Bezeichnung „Andere Wechsel, Anlagen und Forderungen“ ersetzt worden, der aufgeteilt ist in „Staatsschuldverschreibungen“ und „Andere Wechsel, verschiedene Anlagen und Forderungen“, aber keine Untergliederung nach Fälligkeiten aufweist.

Im großen ganzen ist jedoch festzustellen, daß in der Zusammensetzung der Aktiva der Bank zwischen dem 31. März 1945 und 28. Februar 1946 nach den Monatsausweisen keine nennenswerten Änderungen eingetreten sind.

Der Bestand der Bank an unbelastetem eigenem Gold hat während des Geschäftsjahres weiter zugenommen; gegenüber 95,2 Millionen Goldfranken am 31. März 1945 bezifferte er sich am 31. März 1946 auf 103,2 Millionen und kam damit sehr nahe an den Höchstbetrag des Jahres heran.

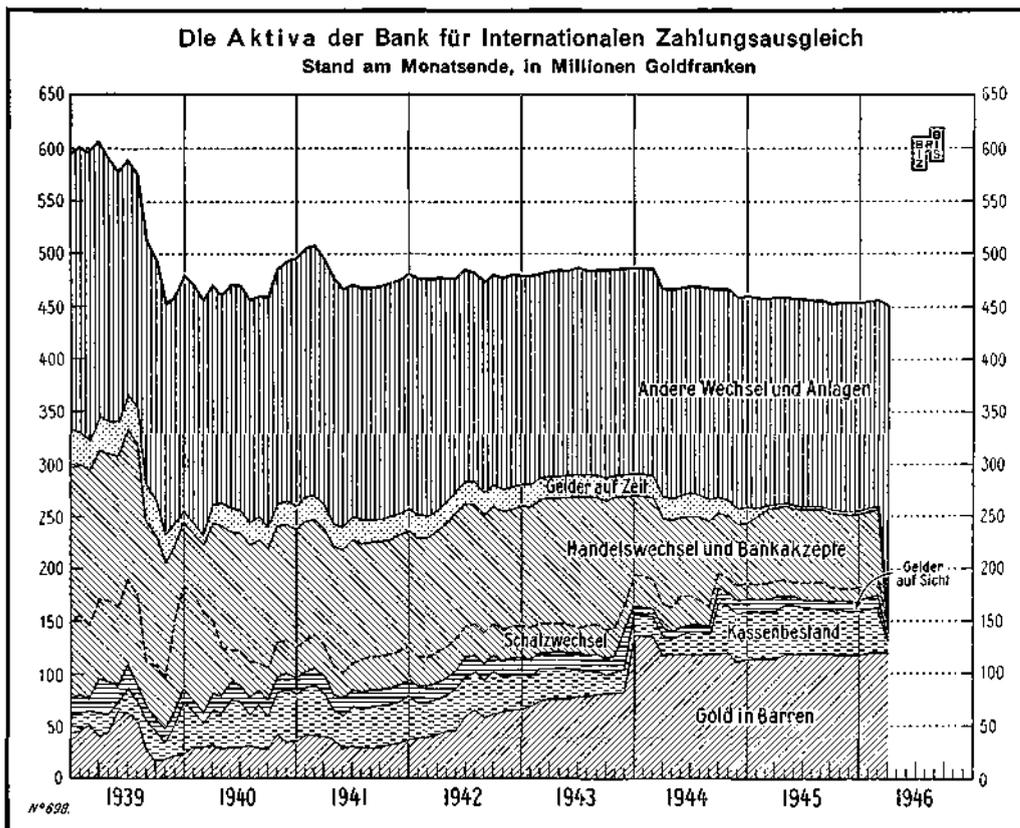
In der Form der Anlagen der Bank ist keine Neuerung eingetreten; erwähnt sei lediglich, daß im Berichtsjahr — noch mehr als in den Vorjahren — alles getan wurde, um diese Anlagen möglichst flüssig zu halten.

Wie im Bericht für das fünfzehnte Geschäftsjahr ausgeführt wurde, hat die Bank aus Deutschland Gold- und Devisenbeträge überwiesen erhalten, die ausreichten, die Transferierung aller bis zum Abschluß des am 31. März 1945 beendeten Geschäftsjahres aufgelaufenen Diskont- und Zinsbeträge zu bewirken und sogar die Gesamtsumme der 1930 und 1931 in Ausführung der Haager Vereinbarungen in Deutschland vorgenommenen Anlagen während der Dauer der Feindseligkeiten etwas zu vermindern. In dem am 31. März 1946 abgelaufenen Jahre sind solche Zinsüberweisungen nicht mehr eingegangen, und wenn die Bank auch im Hinblick auf ihre besonderen Rechte

auf Grund der Haager Vereinbarungen Ihren Anspruch auf die Bedienung ihrer Anlagen in Deutschland aufrechterhält, ist doch in die Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Berichtsjahr kein Betrag für derartige Einnahmen eingesetzt worden. Dies bedeutete eine ganz erhebliche Verminderung der Einnahmen der Bank, besonders weil ein wesentlicher Teil der Anlagen mittelfristig und infolgedessen verhältnismäßig hoch verzinslich ist.

In allen anderen Fällen sind die aufgelaufenen Zinsen auf die Anlagen der Bank während des sechzehnten Geschäftsjahres ordnungsgemäß eingegangen; sie haben aber infolge der zur Verbesserung der Liquidität der Bank ergriffenen Maßnahmen weiter abgenommen.

Im fünfzehnten Jahresbericht wurden damals noch im Gange befindliche Verhandlungen erwähnt, die einen Teil des Besitzes der Bank an Schatzwechseln betrafen. Auch in diesem Falle konnte durch beiderseitiges, die Schwierigkeiten der Zeit berücksichtigendes Entgegenkommen eine Einigung erzielt werden, und mit Genugtuung kann dies als weiteres Beispiel für den Geist der Zusammenarbeit verzeichnet werden, den die Bank im Verkehr mit ihren Korrespondenten immer wieder feststellen konnte.



Auf die Kredite, welche die Bank vor dem Kriege der Ungarischen Nationalbank gewährt hatte, sind die vertraglich vorgesehenen Rückzahlungen geleistet worden; der eine der beiden Kredite ist nunmehr vollständig zurück-

gezahlt; der am 31. März 1946 ausstehende Restbetrag des anderen ist ganz geringfügig und durch Werte, die sich im Besitz der Bank befinden, gesichert.

Hinsichtlich der infolge des Krieges unerledigt gebliebenen Geschäfte sei das folgende Beispiel angeführt: wenn im Kriege bei einer und derselben Zentralbank zwei Leitungen bestanden, die eine in der Hauptstadt des betreffenden Landes und die andere auf dem Gebiet einer der Vereinigten Nationen, hat die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Verteilung ihrer Dividende ausgesetzt und an keine der beiden Verwaltungen Zahlung geleistet, abgesehen von besonderen Fällen, in denen, wie im fünfzehnten Jahresbericht erwähnt, die Zahlung der Dividende eine Verrechnung mit Forderungen der Bank möglich machte.

Sobald aber die Feindseligkeiten eingestellt waren und die Lage sich zu klären begann, wurde beschlossen, die Dividenden zu zahlen, sofern keine Ungewißheit mehr über die rechtliche oder faktische Lage bestand; die Zahlung wurde dann nach den Richtlinien vorgenommen, wie sie in den seinerzeit gefaßten Beschlüssen niedergelegt waren. In allen Fällen jedoch, wo noch Zweifel bestanden über die Währungen, in denen die Zahlung zu leisten wäre, oder über die Befugnis der Begünstigten, über die gezahlten Beträge tatsächlich zu verfügen, wurde beschlossen, diese auf besonderen Konten zu belassen, welche die Begünstigten in Anspruch nehmen können, sobald ihre rechtliche und tatsächliche Lage geklärt sein wird. Überdies wurden diese Beträge in Gold umgewandelt, um sie der Gefahr von Währungsschwankungen zu entziehen.

2. Die Bank als Treuhänder und Agent

In der Tätigkeit der Bank als Treuhänder und Agent war im Berichtsjahr keine Änderung oder weitere Entwicklung zu verzeichnen.

3. Die finanziellen Ergebnisse

Die Rechnungen für das am 31. März 1946 abgelaufene sechzehnte Geschäftsjahr schließen mit einem Reinverlust von 616 581,45 Schweizer Goldfranken ab, wobei 1 Schweizer Goldfranken, wie sich aus Artikel 5 der Satzung der Bank ergibt, den Gegenwert von 0,290 322 58... Gramm Feingold darstellt. Dem steht ein Überschuß von 4 429 562,41 Goldfranken für das fünfzehnte Geschäftsjahr gegenüber. Für die Bilanz vom 31. März 1946 wurden die Aktiva und Passiva aus den einzelnen Währungen auf Grund der notierten oder amtlich festgesetzten Wechselkurse oder gemäß besonderen, für die betreffenden Währungen geltenden Vereinbarungen umgerechnet; alle Aktiva sind, soweit Börsennotierungen vorliegen, zu diesen oder darunter, sonst höchstens zum Einstandspreis eingesetzt.

Zur Deckung des Überschusses der Ausgaben über die Einnahmen für das Berichtsjahr wurden 616 581,45 Goldfranken dem besonderen Zwischenkonto 1944/45 entnommen. Dieses Konto war beim Abschluß des fünfzehnten

Geschäftsjahres errichtet worden, als entschieden wurde, daß angesichts der damaligen außergewöhnlichen Verhältnisse die größtmögliche Vorsorge für künftige unvorhergesehene Ausgaben notwendig sei und daher der ordentlichen Generalversammlung nicht vorgeschlagen werden könne, entsprechend Artikel 48 b der Statuten der Bank „Zuweisungen an den Reservefonds und die Sonderrücklagefonds vorzunehmen sowie die Erklärung einer Dividende und deren Höhe zu prüfen“. Aus diesem Grunde wurde der Überschuß von 4 429 562,41 Goldfranken auf ein besonderes Zwischenkonto 1944/45 übertragen. Nach Abzug des für das sechzehnte Geschäftsjahr entnommenen Betrages verbleiben auf diesem Konto noch 3 812 980,96 Goldfranken. Da die Dividenden für die Geschäftsjahre 1942/43 und 1943/44 gekürzt waren und für die Geschäftsjahre 1944/45 und 1945/46 keine Dividenden gezahlt wurden, ist der Gesamtbetrag aller erklärten Dividenden um 95,50 Goldfranken je Aktie oder insgesamt 19 100 000 Goldfranken geringer als die Summe der durch Artikel 53 b der Statuten vorgeschriebenen 6prozentigen kumulativen Dividenden.

Die Bücher der Bank und ihre sechzehnte Jahresbilanz sind von der Firma Price, Waterhouse & Co., Zürich, gehörig geprüft worden. Die Bilanz ist als Anlage I zusammen mit der Bescheinigung der Buchprüfer abgedruckt; die Gewinn- und Verlust-Rechnung ist in Anlage II wiedergegeben.

4. Veränderungen im Verwaltungsrat

Seit der Herausgabe des letzten Berichts haben folgende Veränderungen in der Zusammensetzung des Verwaltungsrats stattgefunden:

Am 30. November 1945 ging die Amtszeit von Herrn Ernst Weber, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, der im Dezember 1942 zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats gewählt worden war, gemäß Artikel 39 der Statuten zu Ende. Da Herr Weber zu verstehen gegeben hatte, daß er sich für eine Wiederwahl auf weitere drei Jahre nicht zur Verfügung stellen würde, mußte sich der Verwaltungsrat mit Bedauern diesem Entscheid fügen, worauf der Posten des Vorsitzenden des Verwaltungsrats einige Monate lang unbesetzt blieb.

Ende Juni 1946 wählte der Verwaltungsrat M. Maurice Frère, Gouverneur der Belgischen Nationalbank, zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats. M. Frère übernahm dieses Amt am 1. Juli 1946.

Infolge des Rücktritts des Gouverneurs der Bank von Japan im Oktober 1945, der Herrn Y. Yamamoto zu seinem Ersatzmann ernannt hatte, erlosch gleichzeitig auch das Amt des letzteren.

Am 31. März 1946 endete die Amtszeit von Herrn Dr. L. J. A. Trip, Präsident der Niederländischen Bank. Im Hinblick auf seinen zum 1. Mai 1946 bevorstehenden Rücktritt als Präsident dieses Instituts wünschte Herr Dr. Trip nicht, wieder in den Verwaltungsrat gewählt zu werden. Herr Dr. Trip hat dem Verwaltungsrat seit den ersten Jahren des Bestehens der Bank als Mitglied angehört und später auch das Amt des Vorsitzenden des Verwaltungsrats zugleich mit dem des Präsidenten der Bank bekleidet. Die Bank wird

die hervorragenden Dienste, die Herr Dr. Trip ihr geleistet hat, stets in dankbarer Erinnerung behalten. Anstelle von Herrn Dr. Trip hat der Verwaltungsrat Herrn Dr. M. W. Holtrop, den neuen Präsidenten der Niederländischen Bank, mit Wirkung vom 1. Juli 1946 zum Mitglied des Verwaltungsrats gewählt.

Im Mai 1946 ist M. Camille Gutt infolge seiner Berufung zum geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds aus dem Verwaltungsrat der Bank, dem er seit April 1945 angehört hatte, ausgeschieden. Durch seinen Rücktritt hat der Verwaltungsrat ein hervorragendes Mitglied verloren, dessen vorzügliche Fähigkeiten in hohem Maße geschätzt wurden. Ein zweites Mitglied belgischer Staatsangehörigkeit anstelle von M. Gutt ist noch nicht bestimmt worden.

Im Juni 1946 ernannte Herr Senator Luigi Einaudi, Gouverneur der Banca d'Italia, Herrn Dr. Donato Menichella, Generaldirektor dieses Instituts, zum zweiten italienischen Mitglied des Verwaltungsrats gemäß Artikel 28 Ziffer 2 der Statuten.

Im Juli 1946 berief M. Emmanuel Monick, Gouverneur der Bank von Frankreich, M. Jean Bolgert, Generaldirektor der Statistischen Abteilung und des Auslandsdienstes der Bank von Frankreich, zu seinem Stellvertreter gemäß Artikel 28 Ziffer 1 der Statuten.

Ein Verzeichnis der dem Verwaltungsrat im Juli 1946 angehörenden Mitglieder befindet sich am Schluß dieses Berichts.

* * *

Im Dezember 1945 hat die Bank einen schweren Verlust durch den Tod von Herrn Paul Hechler erlitten, der seit Mai 1935 Beigeordneter Generaldirektor gewesen ist. Herr Hechler hat besonders während des Krieges eine ungewöhnlich schwierige Aufgabe erfüllt. Die Bank hat in ihm einen außerordentlich befähigten und pflichtbewußten Beamten verloren.

Im März 1946 wurde Herr Oluf Berntsen zum Direktor ernannt. Mit Wirkung vom 8. November 1945 wurde Mr. G. J. A. Rogers zum Leiter der Buchhaltung der Bank befördert.

Mr. Thomas McKittrick, der seit Dezember 1939 Präsident der Bank war und im Januar 1946 einer weiteren Verlängerung seiner Amtszeit auf sechs Monate zugestimmt hatte, ist Ende Juni 1946 aus der Bank ausgeschieden, um einen Posten in den Vereinigten Staaten zu übernehmen.

Schlußbemerkungen

Die heutige Generation hat zweimal Gelegenheit gehabt, durch bittere Erfahrung zu lernen, daß die Kriege die schlimmste Ursache monetärer Erschütterungen sind und daß die erste Voraussetzung für den Genuß der Wohltaten eines geordneten Währungssystems mit verhältnismäßig stabilen Preisen die Herstellung und Erhaltung des Friedens ist. Die Zeit von 1815–1914, in welcher das System der Goldwährung entwickelt und in Gang gesetzt wurde, war ein ungewöhnlich friedliches Jahrhundert in der Geschichte der Menschheit. Je mehr die Währung aber mit dem Kredit verknüpft wird, umso wichtiger wird die politische Seite in diesen Dingen, denn Kredit hat „Vertrauen“ zur Voraussetzung, wenn er seinen Nutzen voll entfalten soll.

In der Erkenntnis der vielen politischen Vorbedingungen, von denen die Schaffung eines internationalen Systems abhängt, haben die Nationalökonomien manchmal an seiner Möglichkeit verzweifelt und sich infolgedessen darauf beschränkt, das Heil in einer Planung auf lediglich nationaler Ebene zu suchen. In einigen Fällen wichen jedoch die Zweifel an der Möglichkeit, eine internationale Grundlage zu schaffen, später einer optimistischeren Auffassung. So erklärte Alfred Marshall 1887: „Jeder Plan, die Versorgung der Wirtschaft mit Geld so zu regeln, daß sein Wert konstant bleibt, kann nach meiner Ansicht nur national und nicht international sein.“ Sechszwanzig Jahre später, d. h. 1923, nach dem ersten Weltkriege, schrieb Marshall an John Maynard Keynes, den nachmaligen Lord Keynes, in einem Dankbrief für den „Tract on Monetary Reform“: „Mit den Jahren scheint es immer klarer zu werden, daß es eine internationale Währung geben sollte.“ Keynes aber, der vermutlich nach seinen Erfahrungen auf der Friedenskonferenz von 1919 noch pessimistisch war, teilte diese Ansicht nicht, und in seinem 1924 verfaßten Essay über Alfred Marshall findet sich folgende Bemerkung: „Was die Entscheidung für eine nationale oder eine internationale Währung angeht, so glaube ich, daß das, was er 1887 schrieb, der Wahrheit näher kam, und daß eine wertbeständige Währung wenigstens zuerst eine nationale Währung sein muß.“

Es waren aber kaum acht Jahre vergangen, so arbeitete Keynes als Vorschlag für die 1933 in London abgehaltene Wirtschaftskonferenz einen Plan für internationale währungspolitische Zusammenarbeit aus; und als es im Laufe des zweiten Weltkrieges klar wurde, daß die Vereinigten Staaten in eine Ära der internationalen Zusammenarbeit eintraten, sah er hierin eine Gelegenheit, ein internationales System anzustreben, womit sein Name eng verbunden blieb. Die Abkommen von Bretton Woods heben natürlich die Landeswährungen nicht auf, sie unterstreichen aber die internationale Seite der Währungsordnung.

Wie es im neunzehnten Jahrhundert viel Mühe gekostet hat, die geeigneten Grundsätze für das praktische Funktionieren der Goldwährung zu

finden und anzuwenden, so wird auch heute die Entwicklung einer mehr internationalen Währungsordnung eine ständige Wachsamkeit und die Bereitschaft erfordern, Verfahren und Grundsätze zu ändern und den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen. Eine der dringlichsten Aufgaben ist es, dafür Sorge zu tragen, daß das internationale Währungssystem zuverlässiger funktioniert als unter den abnormen Verhältnissen seit Beginn des Krieges im Jahre 1939. Es sollte jetzt möglich sein, die Veröffentlichung von Unterlagen, die während des Konfliktes geheim gehalten werden mußten, wieder aufzunehmen und grundsätzlich auch die mit den Zahlungsabkommen oder sonstigen Vereinbarungen zwischen Währungsbehörden verbundenen Geheimklausein abzuschaffen. Im Augenblick kommt es darauf an, einem Gefühl der Willkürlichkeit den Boden zu entziehen, besonders in solchen Dingen wie beim An- und Verkauf von Gold für Zwecke des Zahlungsausgleichs, denn nur dann, wenn allgemeine Regeln befolgt werden, wird eine Zentralbank zur Begleichung einer Schuld jederzeit Gold im Ausland verkaufen können, ohne dort besonderen Beschränkungen handelspolitischer Art zu unterliegen.

Natürlich kann durch die Kreditpolitik allein die Preisstabilität nicht gewährleistet werden, vielmehr müssen, damit eine Währungsordnung möglich ist, die allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in eine genügend ausgeglichene Verfassung gebracht werden. Wenn hier auch viele schwerwiegende Probleme noch ungelöst sind und in Regierungskreisen wie in der Öffentlichkeit zu ernster Sorge Anlaß geben, so darf man doch nicht übersehen, daß seit Beendigung der Feindseligkeiten auf zahlreichen Gebieten bedeutende Fortschritte erzielt worden sind. Viel ist schon geschehen, um die Rückstände aus der Kriegszeit zu erledigen; z. B. haben die Leih- und Pacht-Verpflichtungen eine Regelung gefunden. Erwähnt sei auch die Bereitstellung ausländischer Mittel durch Zahlungsabkommen, internationale Anleihen und Kredite, ohne welche die wirtschaftliche Erholung durch die Unzulänglichkeit der Währungsreserven stark verzögert worden wäre. Vielleicht noch wichtiger ist aber die Aufmerksamkeit, die den Problemen des Handels jetzt geschenkt wird. Die gegenseitige Abhängigkeit von Handels- und Währungspolitik ist natürlich auch früher erkannt worden, aber diese Erkenntnis kam vielfach nur in Worten zum Ausdruck, die nicht von Taten begleitet waren. Heute ist aber ein Apparat geschaffen worden, mit dem die auftretenden Probleme angegriffen werden können, und die Grundsätze für das Verhalten der Nationen auf handelspolitischem Gebiet nehmen Gestalt an. Auch können die gegenwärtigen günstigen Absatzverhältnisse vielleicht eine einmalige Gelegenheit zur Verminderung der Zollschränken bieten.

Die Zukunft des internationalen Güter- und Leistungsaustausches wird wahrscheinlich sehr weitgehend davon abhängen, mit welchem Erfolg ein deflatorischer Preisfall vermieden werden kann, wenn die reichlichen Lieferungen aus der Friedensproduktion an die Märkte kommen; ein etwa eintretender deflatorischer Rückschlag wäre nämlich zweifellos mit einem starken Drang nach Zollerhöhungen und nach mengenmäßiger Beschränkung der Einfuhr verbunden. Hier sollten die Mißerfolge der Zwischenkriegszeit als

Warnung dienen: Deflation ist für den Handel nicht weniger verderblich als Inflation. Die zu lösenden Aufgaben werden nicht leicht sein, aber der Welt ist wieder einmal Gelegenheit geboten, die Kräfte des Friedens und der Vernunft zur Herrschaft zu bringen und im Rahmen einer neuen und besseren Ordnung auch Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse zu schaffen, die an sich und als Grundlage einer besseren Harmonie in den politischen Beziehungen segensreich für die Menschheit sein werden.

THOMAS H. MCKITTRICK,
Präsident.

ANLAGEN

BILANZ VOM

IN SCHWEIZER GOLDFRANKEN (ZU 0,29032258...)

AKTIVA			
			%
I. GOLD IN BARREN UND MÜNZEN		120.191.654,90	26,6
II. KASSENBESTAND			
Kasse und Guthaben bei Banken		13.669.424,15	3,0
III. GELDER AUF SICHT, zinstragend angelegt		140.131,43	0,0
IV. REDISKONTIERBARE WECHSEL UND AKZEPTE			
1. Handelswechsel und Bankakzente	7.593.744,55		1,7
2. Schatzwechsel	3.837.156,44		0,9
		11.430.900,99	
V. GELDER AUF ZEIT, zinstragend angelegt			
Bis zu höchstens 3 Monaten		2.748.845,91	0,6
VI. ANDERE WECHSEL, ANLAGEN UND FORDERUNGEN			
1. Staatsschuldverschreibungen	32.678.841,66		7,3
2. Andere Wechsel, verschiedene Anlagen und Forderungen	270.445.186,87		59,9
		303.124.028,53	
VII. SONSTIGE AKTIVA		52.516,52	0,0
ANMERKUNG I — Die Bank verfügt über Anlagen in Gold an allen Plätzen, wo auf Gold lautende Einlagen rückzahlbar sind, und über kurzfristige und Sicht-Anlagen in denselben Währungen wie die entsprechenden Einlagen, wobei in jedem Falle die Anlagen wesentlich größer als die genannten Einlagen sind (Ziff. IV und V der Passiva). Die Verfügung über Dollarguthaben und Barrengold in den Vereinigten Staaten von Amerika unterliegt infolge kriegswirtschaftlicher Bestimmungen einer Bewilligung des Schatzamtes der Vereinigten Staaten. Wegen der Anlagen in anderen Ländern haben die betreffenden Regierungen entweder durch besondere Erklärungen oder als Unterzeichner des Haager Abkommens von 1930 versichert, daß die Bank, ihr Eigentum, ihre Aktiven sowie alle Einlagen und ihr anvertrauten Werte in den der Verwaltung der vertragschließenden Teile unterstehenden Gebieten frei bleiben sollen „von jeder Rechtsbeschränkung und von allen einschränkenden Maßnahmen, wie Zensur, Requisition, Wegnahme, Einziehung in Kriegs- oder Friedenszeiten, Repressalien, Verbot oder Beschränkung der Ausfuhr von Gold oder Devisen und von allen anderen ähnlichen Maßnahmen“.			
Die Rechte und Pflichten der Bank, insbesondere hinsichtlich ihrer Anlagen in Deutschland und der langfristigen Einlagen, werden durch die Bestimmungen des Haager Abkommens von 1930 geregelt.			
Die Verpflichtung der Bank aus dem Treuhänder-Annuitätenkonto ist nicht klar festgelegt, aber sie ist zu ihrem höchsten möglichen Wert in Schweizer Goldfranken eingesetzt.			
Für die Bilanz wurden die Aktiva und Passiva aus den verschiedenen Währungen auf Grund von notierten oder amtlich festgesetzten Kursen oder gemäß den auf die entsprechenden Währungen anwendbaren Sondervereinbarungen in Schweizer Goldfranken umgerechnet.			
ANMERKUNG II — Die vor dem Datum dieser Bilanz erklärten Dividenden sind um Schweizer Goldfranken 58,— je Aktie oder insgesamt Schweizer Goldfranken 11.800.000 geringer als die in Artikel 53, b der Statuten festgesetzte kumulative Dividende von 6 %.			
		451.357.502,43	100,0

AN DEN VERWALTUNGSRAT UND DIE AKTIONÄRE DER BANK FÜR INTERNATIONALEN ZAHLUNGS-AUSGLEICH, BASEL.

Gemäß Artikel 52 der Satzung der Bank haben wir ihre Bücher und Rechnungen für das am Erklärungen erhalten haben. Vorbehaltlich des Wertes der Anlagen in Deutschland, die vor Berücksichtigung der Anlagen und Forderungen" darstellen, erklären wir, daß nach unserer Ansicht obige Bilanz, die den ordnungsmäßig aufgestellt ist und in Verbindung mit den dazugehörenden Anmerkungen ein wahr-wissen und den uns gegebenen Erklärungen darstellt und durch die Bücher der Bank ausgewiesen

ZÜRICH, den 3. Mai 1946.

31. MÄRZ 1946

GRAMM FEINGOLD — ART. 5 DER SATZUNG)

PASSIVA			
			%
I. STAMMKAPITAL			
Genehmigt und begeben 200.000 Aktien von je 2.500 Schweizer Goldfranken	500.000.000,—		
mit 25%iger Einzahlung		125.000.000,—	27,7
II. RESERVEN			
1. Gesetzlicher Reservefonds	6.527.630,30		
2. Allgemeiner Reservefonds	13.342.650,13		
		19.870.280,43	4,4
III. LANGFRISTIGE EINLAGEN			
1. Treuhänder-Annuitätenkonto-Einlagen . .	152.606.250,—		33,8
2. Einlage der Deutschen Regierung	76.303.125,—		16,9
		228.909.375,—	
IV. KURZFRISTIGE UND SICHT-EINLAGEN (verschiedene Währungen)			
1. Zentralbanken für eigene Rechnung: Sicht-Einlagen		3.661.746,37	0,8
2. Zentralbanken für Rechnung Dritter: Sicht-Einlagen		632.876,68	0,1
3. Andere Einleger:			
a) Bis zu höchstens 3 Monaten	87.876,98		0,0
b) Sicht-Einlagen	357.188,36		0,1
		445.065,34	
V. KURZFRISTIGE UND SICHT-EINLAGEN (Gold)			
1. Bis zu höchstens 3 Monaten	244.319,37		0,1
2. Sicht-Einlagen	16.713.684,37		3,7
		16.958.003,74	
VI. SONSTIGES			
		55.880.154,87	12,4
		451.357.502,43	100,0

31. März 1946 beendete Geschäftsjahr geprüft und bestätigen, daß wir alle erbetenen Auskünfte und sichtigung gewisser Rückstellungen den Hauptteil des Postens „Andere Wechsel, verschiedene Gegenwert der einzelnen Währungen in den oben beschriebenen Schweizer Goldfranken aufführt, heftsgemäßes, genaues Bild der Geschäftslage der Bank gibt, wie sie sich uns nach unserem besten wird.

PRICE, WATERHOUSE & Co.

GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG

für das am 31. März 1946 abgeschlossene Geschäftsjahr

	<u>Schweizer Goldfranken</u>
Reineinnahmen aus der Anlage des Eigenkapitals und der Einlagen	1.242.657,54
Gebühren für Übertragungen von Aktien	86,73
	<u>1.242.744,27</u>
 Verwaltungskosten :	
Verwaltungsrat — Bezüge und Reisekosten	67.134,27
Direktion und Personal — Gehälter und Reisekosten	1.472.007,38
Miete, Versicherung, Heizung, Licht und Wasser	95.453,87
Bürobedarf, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften	89.292,95
Telephon-, Telegramm- und Postgebühren	21.721,59
Ausgaben für Sachverständige (Buchprüfer, Dolmetscher usw.)	12.202,81
Kantonale Steuer	35.485,87
Steuern auf die französische Ausgabe der Aktien der Bank .	19.272,35
Verschiedenes	46.754,63
	<u>1.859.325,72</u>
	616.581,45
 Zur Deckung des Überschusses der Ausgaben über die Einnahmen ist dem besonderen Zwischenkonto 1944/45 die Summe von	 <u>616.581,45</u>
entnommen worden.	

VERWALTUNGSRAT*

Maurice Frère, Brüssel Vorsitzender

Baron Brincard, Paris
Lord Catto of Cairncatto, London
Senatore Luigi Einaudi, Rom
Dr. M. W. Holtrop, Amsterdam
Dr. Donato Menichella, Rom
Emmanuel Monick, Paris
Sir Otto Niemeyer, London
Ivar Rooth, Stockholm
Marquis de Vogüé, Paris
Ernst Weber, Zürich

Stellvertreter

Hubert Ansiaux, Brüssel
Jean Bolgert, Paris
Cameron F. Cobbold, London
Prof. P. Stoppani, Genf

DIREKTION

Thomas H. McKittrick	Präsident**
Roger Auboin	Generaldirektor
Dr. Raffaele Pilotti	Generalsekretär
Marcel van Zeeland	Direktor
Oluf Berntsen	Direktor
Dr. Per Jacobsson	Volkswirtschaftlicher Berater

* Hinsichtlich der deutschen und japanischen Mitgliedschaft im Verwaltungsrat bleiben die Rechtsfolgen, die sich aus der Lage zur Zeit der Herausgabe des Berichts ergeben, noch zu bestimmen.

Ein zweites belgisches Verwaltungsratsmitglied war im Zeitpunkt der Herausgabe dieses Berichts noch nicht ernannt.

** Herr T. H. McKittrick hat sein Amt als Präsident der Bank am 30. Juni 1946 niedergelegt.